

Besprechungen

A. Allgemeines

ANDREAS FAHRMEIR: *Europa zwischen Restauration, Reform und Revolution 1815–1850* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 41). Oldenbourg, München 2012, 228 S., 24,80 €.

Nach und nach erhalten die in der universitären Lehre bewährten Bände der Reihe Grundriss der Geschichte neue Verfasser. Andreas Fahrmeir hat dabei den Band zu der Ära zwischen Wiener Kongress und den Revolutionen 1848/49 übernommen. Das Reihengrundgerüst, die Unterteilung in Darstellung, Grundprobleme und Tendenzen der Forschung sowie Quellen und Literatur, bleibt bestehen. Nicht ersetzen, sondern ergänzen will er den Vorgängerband von Dieter Langewiesche, der zuletzt 1993 aktualisiert worden war. Bereits der leicht geänderte Titel des Bandes setzt ein Signal: Zwischen Restauration und Revolution erhält Reform als gleichberechtigte Epochensignatur ihren Platz, als eine Möglichkeit politischer Entwicklung. Hinzu tritt eine umfassendere Perspektive auf Europa, die weit über die zumeist üblichen west- und zentraleuropäischen Zusammenhänge hinausreicht und auch die vermeintliche „Peripherie“ des Kontinents einzubinden versucht.

Da alle drei im Titel genannten politischen Konzepte ohne wirtschaftliche und soziale Wandlungen nicht denkbar sind, ist es nur konsequent, dass Fahrmeir – im Unterschied zu Langewiesche – seinen Darstellungsteil mit einem längeren Kapitel zu Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft beginnt. In diesem Abschnitt setzt der Verfasser seinen gesamteuropäischen Anspruch am gewinnbringendsten um. Souverän führt er die vielfältigen Ursachen für das rasante Bevölkerungswachstum Europas vor Augen: die lange Friedensperiode, den leichten, aber ungleich verteilten Wohlstandsanstieg, den Anstieg außerehelicher Geburten. Den – wiederholt finden sich Wendungen wie „graduell und regional unterschiedlich verlaufend“ – Wandel auf den Feldern der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes hat er ebenso im Blick wie die Anfänge der Industrialisierung, Konjunkturverläufe und die sozialen Gruppen der europäischen Gesellschaften. Auch die (ökologischen) Schattenseiten dieses Umbruchs werden treffend eingefangen.

Die folgenden drei, chronologisch angelegten Kapitel satteln auf dieser grundlegenden Darstellung von Wirtschaft und Gesellschaft auf: Restaurationszeit, Revolutionen, Reformära und Vormärz sowie die Revolutionen von 1848. Hier werden viele Aspekte angesprochen: Innen-, Außen- und Kolonialpolitik (etwa Neuseeland und Tahiti) ebenso wie Kultur, Konfession, Wissenschaft, Pauperismus und Freihandel oder Vereins- und Festkultur. Ohne dass wir es mit einer Aneinanderreihung von Nationalgeschichten zu tun hätten, finden sich Abschnitte zu Portugal und Spanien ebenso selbstverständlich wie Passagen zu Griechenland oder Polen. All dies ist umsichtig, lehrreich und gut zu lesen, dahinter müssen indes andere, zumeist nationale Aspekte zurücktreten: mehr Europa in seiner Vielfalt, mehr Wirtschaft und Gesellschaft, mehr Kultur, wenig Deutscher Bund, wenig Zollverein, noch weniger Preußen. Was man vermisst, wird ja nach Standpunkt anders ausfallen.

Entscheidend sind aber zwei andere Punkte. Die durchgängig europäische Perspektive öffnet den Horizont für Neues und Gewinnbringendes, dies zeigt sich insbesondere in der Zusammenschau mit dem Forschungsteil. Dort bündelt Fahrmeir nicht nur treffsicher viele Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, sondern er spricht auch immer wieder offene Fragen und Herausforderungen der Forschung an. Allein dies lohnt nicht nur einen Blick, und es ist überaus verdienstvoll. Andererseits wird dieser Grundrissband damit mehr zu einem Buch für Lehrende als für Lernende. Zur Prüfungsvorbereitung für Studierende taugt er weniger als sein Vorgänger. Dass ein Datengerüst nun ebenso nicht mehr zur Ausstattung gehört wie Karten, verstärkt diesen Eindruck. Aber er ist ja ohnehin eher als Ergänzung gedacht, denn als Ersatz.

München

NILS FREYTAG

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

MARTIN HERZER: *Auslandskorrespondenten und auswärtige Pressepolitik im Dritten Reich* (Medien in Geschichte und Gegenwart 27). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2012, 306 S., 39,90 €.

Etwa dreihundert ausländische Korrespondenten arbeiteten um 1933 im nationalsozialistischen Deutschland, solche aus neutralen oder besetzten Staaten noch über den Kriegseintritt mit den USA hinaus. Bislang sind ihre Berichte nur relativ selten zur Analyse der NS-Herrschafts- und Medienpraxis herangezogen worden, am ehesten noch Howard K. Smiths „Feind hört mit“ von 1982. Über die Arbeitsbedingungen und Informationsgrundlagen der Journalisten und die Versuche, ihre Berichterstattung systematisch zu beeinflussen, war man bislang in der Fachliteratur nur sporadisch unterrichtet. Erstaunlich, wenn man bedenkt, wie wesentliche Informationen und Hintergrundberichte über Korrespondentennetze liefen – einschließlich mancher Missinformation und Fehleinschätzung, die eben auch vorkamen. Alles andere als „anonym“ lief dies ab, auch für die zuständigen „deutschen“ Stellen, die sich an der Aufbereitung geeigneter Quellen und an Beeinflussung versuchten. Es handelte sich nicht um ein autonomes „Mediensystem“, sondern die personelle Ebene war entscheidend. Selbstverständlich agierten die Auslandsjournalisten nicht ungehindert, sie konnten sich aber immer wieder eigene Eindrücke verschaffen und diese in den Zeitungen und Radiostationen des Heimatlandes unterbringen. Ferner ergab sich die Möglichkeit für die Korrespondenten, durch den „Verein der Ausländischen Presse zu Berlin“ ein Austauschforum zu nutzen. Goebbels, wie Herzer auf Seite 35 herausarbeitet, hatte selbst ein sehr gespanntes Verhältnis zu den Journalisten, vielfach erschienen sie ihm als „Deutschenhasser“, sie konnten aber auch potenziell eine Waffe der „Propaganda“ bzw. ein Instrument zur Unterbindung von „Feindlügen“ sein, und so musste man sie teils pfleglich behandeln, teils einschüchtern. Bis 1939, so Herzer, war die Tätigkeit noch nicht vollständig geregelt und gab es wegen des Fehlens einer Vorzensur „beschränkte Unabhängigkeit“ (S. 39, 60). Allerdings wurde ein Drittel der Korrespondenten abgehört, und sie waren von subalternen Spitzeln umstellt (S. 69, 71). Es entwickelte sich ein umfassendes Sanktionssystem bis hin zur Ausweisungsanordnung (S. 76) und persönlicher Diffamierung. Goebbels' Ministerium fehlte es an sachkundigen, d. h. auslandserfahrenen Mitarbeitern. Einfluss nahm insbesondere auch das Auswärtige Amt. Über diverse zuständige NS-Funktionäre und deren Gebaren äußerten sich die Korrespondenten kritisch. Wenn für sie 1933 sogar Besichtigungsfahrten in Konzentrationslager veranstaltet wurden, scheinen sie diese durchschaut zu haben (S. 114). Sie versuchten, sich unabhängige Informationsquellen zu sichern, etwa aus kirchlichen Kreisen; gelegentlich kamen Informationen auch von Vertretern der NSDAP, wenn diese dadurch parteiinternen Gegnern schaden wollten. Für deutsche Journalisten war es hingegen zu gefährlich, mit ihren ausländischen Kollegen Kontakte zu pflegen. Nach 1939 schwanden die Freiheiten immer stärker (S. 163). Bei Live-Übertragungen auf Kurzwelle hörten sprachkundige deutsche Kontrollbeamte mit. Die Zahl der akkreditierten ausländischen Journalisten sank ständig, diese mussten sich selbst kontrollieren, um Bestrafungen zu vermeiden, aber es gab – jedenfalls bis 1942 – noch keine offizielle Vorzensur wie in London (S. 195). All diese Verhältnisse, gelegentlich auch Fragen des Lebensstandards und der Entlohnung, schildert der Autor lebendig und vielseitig. Seine informationsreiche Studie, ursprünglich eine bei Jürgen Wilke in Mainz entstandene Magisterarbeit, die auf einschlägigen Erinnerungsberichten und Akten beruht, stellt einen willkommenen Forschungsbeitrag dar. Er bereichert unsere Vorstellungen von medialer Realität und Medienkontrolle im Nationalsozialismus in vorzüglicher Weise.

Saarbrücken

CLEMENS ZIMMERMANN

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

JENS ADAMSKI (Hg.): *Gewerkschaftlicher Wiederbeginn im Bergbau. Dokumente zur Gründungsgeschichte der Industriegewerkschaft Bergbau 1945–1951* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe B: Quellen und Dokumente 7). Klartext, Essen 2012, 436 S., 34,95 €.

Die vorliegende Quellensammlung präsentiert 184 Einzeldokumente zur Gründungsgeschichte der Industriegewerkschaft Bergbau bis zur Einführung der paritätischen Mitbestimmung im Montanbereich und der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im Jahr 1951. Auf den Weg gebracht wurde das Editionsprojekt noch unter der Ägide des 2011 verstorbenen langjährigen Direktors des Instituts für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Klaus Tenfelde, der vor seiner akademischen Karriere selbst eine Lehre im Bergbau absolviert und auch als Knappe gearbeitet hatte.

Ausgestattet mit einer kenntnisreichen Einleitung des Herausgebers, Jens Adamski, werden die bisher zumeist noch ungedruckten Quellen in vier Themenfeldern angeordnet: Sie beleuchten die Bereiche „Organisation und Binnenstruktur“, „Beziehungsgeflechte und Netzwerke“, „Politische und soziale Handlungsfelder“ sowie das Thema „Stellenwert und Repräsentation im öffentlichen Raum“. Der Fundus umfasst persönliche Schriftwechsel der verschiedenen Protagonisten innerhalb der Organisation, in der zunächst die Generation der älteren, schon in der Weimarer Republik aktiven und in der NS-Zeit fast ausnahmslos verfolgten Gewerkschaftsfunktionäre den Ton angab, ebenso wie offizielle Rundschreiben und interne Protokolle, Berichte und Aktenvermerke, aber auch Ansprachen und Interviews. Auch die Stimmung und die Alltagswelt der gewerkschaftlichen Basis werden durch geeignete Dokumente widerspiegelt. Der zugeordnete Fußnotenapparat liefert Hintergrundinformationen zu Personen und Ereignissen. Ein Personen- und Sachregister steigert die Nutzbarkeit des Bandes zusätzlich.

In den ersten Nachkriegsjahren nahm der Bergbau fraglos eine Schlüsselstellung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau in West- wie in Ostdeutschland ein. Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter leisteten im Chaos der unmittelbaren Nachkriegszeit einen erheblichen Beitrag bei der Beseitigung der Kriegsschäden, der Versorgung der Beschäftigten und ihrer Familien mit den elementarsten Gütern des Alltagsbedarfs und fungierten für die politisch häufig belasteten Unternehmensleitungen auch im Bergbau als wichtiges Scharnier zu den Besatzungsbehörden. Zum führenden Kopf innerhalb der Organisation avancierte schnell August Schmidt, der 1946 zum Vorsitzenden der IG Bergbau in der britischen Zone gewählt worden war und der von 1948 bis 1953 die gesamte IG Bergbau leitete. Schmidt, geboren 1878 in Dortmund-Oespel, hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg leitende Funktionen im freigewerkschaftlichen Verband der Bergarbeiter, einem der Vorläufer der IG Bergbau, ausgeübt und war 1928 zum zweiten Vorsitzenden des Verbandes gewählt worden. Neben Hans Böckler zählte er zu den gewerkschaftlichen Leitfiguren der Wiederaufbaugeneration. Die politische Unabhängigkeit seiner Gewerkschaft auch von der SPD bewies nicht zuletzt sein wirkungsvolles Eintreten für den Schuman-Plan und die Montanunion.

Die vorliegende Quellendokumentation liefert einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung (West-) Deutschlands in der Nachkriegszeit, die mit der Einführung der paritätischen Mitbestimmung zumindest im Montanbereich aus gewerkschaftlicher Sicht in einem wichtigen Teilerfolg mündete. Die Edition bietet umfangreiches Material, um die häufig vernachlässigte Rolle der Arbeitnehmer und ihrer Interessenorganisationen künftig stärker in die Geschichtsschreibung über die Gründungs- und Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland einbeziehen zu können.

Bonn

RAINER FATTMANN

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

MARIE BUŇATOVÁ: *Die Prager Juden in der Zeit vor der Schlacht am Weißen Berg. Handel und Wirtschaftsgebaren der Prager Juden im Spiegel des Liber albus Judeorum 1577–1601*. Solivagus, Kiel 2011, 341 S. (1 Karte), 49,90 €.

Die bei Thomas Winkelbauer entstandene und 2009 von der Universität Wien angenommene Dissertation setzt den Schwerpunkt auf das letzte Viertel des 16. Jh.s, als Rudolf II. König von Böhmen und Ungarn sowie Kaiser des Heiligen Römischen Reiches war. Die Konzentration auf diesen Zeitraum ist zum guten Teil einer wesentlichen Quelle geschuldet, auf die sich die Verfasserin stützt: dem *Liber albus Judeorum*, der in den Jahrgängen ab 1577 (bis 1857) erhalten geblieben ist. Dieses Weißbuch, wahrscheinlich auf Anordnung der Böhmisches Kammer vom Rat der Prager Altstadt geführt, enthält alle rechtlichen und geschäftlichen Vorgänge in der jüdischen Gemeinde der Hauptstadt Böhmens. Deren Erfassung und Dokumentation diente sowohl dazu, eine Übersicht der wirtschaftlichen resp. der Vermögensverhältnisse der jüdischen Bevölkerung zu erhalten – nicht zuletzt zu Gunsten der stets schwindstüchtigen kaiserlichen Kasse –, als auch der Sicherung von Leib und Leben der stets zumindest latent gefährdeten Juden. Um die Veränderungen in der Entwicklung der jüdischen Lebensverhältnisse durch Vergleich herauszuarbeiten, greift Marie Buňatová zeitlich weiter zurück und bezieht die Jagiellonenherrschaft seit dem ausgehenden 15. Jh. mit ein. Dabei stützt sie sich neben der umfangreichen tschechischen Forschung auf zahlreiche Quellen jüdischer und christlicher Provenienz zur Gerichtsbarkeit und Verwaltung.

Gegen Ende des Untersuchungszeitraums betrug die Bevölkerung des Prager Ghettos etwa 8.000 von insgesamt 60.000 bis 70.000 Einwohnern der Stadt. Dass die Juden an dem Boom, den die Prager Wirtschaft damals erlebte, regen Anteil hatten, zeigte sich an ihren zahlreichen Bauten, von den Privathäusern reicher Kaufmannsfamilien über die von diesen gestifteten verschiedenen Synagogen bis zum Rathaus. Nach der Einleitung werden im zweiten Kapitel die Strukturen des jüdischen Verwaltungssystems erläutert, wie sie sich bis zu der Rekatholisierung nach der Schlacht am Weißen Berg herausbildeten. Auf das dritte Kapitel, das die Besteuerung der Juden behandelt, folgt in den Kapiteln vier und fünf der zentrale Teil dieser Untersuchung: das Kreditgeschäft und der Warenhandel der Prager Juden. In sorgfältigem Vergleich des Weißbuches mit anderen Rechtsquellen geht es vor allem um die rechtlichen Regelungen der jüdischen Geschäftstätigkeit und um den Umgang der Geschäftsleute mit diesen Bestimmungen. Dabei widmet sich die Verfasserin auch der Frage nach den finanziellen und weiteren Geschäftsbeziehungen zwischen Juden und Christen, wobei die Letzteren auch als Kreditgeber auftraten. Dies ist wichtig, da weithin immer noch die Vorstellung vorherrscht, das Geldgeschäft sei stets nur in jüdisch-christlicher Richtung verlaufen. Im Hinblick auf den Warenhandel setzt die Verfasserin einen Akzent auf den Zoll, den Handel mit Edelmetallen und dabei wiederum auf den illegalen Export von Münzen. Wie weit sie ihr Forschungsnetz spannt, zeigt sich etwa daran, wie sie Fragen beispielsweise zur sozialen Einordnung christlicher Geschäftspartner oder zur Dienstleistung gegenüber den Herrschern nachgeht. Unter den jüdischen Handwerkern (Kap. 6) gilt den Goldschmieden und Buchdruckern besonderes Interesse, und um eine Antwort auf die Frage nach dem individuellen ökonomischen Erfolg und einer damit verbundenen Wirtschaftselite zu finden (Kap. 7), werden in einer Verbindung von Prosopographie und – angesichts der schwierigen Quellenlage – findigen methodischen Kombinationen Vermögensverhältnisse berechnet. Um fundierte Aussagen zu einer Elite treffen zu können, werden Faktoren wie Familie, Verwandtschaftsverhältnisse, Kontakte zu christlichen Kreisen sowie gesellschaftlicher und politischer Einfluss mit einbezogen. Von den vielfältigen Ergebnissen sei hier nur zum letzten Punkt so viel referiert: An der Spitze der in sich nach Besitz und gesellschaftlicher Stellung gegliederten jüdischen Gemeinde stand eine zahlenmäßig kleine Gruppe, in der Buňatová eine geistliche und wirtschaftliche Elite und eine administrativ-politische Machtelite unterscheidet. Diese Oberschicht verfügte über die Macht innerhalb der Gemeinde und über erheblichen Einfluss in der Gestaltung des Verhältnisses zur christlichen Mehrheitsgesellschaft. Damit konnte sie Gefährdungen der Juden zwar letztlich nicht verhindern, aber doch immer wieder abwenden oder wenigstens mindern und ihre Sicherheit festigen. Insgesamt bietet diese Dissertation nicht nur einen hohen Ertrag an sorgfältig formulierten Fragestellungen und umsichtig aus einer Fülle von Archivmaterial und publizierter Forschung erarbeiteten Antworten,

sondern sie lenkt den Blick auch auf die noch unbeackerten Felder dieses nahezu unerschöpflichen, faszinierenden und anspruchsvollen Themas.

Düsseldorf/Köln

HANS HECKER

MARKUS CERMAN: *Villagers and Lords in Eastern Europe, 1300–1800* (Studies in European History). Palgrave Macmillan, Basingstoke u. a. 2012, 155 S. (18 Tab.), 16.50 £.

Das Buch von Markus Cerman bietet einen gelungenen und konzisen Überblick zum Stand der Forschung und der Debatten zur Entwicklung der Gutsherrschaft und Gutswirtschaft in Mittel- und Osteuropa seit dem Spätmittelalter bis zum Ende des 18. Jh.s. Zentrales Ziel des Autors ist die Dekonstruktion der These von der „Zweiten Leibeigenschaft“ als Ursache eines verfestigten Entwicklungsrückstandes gegenüber Westeuropa. Dabei bestreitet der Autor als einer der besten Kenner der Materie durchaus nicht, dass die Agrarverfassungen und die landwirtschaftlichen Entwicklungspfade Mittel- und Osteuropas spezifische Charakteristika aufwiesen, doch wehrt er sich gut begründet gegen vorschnelle Verallgemeinerungen für ein heterogenes riesiges Gebiet, die auf einigen wenigen empirischen Befunden aufbauen. Die zahlreichen Mikrostudien der letzten Jahrzehnte auswertend, widerlegt er Stereotype wie das von der angeblichen Marktferne gutsuntertäniger Bauern sowie ihrer völligen Recht- und Machtlosigkeit. Er zeigt, dass sich die Gutsherren aus der alltäglichen Betriebsführung ihrer untertänigen bzw. leibeigenen Bauern weitgehend heraushielten, diese zum wirtschaftlich rationalen Handeln in der Lage waren und das System der Gutswirtschaft nicht zwangsläufig mit einer Verarmung der Bauern einherging. Auf Basis von Mikrostudien diskutiert der Autor auch alle gängigen Erklärungen zum Aufstieg der Gutswirtschaft und -herrschaft sehr kritisch. Ein nicht zu unterschätzendes Verdienst des Buches von Cerman ist es auch, dem Leser die Vielfalt an agrarischen Entwicklungswegen in Mittel- und Osteuropa während der Neuzeit vor Augen zu führen. Folgt man Cerman, so gab es schlichtweg keinen landwirtschaftlich unterentwickelten Großraum Mittel- und Osteuropa. Schon dies ist eine wichtige Erkenntnis.

Doch so fundiert und anregend das Buch auch ist, um die gängige „Meistererzählung“ zur „Zweiten Leibeigenschaft“ und zum Aufstieg der Gutswirtschaft und -herrschaft zu demontieren, so bleibt der Leser doch am Ende mit der Frage allein, wo denn nun die Gründe zu suchen sind für die spezifischen Wege der mittel- und osteuropäischen Agrarentwicklung. Hier gerät man an die Grenzen eines ausschließlich auf Fallstudien aufbauenden mikrohistorischen Ansatzes. Mikrostudien eignen sich zwar hervorragend, veraltete Theoriegebäude einzureißen, sie geben aber aus sich heraus wenig her, um neue Theorien zu entwickeln. Gleichzeitig fehlt bisher ein detaillierter Ost-West-Vergleich der zahlreichen neueren Mikrostudien zur bäuerlichen und herrschaftlichen Landwirtschaft seit dem Spätmittelalter bis zu den Agrarreformen. Auch wenn man das eher holzschnittartige Konstrukt der „Zweiten Leibeigenschaft“ getrost zu den Akten der Theoriegeschichte legen kann, so heißt dies noch lange nicht, dass sich die agrarische Herrschafts- und Wirtschaftspraxis in West- und Osteuropa nicht doch in wichtigen Punkten fundamental unterschieden haben könnte – mit weitreichenden Folgen für die langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Dass es auch in Westeuropa Gebiete mit großen herrschaftlichen Eigenwirtschaften und – bezogen auf ihre Höfe – eher rechtlose Bauern gab, hat dabei wenig zu sagen. Tatsächlich besteht hier für die vergleichende Forschung noch ein Desiderat.

Bei allen Verdiensten des Buches geht Markus Cerman doch zu weit, wenn er jegliches Entwicklungsgefälle im neuzeitlichen Europa und hierbei insbesondere die Herausbildung einer hochproduktiven Landwirtschaft in Nordwesteuropa bezweifelt. Tatsächlich ist diese innereuropäische sogenannte „little divergence“ für die Neuzeit und beginnende Industrialisierung empirisch relativ gut belegt. Zahlreiche neuere Studien zeigen, dass nicht jede Form von Urbanisierung einen starken landwirtschaftlichen Entwicklungseffekt hatte, sondern nur die Herausbildung großer urbaner Ver-

dichtungsräume, deren Expansion mit wirtschaftlichem Strukturwandel einherging. In diesem Punkt hatte Nordwesteuropa einen klaren Entwicklungsvorsprung nicht nur gegenüber Ost-, sondern auch gegenüber Südeuropa mit weitreichenden Folgen für die Dynamik des landwirtschaftlichen Wachstums. Eine Mikrogeschichte, die sich mit modernen Ansätzen einer eher makrohistorischen, theoriegeleiteten Wirtschaftsgeschichte verbindet, könnte durchaus dazu beitragen, innereuropäische Entwicklungsgefälle zu erklären, ohne in alte Stereotype zu verfallen. Ein ausschließlich mikrohistorischer Ansatz bietet meines Erachtens keine ausreichende Perspektive für zukünftige vergleichende Forschung zur neuzeitlichen mittel- und osteuropäischen Agrarentwicklung.

Halle (Saale)

MICHAEL KOPSIDIS

THOMAS DAVID U. A. (Hg.): *Krisen – Crises. Ursachen, Deutungen und Folgen/Causes, Interpretations et Consequences* (Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte – Annuaire Suisse d'histoire économique et sociale 27). Chronos, Zürich 2012, 294 S., 39,50 €.

Das Heft – ein Konferenzband – ist alles andere als noch ein Buch über die Finanzkrise von 2008/09. Laut Angaben der Herausgeber war sie zwar Anlass zur Wahl des Konferenzthemas, aber dem hier verfolgten Leitthema „Krisen“ liegt ein viel breiteres Verständnis zugrunde als Probleme des Finanzsektors. Diese werden am ehesten in den Beiträgen von Monika Geissler (zur „Tulpenmania“ von 1636/37 in Holland) und von Philipp Müller (zur Krise der 1930er Jahre in der Schweiz) thematisiert. Insgesamt aber will der Band zeigen, dass erstens, der Krisenbegriff auf eine Vielfalt historischer Erscheinungsformen zutrifft, wie z. B. Finanzkrisen, Hochwasserkatastrophen, Hungersnöte, Erdölkrisen oder Strukturkrisen von Wirtschaftsbranchen, und zweitens, dass diese Krisen sinnvollerweise in Beziehung zu vielen sozialen, politischen und psychologischen Änderungen gesetzt werden können. Historisch zurückblickend, so könnte man den Band charakterisieren, sind Krisen allgegenwärtig. Das gilt sicherlich nicht nur für die Schweiz, auf die sich zehn der sechzehn Kapitel beziehen, sondern generell.

Weiter auf die einzelnen Beiträge hier einzugehen, erübrigt sich, weil dies die Herausgeber schon zu Anfang des Bandes tun (S. 9–17). Dabei ordnen sie die Artikel nach „Krisenursachen“, „Krisenbewältigung“ und „Krisenwirkungen“ ein. Zur ersten Kategorie zählt beispielsweise die bekannte ökonomische Interpretation von Hansjörg Siegenthaler mit dem Begriff des „Regelvertrauens“: Ökonomische Krisen reflektieren den Verlust des Vertrauens der Wirtschaftssubjekte in bisher geltende Regeln des wirtschaftlichen Handelns. Die Ursache des Vertrauensverlustes hat anscheinend etwas mit einem Versagen bisheriger Regeln, den Wirtschaftssubjekten als Instrument der Prognose zu dienen, zu tun. Zur zweiten Kategorie gehören mehrere Kapitel des Bandes, die Variationen in den wirtschaftspolitischen Reaktionen auf Krisen zu erklären versuchen, wobei der Präsenz oder dem Fehlen des „Keynesianismus“ bei der wirtschaftspolitischen Reaktion Bedeutung zugemessen wird. Zu den „Krisenwirkungen“ zählen schließlich sehr verschiedenartige Veränderungen, z. B. selektive Wanderungsbewegungen, Diskriminierung gegen bestimmte soziale Gruppen und auch Krisen und Zusammenbruch politischer Systeme.

Bei der Vielfalt der historischen Erfahrungen, die hier präsentiert werden, wäre es für den Rezensenten vermessen, die einzelnen Beiträge ausgewogen würdigen zu wollen. Gleichwohl möchte ich zur Einordnung des Bandes insgesamt anmerken, dass sich hier das Stichwort „Krisen“ nach meinem Eindruck als nur schwach integrierende Kraft erweist: Die Verschiedenartigkeit der dargestellten Episoden lässt etwaige Gemeinsamkeiten selten erkennen.

Dettelbach

RICHARD TILLY

Der Anschnitt. Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau. 62.–64. Jg., 2010–2012. Vereinigung der Freunde von Kunst und Kultur im Bergbau e. V. Glückauf Essen.

62. Jg. (2010):

Juri I. Kolev und Jennifer Garner berichten über archäologische Fundstellen und Probenanalysen des bronzezeitlichen Bergbau- und Verhüttungszentrums in Michailo-Ovsânka an der mittleren Wolga (S. 2–19). In einem zweiteiligen Beitrag stellt Jens Heckl den gewerkschaftlichen Bergbau im Fürstentum Minden und in der Grafschaft Ravensberg zwischen 1740 und 1827 dar und stützt sich dabei u. a. auf erst seit wenigen Jahren an das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen, abgegebene Betriebsakten, um das Wirken und den Stellenwert der dortigen Gewerkschaften zu beleuchten (S. 20–42, 114–140). Die Entwicklung der rheinischen Basaltindustrie im 19. und 20. Jh. und die Verlagerung des Schwerpunkts vom Lieferanten für Deich- und andere Wasserbauvorhaben zum Straßenbau skizziert Jan Ludwig (S. 43–50). Eindrucksvolle Impressionen von stillgelegten Schacht- und Hüttenanlagen bietet der Beitrag von Eva Pasche über die Photographien von Rainer Gaertner (S. 51–59). Mit einem Teil des kasachisch-deutschen Forschungsprojekts zur Metallurgie und zum frühen Bergbau Ostkasachstans befasst sich der Beitrag von Thomas Stöllner, Zeinolla Samashev, Sergej Berdenov, Jan Cierny, Jennifer Garner, Alexander Gorelik und Galina A. Kusch über Bergmannsgräber im bronzezeitlichen Zinnrevier von Askaraly (S. 86–98). Eckhard Oelke untersucht die königliche Braunkohlengrube Langenbogen vom Beginn des urkundlich belegten Betriebs 1691 bis zur vorläufigen Betriebseinstellung 1840 (S. 99–113). Die sogenannte Nordwanderung des Ruhrbergbaus Anfang des 20. Jh.s beschreibt Michael Farrenkopf am Beispiel der Zeche Sachsen bei Hamm, deren Anfänge auf die Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft Eisleben zurückgehen (S. 141–156). In der Schilderung zum römischen Azuritbergbau in Wallerfangen/Saar widmet sich Gabriele Körlin der Gewinnung des Rohstoffs für das über weite Strecken gehandelte hellblaue Pigment Ägyptisch Blau und beschreibt die Stollensituation und die römische Abbautechnik (S. 174–189). Karl-Heinz Ludwig stellt das als Lob menschlicher Bergbaukunst zu sehende epische Gedicht der Sidonia Hedwig Zäunemann vor, welche dieses als Ergebnis zweier Bergwerksbefahrungen 1737 vortrug (S. 190–197). Beispiele für die Verbreitung des Drahtseils im europäischen Bergbau nach 1834 bietet der Beitrag von Christoph Bartels, der auf die entscheidende Rolle des Drahtseils anstelle der zuvor genutzten Hanfseile und Ketten für die Industrialisierung im Allgemeinen und speziell des Bergbaus hinweist (S. 198–207). Reinhard Jeromin widmet sich dem Bergbau der Bergstadt Frankenberg in Sachsen im 17. und 18. Jh. (S. 222–229). Den Zusammenhang zwischen Kameralismus und Bergbau behandelt Friedrich P. Springer und geht dabei u. a. auf die Entwicklung der Bergbauschulen und der Bergbauwissenschaft bis zum 18. Jh. ein (S. 230–241). Einen Beitrag zur Industrialisierungsgeschichte Frankfurts steuert Konrad Schneider mit seiner Untersuchung der Frankfurter Gelb- und Bronze gießer bei (S. 242–250). Die Geschichte der Bundesknappschaft zwischen 1969 und 2005 ist Gegenstand des Beitrags von Ulrich Lauf, der den Wandel eines zunächst an den Bergbau gebundenen Versicherungsträgers zu einem nicht mehr branchenspezifisch gebundenen großen Versicherungsunternehmen aufzeigt (S. 251–260).

63. Jg. (2011):

Manfred Mücke wirft einen Blick auf die Rolle von Paul Martin Kressner (1817–1899), der als „Vorkämpfer“ einer liberalen und modernen Bergrechtswissenschaft im Königreich Sachsen und auch in Deutschland insgesamt an der Bergakademie Freiberg wirkte (S. 2–8). An die mehrmonatige Reise des Bergbauwissenschaftlers Carl Hellmut Fritzsche zur Beratung des japanischen Steinkohlebergbaus im Jahr 1952 erinnert mit zahlreichen Fotos Günter B. L. Fettweis (S. 9–24). Die Verhinderung der Untersuchung des schwersten Unglücks im sächsischen Bergbau im 20. Jh. durch die SED, bei dem am 22. Februar 1960 im Zwickauer VEB Steinkohlenbergwerk Karl Marx 123 Bergleute starben, ist Gegenstand des Beitrags von Clemens Heitmann (S. 25–34). Den Blick auf den Tiroler Bergbau um 1500 wirft Robert Büchner mit seiner Studie zur Rolle und den Verbindungen von Balthasar Schrenck, der Ratsherr zu Rattenberg und München, Faktor der Gewerke „Virgil Hofers Erben“ zu Schwaz und eigenständiger Bergherr war (S. 54–87). Ebenfalls eine Untersuchung

des Tiroler Bergbaus bietet Ekkehard Westermann mit seinem Beitrag über den Bergbau der Familie Fugger zwischen 1490 und 1550, den er auf die Analyse von Bildern, Grundrissen, Karten und Portraits ausrichtet (S. 88–110). Einen Blick auf Bergbau und Staat in der sächsischen Bergwerksverfassung der 1830er Jahre wirft Manfred Mücke anhand der Biographie von Carl Friedrich Gottlob Freisesleben (1801–1836) (S. 111–116). Jürgen Weiner berichtet über eine Forschungsreise des Deutschen Bergbau-Museums Bochum in das ägyptische Hornsteinbergbau-Revier im Wadi el-Sheikh im April 1981 und widmet sich der Typologie und Technologie von Steinartefakten mithilfe der seinerzeit angefertigten Zeichnungen und Fotos (S. 130–156). Ein kosovarisch-deutsches Gemeinschaftsprojekt zur archäologischen Untersuchung der antiken Stadt Ulpiana in der Nähe des heutigen Pristina stellen Guntram Gassmann, Gabriele Körlin und Sabine Klein vor und berichten über Ergebnisse erster vorbereitender Surveys seit 2009 (S. 157–167). Die Geschichte des Schieferbergbaus bei Löbnitz am Nordrand des Erzgebirges in drei Perioden vom 15. bis zum 20. Jh. schildern Bernd Ullrich und Dieter Kutschke (S. 168–184). Neue Funde und Erkenntnisse zur römischen Dachschiefergewinnung und -verwendung, insbesondere hinsichtlich der Formate und Technik der Dachdeckung, zeigen H. Wolfgang Wagner und Wolfgang Schultheis auf (S. 202–206). Eine detaillierte Bildanalyse des Titelblatts aus dem Kuttenger Kanzonele und des Einzelblatts aus der Werkstatt des Meisters Mathaeus „Illuminator“ steuert Eva Matejková bei und bietet dabei neue Erkenntnisse zur Frühzeit des Kuttenger Montanwesens (S. 207–222). Eva-Elisabeth Nüsser beschreibt die Entstehung und Entwicklung der sogenannten Thurmhofer Poch- und Stoßherdwäsche im sächsischen Freiberg und stellt die Bemühungen um den Erhalt dieses obertägigen Denkmals der 600-jährigen Bergbautradition Freibergs vor (S. 223–234).

64. Jg. (2012):

Holger Schaaff erläutert Forschungsergebnisse zur antiken Abbauphase der Tuffsteingrube Idylle bei Kruft und Kretz in der Eifel. Der dort gewonnene und begehrte Baustoff Tuffstein wurde in der römischen Kaiserzeit für Städtebauprojekte, u. a. für die am Niederrhein gelegene Colonia Ulpia Traiana in der Nähe des heutigen Xanten, gewonnen (S. 2–17). In einem zweiteiligen Beitrag beleuchtet Günter Pinzke die Salzgewinnung in Südwest-Mecklenburg anhand der Geschichte der nachweislich von 1307 bis 1746 in Betrieb stehenden Saline Conow sowie der von der zweiten Hälfte des 19. Jh.s bis 1946 betriebenen Kali- und Steinsalzbergwerke Jessenitz, Lüththeen und Conow (S. 18–24, 76–92). Einen kunsthistorischen Beitrag steuert Eva Pasche bei und nimmt anlässlich des 850-jährigen Bestehens von Freiberg im Erzgebirge den vom Freiburger Bildhauer Bernd Göbel geschaffenen Fortunabrunnen in den Blick. Die im Brunnen eingearbeiteten Figuren spiegeln die Geschichte und insbesondere Bergbaugeschichte Freibergs wider, die von der Autorin detailliert erläutert werden (S. 25–49). Über die Geschichte des Kobaltbergbaus im saynischen Siegerland zwischen 1780 und 1840 berichtet Thomas A. Bartolosh am Beispiel der Grube Alexander bei Kirchen/Sieg. Die dort gewonnenen Kobalterze dienten im 18. Jh. der Blaufarbenherstellung im Harz, im 19. Jh. brach diese Absatzmöglichkeit allerdings durch den kostengünstigeren Farbstoff Ultramarin zusammen (S. 70–75). Im Aufsatz „Die Silberbergwerke von Potosi: Das wichtigste Technologiezentrum Südamerikas aus der Sicht der Autoren der Inka und der Spanier“ stellen Florian Téreygeol und Pablo Cruz archäologische und archäometrische Befunde der letzten Jahre vor und veranschaulichen metallurgische Prozesse in der Nähe des als größtes Silbervorkommen der Welt bekannten Potosi (S. 93–108). Ebenfalls aus archäologischer Perspektive beleuchten Regula Wahl-Clerici, Annemarie Wiechowski, Markus Helfert und Britta Ramminger die Golderzaufbereitung im nordportugiesischen Bergwerksbezirk von Três Minas und Campo de Jales in römischer Zeit. Das große Ausmaß der Waschanlagen und 750 erhaltene Pochsohlen veranschaulichen den industriellen Maßstab des bis um 200 n. Chr. betriebenen Bergbaus (S. 109–118). Thema von Manfred Mücke ist die Biographie von Johann Georg Bause (1699–1752), in dessen 1740 erschienenen Schrift er die erste wissenschaftlich-systematische Gesamtdarstellung des deutschen Bergrechts sieht (S. 138–142). Eckhard Oelke schildert Braunkohlenbergbau und -nutzung in Halle/Saale um 1800 und geht damit auf die wichtige Phase der Durchsetzung der Braunkohle als wichtigstem Brennstoffmaterial für Einwohner, Gewerbe und Industrie für die nächsten fast 200 Jahre ein (S. 143–159). Eben-

falls Braunkohle ist Gegenstand des Beitrags von Günter Pinzke, der den von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jh.s betriebenen Abbau bei Gülnitz im brandenburgischen Landkreis Prignitz aus geologischer und historischer Perspektive betrachtet (S. 160–171). Gört-Guido Schulz skizziert das Wasserwirtschaftssystem des Straßberger Reviers in der ehemaligen Grafschaft Stolberg im Ostharz im 18. und 19. Jh. (S. 172–177). „Der Sturz des Haller Salzmaiers Anthoni Stoß aus Lauingen a. d. Donau (1529)“ ist Titel der ausführlichen Schilderung von Robert Büchner über einen Machtkampf im Tiroler Salzbergbau. Hatte Stoß es zuvor verstanden, vorherige Missstände in der Saline abzustellen, gelang es seinen Gegnern 1529 ihn als religiösen Sektierer gegenüber Erzherzog Ferdinand darzustellen und ihn so aus dem Amt zu entfernen (S. 194–219). Einem Aspekt der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem saynischen Siegerland und dem Herzogtum Westfalen im 18. und 19. Jh. widmet sich Thomas A. Bartolosch mit seinem Blick auf die Stahlsteingrube Guldenhardt bei Herdorf im Kreis Altenkirchen. Der dortige Stahlstein, auch Spateisenstein oder Siderit genannt, gehörte zur Rohstoffbasis der Wendener Hütte in der Nähe des sauerländischen Olpe (S. 220–232). In Verbindung dazu steht der Beitrag von Carsten Trojan, der neuere Erkenntnisse zu den Wassersäulenmaschinen des preußischen Bergbeamten Carl Ludwig Althans (1788–1864) vorstellt. Eine dieser Maschinen war von 1840 bis 1871 auf der Grube Guldenhardt in Betrieb (S. 233–239).

Teltow

JAN LUDWIG

PHILIPPE DOLLINGER: *Die Hanse*. Neu bearb. von VOLKER HENN und NILS JÖRN (Kröners Taschenausgabe 371). 6. vollst. überarb. und akt. Aufl., Kröner, Stuttgart 2012, 655 S. (6 Karten), 29,90 €.

War es schon etwas Besonderes, dass ein französischer Gelehrter, der sonst noch nicht in der Hanseforschung hervorgetreten war, 1964 eine solide, im Urteil abgewogene und lesbare Darstellung der Hanse vorlegte, so ist es weiter bemerkenswert, dass diese Veröffentlichung geradezu zu einem Handbuch wurde, das hier nun in 6. Auflage vorgelegt wird. Anscheinend bestätigt sich einmal mehr, dass einem außenstehenden, unbefangenen Historiker eher ein solches gründliches und zusammenfassendes Kompendium gelingt als den „Betroffenen“, die sich in diesem Fall zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erst ein neues Bild des historischen Phänomens „Hanse“ verschaffen mussten, das nationalsozialistischer Interpretation ausgesetzt gewesen war. Eine deutsche Übersetzung erschien 1966, zwei weitere Auflagen unverändert in schneller Folge. Die vierte und fünfte Auflage von 1989 bzw. 1998 wurde (damals noch zu Lebzeiten Dollingers) durch einen Appendix ergänzt, in dem die Entwicklung der inzwischen bewältigten Hanseforschung skizziert und neuere Literatur berücksichtigt wurde. Nun sind seit der ersten Auflage 50 Jahre vergangen, ein Zeitraum, in dem die Hanseforschung große Fortschritte gemacht hat. Es musste also in den Text selbst eingegriffen werden. Dieses schwierige Unterfangen einer gründlichen Überarbeitung und Aktualisierung ist den versierten Bearbeitern gut gelungen. Sie sind behutsam vorgegangen. Über einige Strecken konnte der Text unbeeinträchtigt bleiben, dennoch entdeckt man die Spuren ihres akribischen Vorgehens, wenn einzelne Worte ausgetauscht, Aufzählungen ergänzt und Druckfehler beseitigt sowie Richtigstellungen vorgenommen wurden. So ist z. B. von der Hanse nicht mehr „als nordeuropäischer Großmacht“ die Rede, sondern von der Hanse „auf dem Höhepunkt ihrer Geltung“. Grundlegende Aktualisierungen findet man beispielsweise bei der Erklärung des Rückgangs des schonischen Heringshandels oder bei kulturgeschichtlichen Themen, wie Universitäten und Buchdruck. Der Utrechter Friede 1474 wird neu gewichtet oder auch der Niedergang des Londoner Hansekontors neu beurteilt. Das Kapitel Bankwesen ist neu gefasst, die häufig behauptete Kreditfeindlichkeit der Hanse ins Reich der Fabel verwiesen, andererseits werden die Überlegenheit des Hanseschiffs, der Kogge, aufgrund neuer Untersuchungen angezweifelt und neue Aspekte, wie der Netzwerkcharakter des hansischen Handels, thematisiert. Die Spätzeit der Hanse, von Dollinger nur lakonisch behandelt, hätte aufgrund neuer Erkenntnisse vielleicht ein wenig mehr Zuwendung verdient. Einleitung und Schlusswort des

Buches, dessen Umfang um ca. 30 Seiten wuchs, wurden erneuert. Über Dollingers Betonung des städtebündischen Charakters der Hanse und seine travezentrische Sichtweise ist die Forschung hinweggegangen. Die europäische Dimension hansischer Geschichte und die Europäisierung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit ihr haben sie abgelöst. Die positiven Auswirkungen der Rückkehr der hansischen Quellen aus dem einst kriegsbedingten Exil in Osteuropa 1987/1990 und der damit inzwischen möglichen (und auch entstandenen) Editionen werden deutlich fühlbar. – Beibehalten wurde der Anhang des Buches (Quellen und Statistiken, die Zeittafel, die Karten und die – nun gründlich überarbeiteten – Register). Umfassend entrümpelt wurde die Liste der Hansestädte. Im „alten“ Dollinger war die Rede von 180–200 Hansestädten, im vorliegenden Band sind es nur noch 100–120. Die kumulativ nach Themen zusammengefasste Literaturliste (S. 596–637) wurde zwar aktualisiert, jedoch hätte man die Chance nutzen sollen, sie in Kleindruck vor die Kapitel zu setzen oder zumindest jeweils die Seitenzahl im Inhaltsverzeichnis zu nennen. Sinnvoll wäre auch gewesen, dort die Überschriften der abgedruckten Quellen im Einzelnen anzuführen, um die Auffindbarkeit dieses reichen Schatzes an historischer Überlieferung zu erleichtern. Aber: Mit dem „neuen“ Dollinger liegt nun wieder ein verlässliches Standardwerk vor, dafür ist den beiden Bearbeitern sehr zu danken.

Lübeck

ANTJEKATHRIN GRASSMANN

UWE FRAUNHOLZ/SYLVA WÖLFEL (Hg.): *Ingenieure in der technokratischen Hochmoderne. Thomas Hänseroth zum 60. Geburtstag* (Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt 40). Waxmann, Münster u. a. 2012, 360 S. (zahlr. Abb.), 34,90 €.

Dieses Buch ist dem Dresdner Technikhistoriker Thomas Hänseroth zum 60. Geburtstag gewidmet. Die Herausgeber haben die „Technokratische Hochmoderne“ und damit einen Schlüsselbegriff seines aktuellen Forschungsvorhabens zum thematischen Dreh- und Angelpunkt gewählt. Hier werden „die Jahre zwischen etwa 1880 und 1970 als eine Einheit gedacht“, in der man in der Gewissheit stetigen Fortschritts mit Hilfe „verwissenschaftlichter Technik“ lebte. Dank des damit verbundenen „Fortschrittsversprechens gelang es Ingenieuren ihre partikularen Interessen in eine weithin akzeptierte, gegen Kritik immunisierende Altruismusformel zu transzendieren“ (S. 9). Wie sich das in ihren Selbst- und Fremdbildern spiegelt, zeigt dieses Buch.

Im ersten Themenschwerpunkt geben die Herausgeber mit der Frage nach dem Verhältnis von Altruismus und Eigensinn im Berufsleben „hochmoderner Ingenieure“ (Uwe Fraunholz/Sylvia Wölfel) das Leitmotiv dieses Bandes vor. Wie sich die „Herren des Technologischen Habitates“ in politischen Kontroversen zwischen Ökologie und Wirtschaft positionieren, wird im folgenden Beitrag (Günter Bayerl) diskutiert. An konzeptionellen Vorgaben der historischen Sozial- und Kulturwissenschaft orientiert sich der Versuch, Grundrisse einer historischen Technikwissenschaft zu bestimmen (Karl-Eugen Kurrer).

Der zweite Themenschwerpunkt öffnet biographische Zugänge zur „technokratischen Hochmoderne“. So geht es anhand der Berufskarrieren von Andreas Schubert, Ferdinand Redtenbacher und Franz Reuleaux der Gemeinwohlorientierung von Maschinenbauexperten des 19. Jh.s auf den Grund (Klaus Mauersberger). Wie Maschinenbauer und Ingenieurprofessoren im 19. und frühen 20. Jh. über Ziele und Zwecke der Technik dachten, erfährt man in einem informativen Beitrag über Franz Reuleaux und Alois Riedler (Wilhelm König). In politische Dimensionen von Geodäsie und Vermesungstechnik gewährt ein Blick auf das Wirken Wilhelm Jordans überraschende Einsichten (Manuel Schramm).

Um „Rationalisierungsdiskurse“ geht es im folgenden Schwerpunkt. Hier werden die sozial-utopischen Vorstellungen Taylors und Fords (Volker Stöhr), die gesellschaftspolitischen Intentionen der Elektrifizierung in der Sowjetunion (Detlev Fritsche) und die Automatisierungsvisionen deutscher

Ingenieure in den 1950er und 1960er Jahren (Martin Schwarz) problematisiert. Dem folgen unter dem Rahmenthema „Visionen technischen Handelns“ drei Beiträge zur frühen Nutzung der Solar-energie (Frank Dittmann), zur Raumfahrt als technische Mobilisierungsressource (Anke Woschek) und zum Industriedesign in der Periode der Hochmoderne (Sylvia Wölfel).

Ein eigener Abschnitt ist dem „Technologieprojekt DDR“ gewidmet. Darin wird man über Motive und Selbstbilder von Forschungsdirektoren (Dolores Augustine), die militärische Laserforschung (Helmut Albrecht), die Technologiepolitik des VEB Carl Zeiss Jena (Uwe Fraunholz) und über die Entwicklung von Bobschlitten (Ralf Pulla) informiert. Anhand der Frage „Scheiternde Technik – Gescheiterte Hochmoderne?“ ist zu lernen, dass gescheiterte technische Innovationen durchaus zur besseren Wahrnehmung technischer Probleme beitragen können (Reinhold Bauer). Wie relativ die Grenze zwischen Natur- und Technikkatastrophen ist, wird im Folgenden im Hinblick auf gesellschaftliche Konsequenzen betrachtet (Matthias Heymann).

Reflexionen zum Wirken Thomas Hänseroths als Technikhistoriker (Dietrich Conrad) und zur „Ambivalenz des Strebens nach Erkenntnis wie auch der Realisierung großer Träume“ (S. 348, Gerhard Barkleit) beschließen den Reigen ebenso anregender wie nachdenklich stimmender Beiträge. Das Ganze ist als ausgewogenes und durchaus nicht unkritisches Plädoyer für naturwissenschaftlich-technische Qualifikationen im Allgemeinen und für den Ingenieurberuf im Besonderen zu lesen. Wer sich über Technikdiskurse und den Wandel des Ingenieurbildes im 19. und 20. Jh. informieren möchte, wird hier fündig.

Berlin

PETER HÜBNER

REINHARD HANAUSCH U. A. (Hg.): *Überleben durch Kunst. Zwangsarbeit im Konzentrationslager Gusen für das Messerschmittwerk Regensburg* (Kataloge und Schriften der Staatlichen Bibliothek Regensburg 7). Morsbach, Regensburg 2012, 345 S. (ca. 100 Abb., 13 Tab.), 14,90 €.

Das Konzentrationslager Gusen östlich von Linz gehört zu den weniger bekannten Orten nationalsozialistischer Verbrechen. Im Gegensatz zum benachbarten KZ Mauthausen, das die Republik Österreich bereits ab 1947 zu einer Gedenkstätte entwickelte, begann sich der Alpenstaat erst fünfzig Jahre später der noch verbliebenen Reste des Lagerkomplexes anzunehmen. Dies betrifft das von ehemaligen Häftlingen zum Memorialbau umfunktionierte Krematorium des 1938/40 errichteten Lagers Gusen I ebenso wie die in den Berg getriebenen Stollen „Bergkristall“ Gusen II, wo seit 1944/45 Flugzeugteile für das süddeutsche Rüstungsunternehmen Messerschmitt produziert wurden.

Ein spektakuläres Zeugnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen im KZ Gusen ist das aus zehn farbigen Aquarellen bestehende Album des früheren polnischen Häftlings Franciszek Znamirowski, das dieser 1944 aus Dankbarkeit dem deutschen Meister Karl Seider schenkte. Erst 1997 von einem Regensburger Antiquar wiederentdeckt, war es Höhepunkt einer Ausstellung, die im Winter 2012/13 in der Staatlichen Bibliothek Regensburg gezeigt wurde und zu der nun der gleichnamige Begleitband vorliegt.

Das Buch gliedert sich in drei Teile: Erstens wird das KZ Gusen in das „Bermudadreieck“ aus Kriegswirtschaft, Zwangsarbeit und Häftlingseinsatz im „Dritten Reich“ eingeordnet. So heben die Regensburger Historiker Mark Spoerer und Erwin Vervloed in ihrem Beitrag (S. 53–75) hervor, dass die Produktionsverlagerung in die oberösterreichischen Stollen den Zugriff des Rüstungskonzerns auf Zwangsarbeit noch einmal deutlich erhöhte und vom Ethos des „nationalsozialistischen Musterbetriebs“ (S. 53), der Regensburg in den 1930er Jahren industrialisiert hatte, nichts übrig blieb.

Im zweiten, biografischen Teil finden sich ausführlichere Porträts Znamirowskis, Seiders und ihrer – für beide unfreiwilligen – Begegnung in der damaligen „Ostmark“. Die künstlerische Begabung hatte den Galizier bereits im Vernichtungslager Auschwitz, in das er 1943 wegen seiner Beteiligung am bewaffneten polnischen Widerstand verschleppt worden war, vor dem Tod bewahrt. In Gusen

verhalf ihm das Malen zu einer Tätigkeit in der Malerwerkstatt, wo er, als einer von mehr als 26.000 Gusener Häftlingen (Februar 1945), für das Jagdflugzeug Me 262 Flügel und Rumpfe lackierte und nebenbei Auftragsarbeiten (z. B. Glückwunschkarten) für SS-Wachleute und seinen Vorgesetzten ausführte. Der gläubige Katholik Seider wiederum schuf – obwohl NSDAP-Mitglied – in seinem Einflussbereich durch humanitäres Handeln Freiräume und ermöglichte es Znamirowski und einzelnen Mithäftlingen, Szenen der von Hunger, Elend und Tod geprägten Lagerrealität heimlich auf Papier festzuhalten. Wie sehr es ein Glück war, den mörderischen Arbeitsbedingungen in den Stollen entgehen zu können, zeigen die Erinnerungen des Häftlings Dušan Stefančič (S. 141–167). Der gebürtige Slowene, bei seiner Deportation nach Gusen 1944 gerade einmal 17 Jahre alt, berichtet, dass „the average length of survival for Gusen II inmates was only 2 to 4 months“ (S. 162).

Dem Album Znamirowskis, der die Zwangsarbeit und Internierung ebenso wie Stefančič überlebte, widmen sich, drittens, mehrere fachübergreifende Beiträge. Während der Aachener Geschichtsdidaktiker Christian Kuchler (S. 235–241) den hohen Quellenwert der Bilder für den Geschichtsunterricht hervorhebt, verdeutlicht die Wiener Ethnologin Michaela Haibl (S. 243–256), dass sich künstlerisch tätige KZ-Insassen auf einem schmalen, lebensgefährlichen Grat zwischen Heimlichkeit, Duldung und Zwang bewegten und ihre Arbeiten damit, für den heutigen Betrachter häufig verstörend, „zwischen Dokumentations- und Dekorationsobjekt“ (S. 253) changierten.

Neben den Bildern, die das relativ junge Forschungsfeld „Kunst im Konzentrationslager“ bereichern, beeindruckt vor allem die Multiperspektivität des Bandes, so dass er vor allem jungen Lesern wichtige Lernimpulse zur Geschichte des „Dritten Reichs“ liefern dürfte. Gerade in diesem Kontext sind jedoch das Fehlen einer (der Themenvielfalt Rechnung tragenden) Gesamtbibliografie und die bisweilen etwas irritierende Reihenfolge der abgedruckten Beiträge zu bedauern – kleinere Mängel, die in einer zweiten Auflage rasch behoben werden könnten.

Witten/Ruhr

THOMAS URBAN

DIETER HECKMANN unter Mitarbeit von KRYSZTOF KWIATKOWSKI (Bearb.): *Das Elbinger Kriegsbuch (1383–1409). Rechnungen für städtische Aufgebote* (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz 68). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2013, 436 S. (22 Abb.), 49,90 €.

Das Kernstück des vorliegenden Bandes ist die Edition eines Elbinger Rechnungsbuches durch einen ausgesprochenen Kenner der Ordensgeschichte, welches die kommunalen Aufgebote der Jahre 1383 bis 1409 erfasst. Ergänzt werden die Listen durch umfangreiche prosopographische Untersuchungen zu den in den Aufstellungen genannten Kämpfern, die es zudem erlauben, verwandtschaftliche Beziehungen und/oder Eheverbindungen in Elbing und über die Stadt hinaus aufzudecken, eine immense Fleißarbeit. Als Verfasser der Listen ließen sich der Stadtschreiber Johannes Birsmitt und dessen Nachfolger Bartholomeus identifizieren. Allerdings handelt es sich weniger um Rechnungen als um Gestellungs- oder Aufgebotslisten, die wahrscheinlich vor Beginn des jeweiligen Unternehmens erstellt wurden (S. 32). Das Material informiert über die Aufgebotsarten, wobei die Landkriegsreisen die See- und die Baureisen eindeutig dominierten. Untergliedert wurden die Aufgebote häufig in Mayen, die in der Regel jeweils zwischen 14 und 41 Köpfe zählten; nur einmal betrug die Kopfstärke über 110 Mann. Das Gesamtaufgebot Elbings umfasste zumeist zwischen 25 und 30 oder zwischen 60 und 70 Mann, zwei Mal 136 bzw. 223 Teilnehmer. Weiterhin zielten die Kriegsschaffer auf eine möglichst gleichmäßige Belastung der vier Stadtteile bzw. ihrer Bewohner sowie der Höfe und Dörfer in der Stadtmark ab. Über die Bewaffnung schweigt die Quelle hingegen weitgehend, doch sorgte überwiegend der Rat für die Ausstattung der Kämpfer. Der Elbinger Rat konnte organisatorisch zügig auf die militärischen Forderungen der Landesherren reagieren, wehrte sich aber gegen Ansprüche, die über das gewöhnliche Ausmaß hinausgingen. In den weiteren Städten des Ordens dürfte ähnlich verfahren worden sein. An immerhin 42 militärischen Aktionen musste sich Elbing zwischen

1383 und 1409 beteiligen, zu gut drei Viertel gegen Litauer, Samaiten und Ruthenen gerichtet; die Dauer der Einzelunternehmungen lag zumeist bei über einem Monat bis mehr als sechzig Tagen. Heckmann bettet das Aufgebotswesen in die sich wandelnde politische Situation ein, erwähnt sei die polnisch-litauische Union, und wertet diese als ein offensives politisches Gebilde (S. 53). Auch führte die Christianisierung Litauens zu einer Zunahme diplomatisch-politischer Handlungen.

Der verdienstvolle Band bietet viele Hinweise zur militärischen Organisation des Ordensgebietes, selbst wenn manches Detail aufgrund des spröden Materials nur begründet vermutet werden kann, und zur Elbinger Stadtgeschichte. Gerade der prosopographische Teil lässt, wie erwähnt, ein gesellschaftliches „Flechtwerk“ (S. 42) entstehen, welches deutlich über die Stadt hinausreicht. Zudem bietet die Edition gelegentlich Einblicke in die berufliche Struktur der Stadt, vereinzelt werden nur die Handwerke und die Anzahl der von ihnen zu stellenden Männer genannt.

Siegen

BERND FUHRMANN

ERIK HORNING: *Human Capital, Technology Diffusion and Economic Growth. Evidence from Prussian Census Data* (Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung 46). Ifo Institut, München 2012, 182 S. (13 Abb., 40 Tab.), 20,00 €.

Im Jahr 2005 wurde Humankapital von einer mit Sprachwissenschaftlern besetzten Jury zum Unwort des Jahres gewählt. Dieses negative Urteil verkennt, dass erst durch dieses Konzept die hohe Bedeutung von formaler Bildung und im Beruf erworbenem Erfahrungswissen in den Fokus der Wirtschaftswissenschaften gerückt ist. Insbesondere sind Ökonomen heute der Auffassung, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur durch die beständige Erweiterung und Erneuerung des in einer Volkswirtschaft verfügbaren Bestands an Humankapital realisiert werden kann. Beispielsweise wird Deutschlands Aufstieg von einem rückständigen Agrarland zu einer der führenden Industrienationen den umfassenden Bildungsreformen des 19. Jh.s zugeschrieben, die von der Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht bis hin zur Etablierung Technischer Hochschulen reichten.

Eine von dem Bildungsökonom Ludger Wößmann am Ifo Institut in München angeleitete Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern unternimmt seit einigen Jahren den Versuch, mit Hilfe moderner ökonometrischer Methoden den vermuteten Zusammenhang zwischen Humankapitalbildung und Wohlstandssteigerungen am Beispiel der Entwicklung preußischer Regionen empirisch zu überprüfen. International große Beachtung fand eine Untersuchung von Sascha Becker und Ludger Wößmann, die im Jahr 2009 unter dem Titel „Was Weber Wrong? A Human Capital Theory of Protestant Economic History“ im angesehenen *Quarterly Journal of Economics* veröffentlicht wurde. Die beiden Autoren belegen, dass protestantisch dominierte preußische Kreise im 19. Jh. nicht deshalb eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung nahmen, weil – wie von Max Weber vermutet – Protestanten eine besondere Arbeitsethik besaßen, sondern weil sich Protestanten effektiver als Katholiken um die Schulbildung ihrer Kinder bemühten.

Erik Horning setzt dieses Forschungsprogramm mit der vorliegenden Dissertation fort. Wie in den Wirtschaftswissenschaften immer häufiger üblich, ist diese kumulativ, d. h. vier eigenständige Aufsätze werden durch eine Einleitung miteinander verknüpft. Im ersten Aufsatz wird der Einfluss der Agrarstruktur auf die Humankapitalbildung in Preußen untersucht. Horning kommt zu dem Ergebnis, dass politisch dominante Großgrundbesitzer die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht in ihrem lokalen Einflussbereich verzögerten, weil sie vorrangig an ungebildeten und deshalb billigen Landarbeitern Interesse hatten. Im zweiten Aufsatz zeigt Horning, dass preußische Kreise, in denen bereits in der ersten Hälfte des 19. Jh.s. ein hoher Anteil der schulpflichtigen Kinder tatsächlich die Elementarschule besuchten, in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s. einen vergleichsweise hohen Anteil an Industriearbeitern außerhalb des traditionellen Textilsektors aufwiesen. Dieser Befund legt nahe, dass eine Region nur dann am sprunghaften technischen Fortschritt teilhaben kann, wenn

zuvor die regionalen Arbeitskräfte durch Bildung die Fähigkeit zur Adaption neuer Technologien erworben haben. In seinem dritten Aufsatz versucht Hornung, den Einfluss der Immigration französischer Hugenotten auf die preußische Wirtschaft abzuschätzen. Es zeigt sich, dass die Arbeitsproduktivität in Textilfabriken um 1800 in denjenigen preußischen Städten signifikant höher war, in denen sich ein Jahrhundert zuvor die ursprünglichen Auswanderer vorrangig niedergelassen hatten. Dieses überraschende Ergebnis lässt vermuten, dass es für Konkurrenzunternehmen auch längerfristig sehr schwierig war, den Produktivitätsvorsprung von Textilunternehmen aufzuholen, die ursprünglich von dem technischen Wissen der nach Preußen eingewanderten Hugenotten profitiert hatten. Der vierte Aufsatz weicht thematisch insoweit ab, als in diesem untersucht wird, ob preußische Städte aus der geographischen Nähe zu den neu gebauten Eisenbahnlinien wirtschaftlichen Nutzen zogen.

Der vorliegenden Dissertation kommt das Verdienst zu, die umfangreiche, aber wenig genutzte preußische Statistik für die Analyse des Zusammenhangs zwischen Humankapitalbildung (sowie Infrastruktur) und Wirtschaftswachstum zu erschließen. Hornungs Strategien, die methodischen Probleme umgekehrter Kausalität zu lösen, werden insbesondere bei den ökonometrisch ausgebildeten Lesern auf Interesse stoßen. Insgesamt liegt der Wert der Arbeit aber vor allem darin, neue Fragen aufgeworfen zu haben, die hoffentlich viele weitergehende Untersuchungen inspirieren.

Mannheim

JOCHEN STREB

HAROLD JAMES: *Krupp. Deutsche Legende und globales Unternehmen*. Beck, München 2011, 344 S. (134 Abb., 5 Tab.), 19,95 €.

ALFRIED KRUPP VON BOHLEN UND HALBACH-STIFTUNG: *Krupp. Fotografien aus zwei Jahrhunderten*. Deutscher Kunstverlag, Berlin/München 2011, 232 S. (203 Abb.), 24,90 €.

Die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung gedachte des 200. Jahrestags der Gründung der Firma Fried. Krupp (20. November 1811) mit einer großen Ausstellung in der Villa Hügel, *Krupp. Fotografien aus zwei Jahrhunderten*, einem Bildband gleichen Titels und mit einer Auftragsschrift des in Princeton lehrenden Historikers Harold James. Die Ausstellung und die beiden Veröffentlichungen richteten sich an ein breites Publikum und nicht so sehr an die Wissenschaft. Angesichts der durch die weitgehende Öffnung des Archivs möglichen und zum Teil durch die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung finanzierte Krupp-Forschung der letzten beiden Jahrzehnte, war kaum zu erwarten, dass die beiden Veröffentlichungen Neues über Krupp erzählen oder eine neue Perspektive auf das Unternehmen oder die Familie eröffnen.

Das Buch von Harold James liefert auf nur 300 Seiten einen soliden Überblick über die Geschichte des Unternehmens und der Familie. James konzentriert seine Darstellung auf drei „Leitmotive“, den aus seiner Sicht das Unternehmen fast 200 Jahre bestimmenden Unternehmensethos, die globale Orientierung bereits seit der Mitte des 19. Jhs und das Spannungsfeld von Familie und Unternehmensorganisation. Ein viertes Leitmotiv wird nicht explizit genannt, es rückt jedoch immer wieder in den Blick: das enge Verhältnis zwischen Krupp und Staat. All dies ist freilich nicht unbekannt, und wer an genauen historischen Darstellungen interessiert ist, sollte je nach Interessenbereich auf die Studien von Burkhard Beyer, Jürgen Lindenlaub, Barbara Wolbring, Michael Epkenhans und Ralf Stremmel oder den von Lothar Gall herausgegebenen Band *Krupp im 20. Jahrhundert* zurückgreifen, um nur einige der wichtigen Arbeiten zu nennen. James Buch kann jedoch gut als ein erster Einstieg genutzt werden. Die Darstellung ist zuverlässig, flüssig und konsistent erzählt, angereichert durch schön ausgewählte Zitate, Bilder und Fotos, hat aber kaum eine explizite Verbindung zur breiten unternehmenshistorischen Forschung und deren Debatten insbesondere für das 20. Jh. Gelegentlich greift James zwar allgemeine Fragen der Unternehmensgeschichte auf, zum Beispiel die Spannung zwischen Familienunternehmen

und managergeführtem Konzern (S. 107 f.), doch untersucht er sie nicht systematisch. Ähnliches gilt, wenn er sich von bestehenden Interpretationen anderer, zum Teil mit guten Gründen, abgrenzt (z. B. betreffend des Krupp'schen Unternehmenserfolgs, S. 137). Doch das Buch ist lesenswert: James präsentiert Krupp sehr kenntnisreich, er hält sich mit klaren Urteilen nicht zurück, und seine Perspektive reicht über das Unternehmen und die Familie hinaus und denkt politischen, wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Wandel immer mit. Kritische Epochen der Unternehmensgeschichte werden, soweit das in einem so knappen Buch möglich ist, berücksichtigt. Der kompakte Schlussteil diskutiert die Geschichte des Unternehmens im Kontext der Auflösung der sogenannten Deutschland AG. Harold James formuliert die sympathische Hoffnung, familien- und stiftungsgeführte Unternehmen könnten dazu beitragen, anstelle des Shareholder Values langfristige Perspektiven eines gemeinwohlorientierten Kapitalismus zu betonen. Mir erscheint diese Erwartung allerdings als paradox, zeigt doch die Krupp-Geschichte, dass Familienunternehmen sich keineswegs „besser“ verhielten als andere.

Der Bildband *Krupp. Fotografien aus zwei Jahrhunderten* umfasst neben einer interessanten kurzen Einführung von Ralf Stremmel vier kursorische Überblicke (10–14 Seiten davon ca. 1/3 Fotos) über die Unternehmensgeschichte (Werner Abelshauser), die Familie Krupp in der Fotografie (Franziska Schmidt), die Industriefotografie allgemein (Howard Bossen) und die Bilderwelten des Historischen Archivs (Ralf Stremmel). Es folgen 19 kurze, auf die Fotos und die Bildersprache bezogene Kapitel, wie zum Beispiel Rundblicke, Bild-Macher, Produktwelten, Ausstellen, Gruppenbilder. Sie strukturieren die Auswahl von über 200 Fotografien so, dass das Foto, dessen Produktion, Perspektiven und Gestaltung im Mittelpunkt stehen. Nach dem von Klaus Tenfelde herausgegebenen Buch *Bilder von Krupp*, das Maßstäbe für den historischen Umgang mit Fotos setzte, überrascht es kaum, dass der besprochene Band zum Teil bereits bekannte Fotos zeigt; doch vor allem im privaten Bereich sind viele unveröffentlichte Schätze zu sehen. Die einzelnen Kapitel werden durch kurze, aber sehr pointierte und kenntnisreiche Texte renommierter Kunst- oder Fotografiehistoriker eingeleitet. Sie können hier nicht umfassend vorgestellt werden; in ihrer Summe skizzieren sie das Thema (Industrie-) Fotografie in Breite und Tiefe; sie bieten daher eine Einführung ins Thema.

Ich wünschte mir, dass der gewählte Zugang zukünftig vertieft wird; in dieser Konsequenz haben sich historische Ausstellungen selten der Industriefotografie und deren Besonderheiten zugewendet. Wer Fotografie als historische Quelle verwenden möchte, wird behutsam in deren Komplexität eingeführt und darauf verwiesen, dass Fotos vor allem Erzählungen sind. „Fotografien“, schreibt Ralf Stremmel in seiner Einführung, „konstruieren Wirklichkeit mehr als das sie Wirklichkeit ungefiltert widerspiegeln“ (S. 9). Dieser „aufgeklärte“ Umgang mit Fotografie ist für Unternehmen recht „neu“.

Frederiksberg (Dänemark)

ALFRED RECKENDREES

HERBERT E. KADEN: *Das sächsische Bergschulwesen. Entstehung, Entwicklung, Epilog (1776–1924)*. Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2012, 716 S. (zahlr. Tab.), 98,00 €.

Herbert E. Kadens Untersuchung des sächsischen Bergschulwesens schließt eine große Lücke: Während über die Geschichte und die Aufgaben der Königlich Sächsischen Bergakademie zu Freiberg, gegründet 1765, gründliche Studien vorliegen, fehlte eine bildungsgeschichtliche Forschungsarbeit zum Komplex der verschiedenen Schulformen, wie er sich innerhalb der kursächsischen Bergreviere im letzten Drittel des 18. Jh.s entwickelt hat. Kadens Hauptanliegen ist es, das System verschiedener Einrichtungen mit ihren Besonderheiten (als Beruf begleitende Ausbildung) zur Heranbildung von Berg- und Hüttenleuten für überwiegend nachgeordnete Funktionen innerhalb des Aufsichtsbereichs der kursächsischen Bergverwaltung in dieser Aufbauphase zu analysieren. Als materielle Grundlage dienen dem Verfasser die im Freiburger Universitätsarchiv reichlich vorhandenen Archivalien, zu denen er als Leiter einen direkten Zugriff hat und die er methodisch sorgfältig und ergebnisbezogen stringent auswertet. Die wissenschaftlich relevante Literatur wird umfassend hinzugezogen und im Kontext von Ausbildung und Bergbau diskutiert.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Nach dem Siebenjährigen Krieg war ein wirtschaftlicher Aufschwung im sächsischen Revier nur möglich, wenn neben den Betriebsleitern, Schichtmeistern und Steigern auch die unteren und mittleren Bergbeamten (Offizianten) und Bergarbeiter über ein bestimmtes Maß an fachlicher Ausbildung verfügten, um den gestiegenen technischen Anforderungen (Förder- und Wasserhebeteknik) zu entsprechen und zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität beizutragen. Berghauptmann Friedrich Wilhelm Heinrich von Trebra hatte aufgrund seiner Erfahrungen, die er als Bergmeister in Marienberg seit 1767 hatte sammeln können, als einer der ersten die Notwendigkeit einer besonderen Bildung für untere Bergbeamte und Steiger erkannt und schulisch-fachliche Ausbildung gefordert sowie auch praktisch umgesetzt.

Die Einrichtungen solch eines Schulsystems waren vielschichtig gestaltet, mehrere Ausbildungsformen griffen ineinander und gehörten zum Verantwortungsbereich des kurfürstlichen Oberbergamts Freiberg – und dort lagen sie wiederum bei Berghauptmann Benno von Heynitz, der mit Umsicht und Energie das eigenständige Schul- und Ausbildungssystem aufbaute (einen derartigen Durchsetzungswillen hatte nicht nur der Berghauptmann Heinrich Albert von dem Busch im Oberharz gezeigt, sondern auch der Bruder Bennos, der sächsische Bergkammerrat Friedrich Anton von Heynitz). Die fachliche Aufsicht über das Bergschulwesen wurde nach anfänglichen Schwierigkeiten relativ konfliktfrei der Aufsicht der kirchlichen Schulbehörden entzogen (von Heynitz betrachtete das elementare Schulwesen als eine Angelegenheit der Pfarrer, Superintendenten und Konsistorialbehörden). Die Bergakademie übernahm zugleich die Aufgabe einer höheren berufsfachlichen Lehranstalt mit der Aufgabe, die Ausbildung von Bergschullehrern zu betreiben. Kaden sieht darin eine Präfiguration späterer Lehrerseminare, nämlich die Konturierung eines frühen und speziellen Typus des nachfolgenden Berufsschullehrers.

Auch das Finanzierungsproblem vermochte von Heynitz durch ein eigenes Modell zu lösen: durch eine Kombination von Geldzuweisungen der örtlichen Knappschaftskassen, von Gewerken und finanziellen Beihilfen aus landesherrlichen Kassen (der Freiburger Oberzehnt- und weiteren Bergbaukassen). Zudem konnte durch die jährlichen kurfürstlichen Beihilfen eine ständig verbesserte Versorgung unterstützungsbedürftiger Kinder der Berg- und Hüttenleute mit elementarem Schulunterricht erreicht werden, aus denen ein Stamm von fähigen Fachleuten und Bergbeamten rekrutiert werden sollte (ab 1794 wurden auch ‚Bergmädchen‘ gefördert). Für die über 14-jährigen Bergmannskinder, die in den Pochwerken arbeiteten, fand der Unterricht täglich nach Schichtende statt. Besonders begabten Absolventen der Bergschule wurde die Möglichkeit geboten, die Bergakademie zu besuchen und sich innerhalb der Bergverwaltung für höhere Aufgaben zu qualifizieren. Gleiches galt für die Lehrer der Bergschule oder der obererzgebirgischen Schreib-, Rechen- und Zeichenschulen (SRZ-Schulen), die ihre berufliche Entwicklung dort begonnen hatten.

Das untersuchte kursächsische Bergschulwesen kann – so Kadens Fazit – als historische Bildungsinstitution weder dem allgemeinen oder elementaren Schulwesen noch dem Berufsschulwesen zugeordnet werden, es stellte vielmehr eine eigenständige Kategorie innerhalb der sächsischen Bildungslandschaft dar. Die an der Bergakademie Freiberg für die verschiedenen kursächsischen Bergschulen ausgebildeten Lehrkräfte waren qualifiziert, das für die untere und mittlere Bergverwaltung und die bergmännischen Spezialisten notwendige Fachwissen zu vermitteln. Das Bergschulwesen galt mit Recht, so in der Beurteilung Kadens, als fortschrittlich, wenn es auch räumlich auf den unter Bergaufsicht stehenden kursächsischen Territorialstaat und zeitlich auf das ausgehende 18. Jh. begrenzt blieb.

Diese Entwicklung belegt Kaden akribisch in ihren regionalen Stadt-Land-Differenzierungen mit hierarchisch aufgebauter Abfolge von Stufen unterschiedlicher Schultypen bei differierenden Bildungsansprüchen als Teil der Montan-Kultur des Erzgebirges (gelegentliche Redundanzen verdeutlichen den langjährigen Arbeitsprozess des Autors). Die Arbeit zeigt, wie eine gründliche Fallstudie Fragestellungen zusammenführt, die in der Regel in Teildisziplinen bearbeitet werden.

Im „Epilog“ hingegen skizziert Kaden in groben Strichen die weitere Entwicklung der Freiburger Bergschule bis zu deren Schließung 1924, als die Ausbildung unterer Bergbeamter und bergmännischer Fachkräfte im sächsischen Erzbergbau keiner Nachfrage mehr unterlag, während der Steinkohlenbergbau eine eigene Ausbildungsstätte in Zwickau gegründet hatte.

Marburg

HANS-JOACHIM KRASCHEWSKI

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

ATSUSHI KATAOKA U. A. (Hg.): „*Glückauf*“ auf Japanisch. *Bergleute aus Japan im Ruhrgebiet*. Klartext, Essen 2012, 318 S., 22,95 €.

Das Zentrum japanischer Einwanderer in Deutschland wird zu Recht in der Rheinmetropole Düsseldorf lokalisiert, wo die überwiegend hochqualifizierten und wohlhabenden Asiaten seit Jahrzehnten ihre wirtschaftlichen und kulturellen Spuren hinterlassen haben. Dass im benachbarten Ruhrgebiet in den 1950er und 1960er Jahren ca. 400 Japaner als Gastarbeiter im Steinkohlenbergbau tätig waren, ist jedoch weitgehend unbekannt. Der vorliegende Sammelband widmet sich diesen japanischen Bergleuten an der Ruhr auf vielfältige Weise. Neben klassischen wissenschaftlichen Aufsätzen nehmen insbesondere Berichte und Erinnerungen der ehemaligen Bergleute einen großen Raum ein. Abgerundet wird der Band durch eine kleine Materialsammlung, die Quellenabschriften, Datenmaterial und am Ende des Buches auch einige Fotografien enthält.

In dieser Rezension werden die Ergebnisse der vier wissenschaftlichen Beiträge, die auf eine Veranstaltung der Deutsch-Japanischen Gesellschaft im September 2011 zurückgehen, im Vordergrund stehen. Den Auftakt macht Hiromasa Mori mit einem überblicksartigen Beitrag, der die Hintergründe der Entsendung japanischer Bergleute, das erste deutsch-japanische Entsendungsprogramm von 1956, die Wiederbelebung des Programms 1960 sowie das Leben der in Deutschland gebliebenen und nach Japan zurückgekehrten japanischen Bergleute beleuchtet. Wie auch die Anwerbung italienischer Arbeiter seit 1955 war der Arbeitskräftemangel des boomenden deutschen Nachkriegsbergbaus Ursache für das deutsch-japanische Entsendeabkommen. In Japan wiederum wurden zur gleichen Zeit auf Grund der zunehmenden Bedeutung des Erdöls für die nationale Energieversorgung Rationalisierungsmaßnahmen für die Bergbauindustrie beschlossen, so dass aus japanischer Sicht der deutsche Bergbau eine Art Ventilfunktion für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Kumpel einnehmen sollte. Tatsächlich kamen die ersten Anstöße für ein Entsendungsprogramm von japanischer Seite im Rahmen der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf 1956.

Regine Mathias stellt in ihrem Beitrag dar, dass zwar von japanischer Seite der deutsche Steinkohlenbergbau hinsichtlich des Rationalisierungsgrades als überlegen angesehen wurde (eine Wahrnehmung, die vor allem auf den Import deutscher Bergbautechnik nach Japan in den 1950er Jahren zurückging), tatsächlich war die Technisierung des japanischen Bergbaus Ende der 1950er Jahre schon so weit fortgeschritten, dass die japanischen Bergleute in Deutschland kaum etwas Neues hinzulernen konnten. In dieser Hinsicht war ein Ziel des Entsendeprogramms, nämlich der Transfer technischen Wissens, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Auch das Kennenlernen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Mitbestimmungsrechte erfüllte nicht die Hoffnungen der politischen Akteure von einem erweiterten Verständnis demokratischer Organisationsstrukturen in einer modernen Industriegesellschaft. Gegenüber der Bergbaugewerkschaft hielten die entsendeten Bergleute reservierte Distanz.

Werner Pascha wiederum befragt das deutsch-japanische Entsendeprogramm im Hinblick auf den wirtschaftlichen Strukturwandel beider Länder. Während Japan schon frühzeitig den Steinkohlenbergbau schrumpfen ließ, verzögerte Deutschland entsprechende wirtschaftspolitische Entscheidungen. Die unterschiedlichen kollektiven ökonomischen Handlungsweisen und Strategien erklären sich nach Pascha insbesondere durch fünf Strukturmerkmale, die in beiden Ländern erhebliche Differenzen aufwiesen: Größe der Kohleindustrie, nationale Wettbewerbsfähigkeit, geographische Lage, industrielle Struktur und Rolle der Gewerkschaften. Thesen, die der japanischen Wirtschaftselite in den 1950er Jahren eine langfristige ökonomische Strategie unterstellen, weist er damit zurück.

Anhand der Erinnerungsberichte der japanischen Bergleute und entsprechenden Schilderungen von deutschen Bergleuten untersucht Annika Raues Beitrag den Alltag und die Integration der japanischen Bergleute im Ruhrgebiet. Insbesondere der direkte und raue Umgangston der Bergleute untereinander sowie die exponierte Position des Steigers wurden mit Befremden zur Kenntnis genommen. Andererseits schätzten die japanischen Kumpel, dass sie von der Ruhrgebietsbevölkerung sehr offen und herzlich aufgenommen wurden, was die Integration in die fremde Kultur erleichterte. Die Erinnerungen der japanischen Bergleute dokumentieren dabei einen kulturhistorisch interessanten Blick auf das Ruhrgebiet der 1950er Jahre.

Insgesamt beleuchtet der Sammelband sicherlich ein ökonomisch eher marginales Phänomen der deutschen Industriegeschichte, allerdings liefert er einen wichtigen und auch durchaus unterhalt-samen Baustein zur Geschichte der Gastarbeiter im Ruhrkohlenbergbau.

Bochum

LARS BLUMA

DREW KEELING: *The Business of Transatlantic Migration between Europe and the United States, 1900–1914*. Chronos, Zürich 2012, 345 S. (24 Abb., 28 Tab.), 34,00 €.

Der Verfasser beginnt seine Einleitung mit einer Feststellung, die wohl die meisten Leser verwundern wird: „This is a history of the eleven million Europe-born migrants who made nineteen million ocean crossings.“ Diese verblüffende Aussage kommt folgendermaßen zustande: Elf Mio., die 1900–1914 erstmals in die USA reisten; von diesen fuhren 5,5 Mio. wieder nach Europa und 2,5 Mio. erneut westwärts über den Atlantik. Somit blieben 7,8 Mio. Migranten permanent in den USA und 3,1 Mio. kehrten dauerhaft nach Europa zurück. Die Rückwanderungsquote betrug 29 Prozent (S. XIII). Diese Zahlen sind das Ergebnis aufwendiger, weitgehend nachvollziehbarer eigener Berechnungen Keelings.

Er erklärt, dass er sich umfassend mit dem vergleichsweise vernachlässigten mittleren Drittel des Auswandererweges beschäftigt, und zwar in einer Kombination von zwei üblicherweise deutlich voneinander getrennten Disziplinen: Unternehmensgeschichte und Migrationsgeschichte. Das trifft zu, aber die ökonomische Seite hat ein deutliches Übergewicht. Die Migranten figurieren hauptsächlich als Passagiere, die Schifffahrtsgesellschaften stehen im Mittelpunkt, und die Regierungen erscheinen eher am Rande.

Viele der Ergebnisse Keelings sind bemerkenswert, wie etwa die eingangs erwähnte Statistik, aber auch, dass die verbreitete Auffassung, sinkende Passagepreise hätten die Auswanderung gefördert, schon deshalb irrig sei, weil diese Preise stiegen (1900–1914 von durchschnittlich 30 auf 35 Dollar). Keeling vermag das vielschichtige Gestrüpp von Absprachen, kartellartigen Übereinkünften, der Risikoabsicherung und des Preiskrieges von 1904 zwischen den großen Linien großenteils zu entwirren. Er erklärt, dass Zwischendeckpassagen teurer gewesen seien, als zur Erzielung eines akzeptablen Gewinns erforderlich (*risk premium* – die Ungewissheit über die Nachfrage von Migranten), während die Preise für die 1. und 2. Klasse nicht kostendeckend waren (*prestige discount* – der Reputationsgewinn durch prominente Passagiere, S. 237). In engem Zusammenhang damit stand die zunehmende Zahl von Touristen, vorwiegend aus den USA und in den teuren Klassen, die neben rückkehrenden Migranten die Fahrten ostwärts rentabel machten. Während Preiskonkurrenz der Schifffahrtslinien nach der verlustreichen Episode von 1904 gescheut wurde, fand der Wettbewerb auf einer anderen Ebene statt: Ausstattung, Komfort, Mahlzeiten, Service und am attraktivsten die Reduzierung des verpönten Zwischendecks durch abgetrennte Räume mit vier bis acht Betten (*closed berths*). Nach der Jahrhundertkatastrophe der *Titanic* 1912 kam umgehend die Sicherheit hinzu. Nicht zuletzt setzt Keeling überzeugend auseinander, welche Kräfte es waren, die bis 1914 quantitative Reduzierungen der Einwanderung zu blockieren vermochten – vor allem eine im Einzelnen schwer durchschaubare Koalition aus Unternehmern, Politikern sowie ethnischen Wählerblocks, denen an unbegrenzter Einwanderung lag, und passagierhungrigen Schifffahrtsgesellschaften.

Ohne die vorhandene Literatur zu vernachlässigen, stützt sich Keeling vor allem auf eine breite Palette von großenteils bisher ungenutzten Quellen, überwiegend aus Archiven der großen Linien, der (insbesondere amerikanischen) Behörden sowie aus zeitgenössischen Schriften und Periodika. Angesichts des Gewichts von HAPAG, Lloyd und nicht zuletzt Albert Ballin bei diesem Thema, ist es ein großer Gewinn, dass er der deutschen Sprache mächtig ist.

Keeling greift den Gedanken auf, die spannendste Frage sei nicht, warum Menschen auswanderten, sondern warum die große Mehrzahl es nicht tat. Zumindest nach 1900 hätten die bekannten

materiellen Vorteile Amerikas doch fast jeden anziehen müssen. Seine Antwort: Sie scheuten unter anderem das Risiko, das der Überfahrt, aber vor allem das der Arbeitslosigkeit im fremden Land. Der Wirtschaftshistoriker hat naheliegender Weise vornehmlich den homo oeconomicus im Blick und übersieht Bindungen an Menschen und Besitz und vor allem die Verwurzelung in der gewohnten Umgebung. Dennoch werden auch Sozial- und Migrationshistoriker gern auf Keelings Ergebnisse zurückgreifen, weil sie hier einen Schatz an Zahlen und Informationen finden.

Schnepfenthal

WOLFGANG HELBICH

HANS-JOACHIM KRASCHEWSKI: *Schmelzhütten und Schmelzarbeit im Harz des 17./18. Jahrhunderts. Der Hüttenbetrieb als technologischer und sozialökonomischer Handlungsraum* (Montanregion Harz 9/Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum 189). Deutsches Bergbau-Museum, Bochum 2012, 320 S. (22 Abb., 31 Tab.), 24,00 €.

Es ist bekannt, dass das Schicksal des Berg- und Hüttenwesens in einem Revier von den Erlösen aus dem Verkauf der erzeugten Metalle und Bergwerksprodukte abhing. Nun richteten in den vergangenen vierzig Jahren quantitativ ausgerichtete Forschungen ihre Aufmerksamkeit auf die produzierten Mengen an Metallen, ihre Abnehmer und deren Absatzmärkte sowie die beim Verkauf erzielten Preise. Die Produktionsbedingungen der Hütten fanden selten ausführlicheres Interesse. Hier betritt die vorliegende Arbeit mit ihrer Analyse des Verbundes von 14 Schmelzwerken und ihren Hüttenarbeiten im Gebiet des „Communion-Harzes“ zwischen 1636 und 1750 weithin Neuland. An diesem Herrschaftsgebiet hielt ab 1635 Calenberg, später Hannover, 4/7 und Braunschweig-Wolfenbüttel 3/7; entsprechend wurden die Erträge aus der Silber- und Bleigewinnung verteilt. Ferner verhinderte die ungewöhnlich feine Verwachsung der Rammelsberger Erze eine selektive Aufbereitung und Metallerreichung und trug so zur führenden Position des Oberharzer Hüttenwesens bei. Im Rahmen dieser Elemente der Kontinuität begründet der Autor in einleuchtender Weise die in seiner Untersuchung verfolgten Ziele.

Der Weg zum Beginn der eigentlichen Hüttenarbeit wies mehrere Stationen auf: die Gewinnung der Erze, der Brennstoffe und Zuschläge, die Aufbereitung von Erzsorten und Zuschlägen sowie deren Transport zu den Hütten. Danach folgte der entscheidende Schritt: die Probe im kleinen Feuer. Die dabei festgestellten Zusammensetzungen der Erzsorten und metallhaltigen Schlacken entschieden über die Struktur der Schmelzoperationen, die Größe und Bauart der Öfen und die Gattierungen, also die Art und Menge der Zuschläge. Hinter jedem der genannten Begriffe verbirgt sich ein ungemein differenzierter Sachverhalt bzw. ein hochkomplexes Gebilde. Dem werden die einzelnen Analysen in ausgezeichneter Weise gerecht. Die dabei vorgenommenen Verknüpfungen samt den dargestellten laufenden Verbesserungen der Schmelzvorgänge sind durchgehend überzeugend und lassen sachlich keine Wünsche offen. Drei besonders wesentliche Bereiche sollen eigens gewürdigt werden: die Rolle der Bergämter, die Bedeutung der Schmelzhütten und das Transportwesen.

Die Bergämter hatten für eine stetige Belieferung der Hütten mit Rohstoffen, Holz und Holzkohle und deren ökonomische Verwendung zu sorgen. Das alles musste in den verabredeten Zeittakten geliefert werden, um den Schmelzbetrieb in Gang zu halten. Da die 14 Schmelzhütten zudem Erzsorten verschiedener Gruben verarbeiteten, waren die logistischen Probleme größer als die Karte des Harzes nahelegt (S. 17). Die Erläuterungen aller dieser Zusammenhänge in ihrem regionalen Rahmen sind überaus detailreich, zeigen die Wege der Kommunikation und erläutern in verständlicher Sprache verwickelte Sachverhalte insbesondere bei Maßen und Gewichten. Das wichtigste Ergebnis lautet: Der Umfang der Metallerzeugung wurde durch die zur Verfügung stehende Menge an Holzkohle bestimmt.

Der Autor erfasst in seiner Analyse der Arbeitsabläufe alle wesentlichen technischen, ökonomischen und sozialen Aspekte und legt damit erstmals eine Betriebsverfassung dieser Werke vor.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Dabei sind die Notierungen der Schmelzer ungewöhnlich genau. Ihre Abrechnungen stellen einen ständigen Soll-Ist-Vergleich dar (S. 95), der laufende Kontrollen, Korrekturen von Mängeln und Verbesserungen ermöglichte.

Damit wurden auch Anpassungen an veränderte Ansprüche der Märkte für Blei, Kupfer und andere Bergwerksprodukte erleichtert. Sie erlaubten ferner Rückgriffe auf ältere Erfahrungen oder die Einführung von Neuerungen, die Harzer Montanbeamte aus anderen europäischen Revieren mitgebracht hatten. Alle Aussagen werden durch eine intensive Betrachtung der Maße und Gewichte (z. B. S. 145–171) abgesichert, die obendrein noch in besonderen Kapiteln erörtert werden (S. 172–178, 264–270). Das ist in der Metrologie der vorindustriellen Montanwirtschaft einmalig und besitzt in den dabei entwickelten Grundsätzen Vorbildcharakter.

Maße und Gewichte spielten beim Be- und Entladen der zweispännigen Fuhrwerke mit Erz- und Schlackensorten, mit Zuschlägen sowie die für das Abtreiben des Silbers unverzichtbare Holzasche ebenfalls eine wichtige Rolle. Es war ein von den Bergämtern gesteuerter, sich über mehrere Generationen hinziehender Prozess, die dörflichen Fuhrleute an die zeitlichen Abstimmungen bei den Belieferungen der Hütten zu gewöhnen. Der Verbund der Harzer Hüttenwerke vermittelte den ländlichen Anrainern des nördlichen Harzvorlandes also entscheidende Impulse für eine allmähliche Erziehung zur Ordnung, Pünktlichkeit, Arbeitsamkeit und Zuverlässigkeit im industriellen Sinne.

Erschlossen wird der Band durch ein Verzeichnis der Münzen, Maße, Gewichte und Literatur sowie Register der Personen, geographischen Namen und Sachen.

Es liegt hier also eine Untersuchung vor, die Pflichtlektüre für alle die sein sollte, welche sich mit den Frühformen des Zusammenwirkens von technischen, wirtschaftlichen und sozialen Phänomenen der regionalen Industrialisierung befassen. Künftige Forschungen sollten zudem jene strukturellen Ähnlichkeiten aufgreifen, welche diese Arbeit mit dem Konzept der ‚Montanregion als Sozialregion‘ aufweist und auf die der Autor ausdrücklich aufmerksam macht.

Rantrum

EKKEHARD WESTERMANN

JULIA FRANZISKA LANDAU: *Wir bauen den großen Kuzbass! Bergarbeiteralltag im Stalinismus 1921–1941* (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 80). Steiner, Stuttgart 2012, 381 S. (37 Tab., 2 s/w Abb.), 57,00 €.

Das in der heutigen östlichen Ukraine gelegene Donezbecken (*Donbass*) hatte für die massiv betriebene Industrialisierung unter Stalin in den Jahren zwischen 1934 und bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 eine wirtschaftlich herausragende Bedeutung. Die Entwicklung der Region war in dieser Phase (und anschließend unter deutscher Besatzung) durch unterschiedliche Formen von Zwangsarbeit geprägt. Für die Bevölkerung dieses Steinkohlereviers verband sich die Abfolge stalinistischer und nationalsozialistischer Herrschaft mit Gewalt und Terror. Tanja Penter hat darüber gründlich gearbeitet („Kohle für Stalin und Hitler“).

Nun hat Julia Franziska Landau mit ihrer Untersuchung der Wirtschaftsregion *Kuzbass* im westsibirischen Kuznezer Revier (Diss. Ruhr-Universität Bochum) über eines der größten Steinkohlereviere der Sowjetunion vor allem während der Stalin-Herrschaft eine Studie vorgelegt, die Parallelen und Unterschiede zur Zwangsarbeitergesellschaft, ihrem Aufbau und ihren Funktionen im Donbass aufweist. Der *Kuzbass*, so die russische Kurzform, war in der Phase der forcierten Industrialisierung unter Stalin nach 1930 zum wichtigsten industriellen Zentrum der sowjetischen Aufbauzeit aufgestiegen. Ende der zwanziger Jahre konnte der schwerindustrielle Ausbau der Region (Kohle- und Stahlindustrie) im Gegensatz zum Donbass nur auf geringe Vorarbeiten, qualifizierte Ingenieure, Techniker und Traditionen des industriellen Bergbaus rekurrieren.

Die Kohle mit einer Mächtigkeit der Flöze von 10–15 m bei einer Teufe von 500 m, allerdings bei steil fallender Lagerstätte und gashaltiger Kohle, die sich schnell entzünden konnte (Abbau im

Kammer-Pfeiler-System), hat nur geringe Anteile an Asche und Schwefel („Fettkohle“). Im Kuzbass waren neben der Kohle auch Eisen, Kupfer, Mangan, Phosphor sowie Erzeugnisse der chemischen Industrie die zentralen Ressourcen. Landau legt dar, dass zu deren Gewinnung im Interesse Stalins der systemimmanente Terror in den Grubenbetrieben gehörte, wenn das Ergebnis der Arbeit – zumindest in seiner Anfangsphase – auch das Produkt von Patriotismus und Opferbereitschaft sein sollte. Der hohe Bedarf an Arbeitskräften (in der Regel in der ländlichen sibirischen Region rekrutiert), starke Fluktuation der Bergleute und Zwangsverpflichtungen (Sonder- oder Arbeitsumsiedler, Kulaken) führten zum Einsatz von Frauen auch unter Tage, gewertet als Erfolg stalinistischer Emanzipationspolitik (1937 waren 23 Prozent der sowjetischen Bergleute im Steinkohlenbergbau Frauen). Angeworbenen ausländischen Fachkräften (aus Deutschland, Österreich, USA) wurden zahlreiche Privilegien gewährt, die zu sozialen Spannungen innerhalb der hierarchischen Belegschaftsstruktur führten.

Zu den zentralen Ergebnissen dieser Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Kuzbass-Steinkohlenbergbau zählt, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergleute durch Hungersnöte bei hoher Sterblichkeit von Kindern aufgrund von schlechter Ernährung und der Verbreitung von Epidemien, Armut, gefährlichen Arbeitsbedingungen, Terror und Säuberungen (Schauprozesse, bei denen Unfälle, denunziert als persönliches Versagen, die Basis für Anklagen bildeten) in wechselseitiger Folge gekennzeichnet waren. Landau dokumentiert die Bedeutung der Arbeitsmittel bei chronischem Materialmangel (Bohr- und Abbauhammer, Keilhaue) oder schlechter Arbeitskleidung, Schuhe, Seife und Tabak für das tägliche Leben der Bergleute und deren elender Stellung bei klarer Betriebshierarchie. Steigende Produktionszahlen und der technische Ausbau der Bergwerke, Einsatz von Maschinen, Einführung neuerer Arbeitsformen (Stoßarbeiter-Wettbewerb, Stachanovbewegung) standen jedoch in scharfem Kontrast zu den katastrophalen Lebensbedingungen der Bevölkerung: Barackensiedlungen, Holz-, Erd- oder Lehmhütten ohne Wasserleitung und Kanalisation, allerdings bei ausreichender Versorgung mit Elektrizität. Der Kuzbass war eine stalinistische Industrieregion, in der die Modernisierung, gekoppelt an spezifische Formen der sozialen Mobilisierung, mit Gewalt durchgesetzt wurde: Das Revier steht beispielhaft für ein System, das durch den massiven Einsatz von staatlicher Kontrolle und bürokratischem Zwang Industrialisierungspolitik, technischen Fortschritt und eine propagierte neue Sozialordnung betrieb. Auf dieser Ebene gab es keine Unterschiede zwischen Donbass und Kuzbass.

Die Arbeit basiert auf inzwischen zugänglichen Materialien aus russischen Staats- und Wirtschaftsarchiven (als massenhafte bürokratische Hinterlassenschaften bei unzulänglicher Katalogisierung mit eigenwilliger Ablagepraxis) und regionalen Archiven (Novosibirsk, Kemerovo). Landau hat dieses Material quellenkritisch untersucht, anhand weiterer Quellen aus der Staatsbibliothek München und dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin überprüft und mit den Ergebnissen der Forschung kontextualisiert. An Anschaulichkeit über die Abgründe des stalinistischen Regimes gewinnt die Darstellung zudem durch knapp ein Dutzend Gespräche mit Zeitzeugen, die Landau zwischen 1999 und 2000 führte.

Rekrutierung und Disziplinierung der Arbeiter in den Montanbetrieben erfolgten ebenso nach autoritären Prinzipien wie die Regulierung der Lebensbedingungen: Gewalt und Terror waren genuine Bestandteile in den lokalen Verhältnissen und ökonomisch-technischen Krisen. Die Fülle der bearbeiteten Dokumente sowie eine klare Strukturierung belegen die Bedeutung von rekrutierten Arbeitern, die in Sibirien weder massenhaft vorhanden noch ausgebildet waren. Deutlich werden die spezifischen Schwierigkeiten stalinistischer Modernisierung am Beispiel einer regionalen Branche, deren wirtschaftlicher Nutzen durch die untrennbare Einheit von menschlicher Arbeitskraft und Kohlevorräten bestimmt war, da beide als ausbeutbare Ressourcen galten.

Julia Franziska Landau erweitert mit diesem Buch die vorhandenen Kenntnisse über den Bergarbeiteralltag im Stalinismus der dreißiger Jahre beträchtlich. Ihre Arbeit ist eine detailreiche, sehr lesenswerte Studie.

Marburg

HANS-JOACHIM KRASCHEWSKI

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

DIETER-J. MEHLHORN: *Stadtbaugeschichte Deutschlands*. Reimer, Berlin 2012, 395 S. (270 Abb.), 29,95 €.

Mit seinem Buch legt Dieter-J. Mehlhorn, der in verschiedenen Städten selbst aktiv an städtebaulichen Planungen teilgenommen hat, einen bislang fehlenden Gesamtüberblick über die bauliche Entwicklung der deutschen Städte seit ihren allerersten Anfängen in der Zeit der keltischen und germanischen Siedlungen vor. Erfasst wird dabei ein Zeitraum zwischen etwa 700 v. Chr. und dem Jahr 1971, in dem der Deutsche Städtetag unter dem Motto „Rettet unsere Städte jetzt“ nach dem Ende der Modernisierungseuphorie der Nachkriegsdekaden zu einer Rückbesinnung auf bedrohte städtebauliche Traditionen und Strukturen aufrief. Ein knapper Ausblick geht aber sogar auf noch neuere Entwicklungen ein. Deutschland meint in dieser Darstellung vor allem das Gebiet der heutigen Bundesrepublik; verschiedentlich werden aber auch Städte erwähnt, die hinter der Oder-Neiße-Grenze liegen. Etwas weniger als die Hälfte des Buches beschäftigt sich mit der mittelalterlichen Stadt und ihren verschiedenen Vorformen; etwa 150 Seiten widmen sich den Entwicklungen seit Beginn des 19. Jh.s.

Mehlhorn behandelt vielfältige Aspekte seines breiten Themas: Repräsentative Bauten wie Kirchen oder Rathäuser werden ebenso berücksichtigt wie Wohn- und Geschäftsgebäude oder Festungsanlagen; Prozesse der sozialen Segregation, die den Stadtraum prägten, finden genauso Erwähnung wie die Unterschiede in der Wohnkultur sowohl in der feudalen Ständegesellschaft als auch in der industrialisierten Klassengesellschaft. Auch die über Jahrhunderte hin besondere Rolle von Juden in den deutschen Städten wird skizziert. Last but not least behandelt Mehlhorn auch noch die Gestaltung öffentlicher Plätze und anderer Freiflächen, die Straßenreinigung oder die Geschichte von Friedhöfen in der Stadt.

Zwangsläufig ergibt sich aus dieser enormen Themenvielfalt eine sehr gedrängte Darstellung. Dankenswerterweise bleibt sie dennoch anschaulich und präzise, weil sie oft exemplarisch vorgeht und den Blick etwa auf einzelne Städte, städtebauliche Ensembles oder sogar auf einzelne Bauten richtet. Die zahlreichen gut reproduzierten und exakt bezeichneten Abbildungen, die zeitgenössische Bilder, Karten und Planzeichnungen mit historischen und aktuellen Fotografien mischen, erhöhen die Anschaulichkeit und sind daher weit mehr als nur illustrative Ergänzungen des Textes.

Wie er selbst es einleitend ankündigt, widerlegt Mehlhorn in seinem Buch wirkungsvoll verschiedene weitverbreitete Klischees über die ‚alte Stadt‘: Sie war beispielsweise im Mittelalter bei weitem nicht so dicht bebaut wie oft gemeint und sowohl in dieser Epoche wie auch noch danach zudem funktional wie sozial höchst hierarchisch gegliedert. Städtische Idyllen, wie man sie etwa in den populären Bildern von Carl Spitzweg findet, sind daher Idealisierungen. Für die Zeit des 19. Jh.s zeigt Mehlhorn ebenso eindringlich, dass dessen Wohnungsbaugeschichte sich bei weitem nicht in den verpönten „Mietskasernen“ erschöpft. Zudem verweist er auf die zahlreichen Ähnlichkeiten zwischen der Stadtplanung und dem Wohnungsbau in den beiden deutschen Staaten nach 1950. Unflexibel, wie er nun einmal war, hielt der „real existierende Sozialismus“ jedoch weitaus länger an dem Ziel fest, den Wohnungsbau zu standardisieren, während in der Bundesrepublik nach 1975 eine Selbstkorrektur gelang.

Als Überblick über ein weitgespanntes und sehr komplexes Thema ist Mehlhorns Darstellung exzellent gelungen. Die Fülle der angesprochenen und jeweils präzise umrissenen Themen ist ebenso eindrucksvoll wie seine Fähigkeit, den exemplarischen Charakter der genauer vorgestellten einzelnen Bauten oder Bauensembles mit knappen Worten auf den Punkt zu bringen. Wie immer bei solchen Überblicksdarstellungen ließe sich darüber streiten, ob die Gewichte zwischen den verschiedenen Epochen treffend verteilt sind. Persönlich erscheint mir der Zeitraum zwischen 1870 und 1914, in dem sich viele deutsche Städte weitaus stärker und rapider veränderten als seit ihrer oft Jahrhunderte zurückliegenden Gründung, etwas stiefmütterlich behandelt – aber dieser Eindruck ergibt sich ohne Frage auch aus persönlichen Interessen.

Mein einziger wirklich gravierender Kritikpunkt bezieht sich auf das Fehlen echter Akteure: Städte- und Wohnungsbau vollzieht sich bei Mehlhorn auf geheimnisvolle Weise fast wie von selbst, ohne Grundeigentümer, Bauherren und Vermieter, die sich bemühen, ihr Privateigentum gewinnbringend zu nutzen und für ihre Erben zu sichern. Damit fehlt dem Buch der Blick auf die ganz handfeste

Bedeutung der Städte für den Wohlstand der Bürger, für die ungleiche Verteilung von Reichtum und Armut sowie auch ganz allgemein für das deutsche Wirtschaftsleben. Auch in dieser Hinsicht aber sind Städte weitaus mehr als nur eine Ansammlung von Bauwerken.

Hamburg

KARL CHRISTIAN FÜHRER

MARCO RUDZINSKI: *Ein Unternehmen und „seine“ Stadt. Der Bochumer Verein und Bochum vor dem Ersten Weltkrieg* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen 51). Klartext, Essen 2012, 475 S. (9 Abb., 3 Karten), 39,95 €.

Unternehmen haben die Entwicklung ihrer Umgebung und namentlich die von Städten und Gemeinden nachhaltig geprägt. Das hat die Forschung nicht zuletzt für die Schwerindustrie im Ruhrgebiet vielfach beispielhaft gezeigt. Allerdings fehlte bislang eine Unternehmens- und Stadtgeschichte systematisch und umfassend aufeinander beziehende Arbeit. Diese Lücke schließt nun Marco Rudzinskis Fallstudie zum Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation und „seiner“ Stadt Bochum, eine der letzten Dissertationen, die der zu früh verstorbene Klaus Tenfelde an der Ruhr-Universität Bochum betreut hat. Folgerichtig rekurriert Rudzinski auf das Konzept einer erweiterten Unternehmensgeschichte, „die nicht an den Firmmentoren endet“ (S. 12) und bezieht über ökonomische Faktoren hinaus auch Raum, Politik und Gesellschaft als zentrale Untersuchungskategorien ein.

Zunächst steht jedoch im engeren Sinn die Unternehmensgeschichte von den Anfängen der Gussstahlfabrik Mayer & Kühne, über die Gründung des Bochumer Vereins als Aktiengesellschaft primär auswärtiger Anteilseigner im Jahr 1854 bis hin zu einem vertikal integrierten Konzern im Mittelpunkt. Ein eigener Abschnitt ist der Unternehmensleitung durch die Managerdynastie Baare, und das heißt für den Untersuchungszeitraum vor allem der überragenden Bedeutung von Louis Baare als angestelltem Generaldirektor und „Primus inter pares“ (S. 94) innerhalb des Verwaltungsrates, gewidmet. Danach rückt die Belegschafts- und Sozialpolitik in den Fokus. Sie glich in ihren Zielen und Instrumenten weitgehend derjenigen anderer schwerindustrieller Unternehmen, wobei Rudzinski die vielfachen Verflechtungen zwischen privatwirtschaftlicher und öffentlich-kommunaler Sphäre bei der Disziplinierung und Kontrolle der Arbeiterschaft herausarbeitet. Hierfür wurden auch die Person von Louis Baare und seine Stilisierung zu einem „angestellten Ersatzpatriarchen“ (S. 155) seit etwa Mitte der 1870er Jahre zunehmend wichtiger. Treffend spricht Rudzinski von einem „inszenierten artifiziellen Patriarchalismus“ (S. 101).

Eine wesentliche Erweiterung des Forschungsstandes stellt die systematische Analyse der wechselseitig beeinflussten Entwicklung von Unternehmen und Kommune anhand der drei genannten Untersuchungskategorien dar. In räumlicher Hinsicht prägte der Bochumer Verein die Stadt entscheidend, drückte vor allem dem westlichen Teil des städtischen Weichbildes seinen schwerindustriellen Stempel auf. Wenngleich es in grundlegenden Fragen der Raumnutzung, der Verkehrsführung oder des Auf- und Ausbaus städtischer Versorgungsinfrastrukturen wiederholt zu Differenzen zwischen Unternehmen und Stadt kam, vermochte der Verein seine Dominanz doch meistens zu behaupten.

Der umfangreiche Grundbesitz war neben der ökonomischen Kraft und der weitgehend erfolgreich disziplinierten Belegschaft eine zentrale Komponente der politischen Machtbasis des Bochumer Vereins in der Kommune. Dabei ruhte das „System Baare“ nicht nur auf der oft massiv beeinflussten Wahl von Unternehmensvertretern in die Gremien, sondern ebenso auf mehr oder minder fluiden, vorrangig über informelle Mechanismen fallweise mobilisierbaren Koalitionen mit weiteren Mandatsträgern, die vom Bochumer Verein abhängig waren oder aus anderen Gründen mit den Unternehmenszielen sympathisierten. Interessenkonflikte, so z. B. mit den Bergbauvertretern, blieben jedoch nicht aus, und wenngleich die politische Macht des Bochumer Vereins in der Stadt beträchtlich war, so war sie nicht unumschränkt.

Für die gesellschaftliche und soziale Entwicklung Bochums war das Unternehmen ebenfalls bestimmend, wie seine Bedeutung für die Herausbildung eines lokalen Industriebürgertums oder die

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Abhängigkeiten zwischen Belegschaftspolitik und Bevölkerungsstruktur zeigen. Umgekehrt war Bochum für den Bochumer Verein nicht „seine“ Stadt. Das Interesse des Unternehmens galt dem Standort als Produktionsfaktor und kaum der Stadt als Gemeinwesen. Beispielhaft zeigte sich das u. a. in der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Louis Baare und dem Redakteur der zentrumsnahen Westfälischen Volkszeitung Johannes Fusangel. Auch deshalb blieb die Stahlstadt Bochum – zur Bergbaustadt wurde sie erst durch die Eingemeindungen 1904 – lange eine „Kommune ohne besondere Merkmale“ (S. 429).

Marco Rudzinski hat eine überaus lesenswerte und dazu auch noch sehr lesbare Studie vorgelegt, der eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

Bochum

STEFAN PRZIGODA

WOLFGANG SCHLUCHTER in Zusammenarbeit mit JOACHIM SCHRÖDER (Hg.): *Max Weber: Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Mit- und Nachschriften 1919/20* (Max Weber Gesamtausgabe III/6). Mohr/Siebeck, Tübingen 2011, XIII u. 664 S. (mit CD-ROM), 269,00 €.

Der ‚Rohtext‘ des hier anzuzeigenden Titels ist seit langem bekannt. Er geht auf eine Vorlesung zurück, die Max Weber im Wintersemester 1919/20 in München vor rund 500 Hörern in freier Rede anhand von (nicht überlieferten) Notizen hielt und deren durch Siegmund Hellmann und Melchior Palyi (auf der Basis studentischer Mit- und Nachschriften) rekonstruierte Fassung erstmals 1923 unter dem Titel *Wirtschaftsgeschichte* publiziert wurde (Palyi floh 1933 zunächst nach England und dann in die USA, Hellmann wurde 1942 im KZ Theresienstadt ermordet). Es handelt sich also um einen Text aus zweiter Hand, der gleichwohl zu den einflussreichsten Werken Webers geworden ist und bereits 1927 ins Englische übersetzt wurde, also noch vor der ‚Protestantischen Ethik‘ (engl. Übers. 1930), der wohl berühmtesten Untersuchung Webers, die seinen Weltruhm begründete und deren kontroverse Diskussion bis heute anhält. Die jetzt vorliegende Edition der Vorlesung im Rahmen der Max Weber Gesamtausgabe (MWG) folgt dem Text des Erstdrucks von 1923 (dessen Paginierung am Seitenrand mitläuft; Druckfehler wurden korrigiert), den man zugrunde legen durfte, denn die umfangreichen editorischen Vorarbeiten haben die Gewissenhaftigkeit der Rekonstruktion durch Hellman und Palyi bestätigt (über Einzelheiten unterrichtet der Editorische Bericht, S. 49–70). Darüber hinaus bietet der Band einen Zusammenschnitt zweier zeitgenössischer Nach- und Mit-schriften der Vorlesung (von Erwin Stölzl und Georg Girisch, S. 397–528) sowie kurze Notizen von Carl Schmitt, der auch (zumindest zeitweilig) zu den Hörern zählte (S. 529–533; weitere Hörer waren Arnold Bergstraesser und George Hallgarten). Dass das gesamte Textmaterial mustergültig historisch-kritisch ediert und mit den üblichen Verzeichnissen und Registern (Personen, Literatur, Glossar) versehen ist, versteht sich für einen Band der MWG von selbst (nur ein Sachregister fehlt – dafür gibt es aber als Beilage eine CD-ROM, die den gesamten Text in Form von pdf-Dateien greif- und durchsuchbar macht). Dasselbe gilt für die äußere Gestalt: Wie alle Bände der MWG ist auch dieses mit schwarzem Lederrücken ausgestattete Buch ein Prachtstück, für das den Herausgebern wie dem Verlag höchstes Lob gebührt.

Auch wenn der *Abriß* keinen autorisierten Text Webers darstellt (daher seine Platzierung in Abt. III „Vorlesungen und Vorlesungsnachschriften“ der MWG), gehört er doch, wie Wolfgang Schluchter in seiner meisterhaften Einleitung zeigt, „zum intellektuellen Vermächtnis seiner letzten Jahre“ (S. 18). Bereits Hellman und Palyi hatten die „Kühnheit der Konzeption“ gerühmt, mit der Weber „eine nach den Hauptgebieten des Wirtschaftslebens geordnete Typologie der Wirtschaftsgeschichte in die Darstellung der Vorbereitung und Entfaltung des modernen Kapitalismus einmünden läßt“ (S. 68). In der Tat: Weber schöpft hier ganz aus dem Vollen und entwirft in souveräner Durchdringung des gewaltigen Stoffs aus einer systematisch-vergleichenden Perspektive über die gesamte europäische Wirtschaftsentwicklung von der Antike bis zum Beginn des 20. Jh.s hinweg (mit außereuro-

päischen Beispielen zur Abrundung) einen großen Spannungsbogen, der es ihm erlaubt, sich von der konventionellen Wirtschaftsgeschichte zu lösen (die zu seiner Zeit noch ganz im Banne der Wirtschaftsstufenlehre stand). So skizziert er zunächst in drei großen Kapiteln die vorkapitalistischen Zustände in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, die zwar schon kapitalistische Entwicklungen erkennen lassen (Agrar-, Gewerbe- und Handelskapitalismus), aber nirgends etwas mit dem *modernen* Kapitalismus zu tun haben, den Weber dann im vierten Kapitel als welthistorisch neuartiges und einzigartiges, allein auf Europa (einschließlich den USA als dessen kolonialem Ableger) beschränktes System des streng *rationalen* wirtschaftlichen Handelns auf der Basis konsequenter ‚Marktvergesellschaftung‘ (entscheidendes Kriterium dafür: der freie Arbeitsmarkt) gegen alle übrigen historischen und rezenten Kulturen schroff abgrenzt. Am Ende dieses Kapitels geht es um die „Entfaltung der kapitalistischen Gesinnung“ (S. 380–396). Weber nimmt hier das Argument seiner ‚Protestantischen Ethik‘ (1904/05) wieder auf, wonach der Durchbruch des modernen Kapitalismus nicht auf äußere Bedingungen, sondern auf innere Antriebskräfte zurückzuführen ist, die der „Rationalisierung der Lebensführung“ dienen, und bekräftigt seine Auffassung, dass die durch die Reformation beförderte „innerweltliche Askese“ die entscheidende dieser Antriebskräfte darstellt, weil erst durch die Heiligung der alltäglichen Berufsarbeit *in* dieser Welt (im Gegensatz zur monastischen Askese, die der Welt entsagt) der Erwerbstrieb „rational temperierbar“ geworden ist (S. 392–394, 384). Dass Weber in seiner letzten großen Vorlesung den Bogen zum Protestantismus-Aufsatz zurückschlägt, ist kein Zufall. Während des Wintersemesters 1919/20, als er seinen *Abriß* vortrug, war er zugleich mit der Überarbeitung der ‚Protestantischen Ethik‘ (und der übrigen Beiträge zur Wirtschaftsethik der Weltreligionen) und der Neufassung des theoretischen Kerns seiner Wirtschaftssoziologie (*Wirtschaft und Gesellschaft*, Kap. II) befasst. Für die Frage nach der welthistorischen Eigenart des modernen okzidentalischen Kapitalismus gehört also der *Abriß* zu Webers letzten gewichtigen Äußerungen, und auch wenn er im Wortlaut nicht autorisiert ist, so liegt nicht zuletzt in diesem sachlichen Zusammenhang seine besondere Bedeutung.

Hagen

THOMAS SOKOLL

JOHANNES-DIETER STEINERT: *Deportation und Zwangsarbeit. Polnische und sowjetische Kinder im nationalsozialistischen Deutschland und im besetzten Osteuropa 1939–1945*. Klartext, Essen 2013, 306 S., 29,95 €.

Osteuropäische Frauen und Männer, die während des Zweiten Weltkriegs für das NS-Regime arbeiten mussten, waren, wie die Forschung zeigt, deutschen Behörden und Arbeitgebern schutz- und rechtlos ausgeliefert. Erst recht traf dies auf Menschen zu, die bereits im Kindesalter ins Deutsche Reich verschleppt oder in ihrer Heimat zur Arbeit gezwungen wurden. Zum Schicksal dieser „Kinderzwangsarbeiter“ gab es jedoch bislang kaum eigene Untersuchungen.

In diese Lücke stößt nun der Migrationsforscher Johannes-Dieter Steinert. Die vorliegende Studie, die auf internationalen Archivbeständen und Selbstzeugnissen beruht, wendet sich den schätzungsweise 1,5 Millionen Kindern und Jugendlichen aus Polen und den sowjetischen Gebieten zu; ein weiterer Band zu jüdischen Kinderzwangsarbeitern ist in Vorbereitung.

Im ersten Teil der Studie führt Steinert in das Spannungsfeld aus Germanisierungspolitik, Deportation, Kollaboration und Widerstand im besetzten Osteuropa ein. Dabei macht er u. a. deutlich, dass bereits die dortige deutsche Schulpolitik, die Kindern und Jugendlichen eine höhere Bildung verwehrte, den Boden für das „System Zwangsarbeit“ bereitete. Ohnehin wurden Kinder als Faustpfand und Manövriermasse auf vielfältige Weise für nationalsozialistische Interessen missbraucht: Kinder wurden u. a. dann zu Zwangsarbeitern, wenn sich „eindeutschungsfähige“ Familien weigerten, der Deutschen Volksliste beizutreten oder wenn sich Eltern oder ältere Geschwister den „Partisanen“ anschlossen. Darüber hinaus gerieten Heranwachsende rasch ins Visier von Wehrmacht und

Zivilverwaltung, wenn es galt, kurzfristig Arbeitskräfteengpässe auszugleichen oder Mädchen als Hausgehilfinnen zu rekrutieren.

Erste wertvolle Hinweise liefert der Verfasser zur bislang wenig beachteten Frage einer Beteiligung von Jugendorganisationen am „Arbeitseinsatz“. So fungierte das 1943 nach dem Prinzip der Hitlerjugend gegründete Weißruthenische Jugendwerk als „Sammelbecken der Kollaboration im Dienste der deutschen Besatzungs- und Deportationspolitik“ (S. 280). Mit Hilfe des Jugendwerks wurden rund 10.000 ideologisch indoktrinierte belorussische Kinder ab (offiziell) 14 Jahren nach Mitteldeutschland transportiert, wo sie in der Rüstungs- und Textilindustrie zur Arbeit herangezogen wurden. Angesichts ihres Alters verbietet sich, wie Steinert zu Recht betont, „eine Diskussion über eine eventuelle Freiwilligkeit“ (S. 279) von vornherein. In der Ukraine und in Russland scheiterten dagegen deutsche Bemühungen, willfähige Jugendverbände aufzubauen bzw. durchkreuzte der Kriegsverlauf solche Pläne.

Im zweiten Teil seiner Untersuchung setzt sich Steinert mit der Erfahrung der Zwangsarbeit in Deutschland und in den besetzten Ostgebieten auseinander. Dabei greift er mit Blick auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Reich – trotz wichtiger Ergänzungen durch neu zugängliche Archivquellen und Interviews – im Wesentlichen auf die Erinnerungen ehemaliger Kinderzwangsarbeiter zurück, die sich bereits in der Literatur finden. Neue erschütternde Erkenntnisse liefert vor allem das Kapitel über das „Polen-Jugendverwahrlager“ in Łódź (Litzmannstadt). In diesem Konzentrationslager für unter 16-Jährige, das die Sicherheitspolizei ab 1942 betrieb, starben viele als „asozial“ oder „kriminell“ eingestufte Kinderhäftlinge an den Folgen von Hunger, Krankheiten, schwerer körperlicher Arbeit und der von männlichen und weiblichen Aufsehern ausgeübten Gewalt.

Zu den Stärken von Steinerts Untersuchung zählen – neben den bereits erwähnten Aspekten – seine Ausführungen über die immer noch zu wenig erforschte Zwangsarbeit für Wehrmacht, Land- und Rüstungswirtschaft in den besetzten Ostgebieten. Auch seine Argumentation, wonach die in der Heimat verbliebenen Kinderzwangsarbeiter trotz oder gerade wegen bestimmter „Privilegien“ gegenüber ihren deportierten Altersgenossen in hohem Maße psychologisch litten, ist überzeugend. Kritisch anzumerken ist dagegen, dass die Vielzahl der präsentierten biografischen Beispiele der Darstellung an einigen Stellen einen stark aufzählenden Charakter verleihen. Zudem wäre ein Orts- und Firmenregister wünschenswert gewesen, das mit Blick auf den zweiten Band berücksichtigt werden sollte.

Witten

THOMAS URBAN

SHULAMIT VOLKOV: *Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922*. Aus dem Englischen von Ulla Höber. Beck, München 2012, 250 S. (10 Abb.), 22,95 €.

„Die Literaturliste für Rathenau ist lang“ (S. 231), heißt es in einer der ersten Anmerkungen in Shulamit Volkovs biographischem Essay über den Industriellen, Schriftsteller und Politiker Walther Rathenau. Das erfordert eine Begründung, warum die Verfasserin der ständig wachsenden Zahl der Rathenau-Biographien eine weitere hinzufügen möchte. Einen solchen Grund sucht man in dem Buch vergeblich, ebenso wie eine leitende Fragestellung oder ein durchgreifendes Erkenntnisinteresse. Stattdessen stößt man schon eingangs auf Plattitüden: „Als Jude schwankte Rathenau zwischen Selbsthass und stark ausgeprägtem Stolz“, oder „Die Geschichte dieses Lebens ist zweifellos der Stoff, aus dem Tragödien gemacht werden“ (Einleitung, S. 8 f.). Folgerichtig fehlt ein Resümee, das einen etwaigen Erkenntnisgewinn festhalten könnte. Vielmehr endet Volkovs Text unvermittelt mit einem weiteren Gemeinplatz von dem „Leben eines Deutschen und eines Juden, der mit seiner zweifachen Identität kämpfte, aber darauf bestand, dass beides vereinbar war. Und der dadurch immer wieder seine tiefe Menschlichkeit bewies.“ (S. 227)

Tatsächlich gibt Volkov keinerlei Interesse an Rathenaus umfangreichem beruflichen Wirken als Unternehmer und Inhaber von mehr als hundert Aufsichtsratsposten zu erkennen; gleichsam

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

nebenbei notiert sie, „die Arbeit in der AEG nahm die meiste Zeit in Anspruch“ (S. 203), ohne der Leserschaft mitzuteilen, wie diese Arbeit Rathenaus aussah, welche unternehmerischen Interessen, Ideen und Ziele Rathenau verfolgte. Gleichermäßen enttäuschend fällt die sehr knappe Darstellung von Rathenaus Tätigkeit als wirtschaftlicher Berater der Reichsregierung, Reichsminister für Wiederaufbau und zuletzt des Auswärtigen zu Anfang der 1920er Jahre aus, zumal Volkov hier wie auch bei anderen Themen auf eine Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur verzichtet. So wird weder Rathenaus Anteil an der schon längst vor seiner Ministerzeit gültigen Erfüllungspolitik erörtert, noch sein Verhalten im Hinblick auf den von ihm zu verantwortenden Vertrag von Rapallo plausibel erklärt: Obwohl „Rathenau die russischen Avancen radikal ablehnte“, entschied er „sich für die Option, die ihm immer schon weniger sinnvoll erschienen war“, und fand sich „in einer Situation wieder, in der er seinen eigenen Überzeugungen zuwiderhandeln musste“ (S. 220–222). Nein, er *musste* gewiss nicht.

Weder zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte noch zur politischen Geschichte hält Shulamit Volkovs Buch weiterführende Erkenntnisse bereit. Volkov befasst sich überwiegend mit Rathenau als Privatperson und als Schriftsteller. Sie stellt den Verfasser von jährlich mehreren Hundert teilweise sehr umfangreichen Briefen vor, analysiert seinen Freundeskreis und seine Stellung in Berliner Künstler- und Intellektuellenkreisen, beschäftigt sich seitenlang mit der Frage nach Rathenaus sexueller Orientierung – das Resultat lautet: „Wie dem auch sei“ (S. 45) – und bespricht seine zahlreichen, teilweise hohe Auflagen erreichenden Veröffentlichungen. Ihre Darstellung von Rathenau publizistischem Wirken, und darin liegt immerhin ein echter Gewinn der Lektüre, gestaltet sich erstaunlich kritisch, ja geradezu vernichtend. Zu diesem Ergebnis gelangten schon Zeitgenossen wie Kurt Tucholsky (S. 199). Volkov vermittelt einen lebendigen Eindruck von Rathenau oft wirren, hochtrabenden, in einer verquasteten, wenig konkreten Sprache vorgebrachten schriftstellerischen Bemühungen und Denkschriften, die vielfach Anhaltspunkte für ein schlicht opportunistisches Verhalten ihres Verfassers gegenüber den Fragen der Zeit zu erkennen gaben.

Volkovs Interesse für das Verhältnis Rathenaus zu seiner jüdischen Religion durchzieht den gesamten Text. Ihr Protagonist entwickelte sich vom Vertreter rassistisch getönter germanophiler Anschauungen zum Verfechter der Vorstellung eines „Deutschen jüdischen Stammes“ (S. 181), er verband ein formales Festhalten an der Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft mit einem zeitweise ausufernden deutschen Nationalismus. Die Darstellung ermangelt aber gerade in dieser Frage einer eigenen plausiblen Definition: Volkov spricht mehrfach von „getauften Juden“ (S. 22, 118 – hier sogar in Bezug auf einen Protestanten mit christlichen Eltern –, S. 139) – was mag das sein? – und stellt gelegentlich in einer analytisch nicht korrekten, die Kategorien vermengenden Weise die Juden den Deutschen entgegen (S. 15 f.).

Köln

RAINER BEHRING

C. Sozialgeschichte

JAN PHILIPP ALTENBURG: *Machtraum Großstadt. Zur Aneignung und Kontrolle des Stadtraumes in Frankfurt am Main und Philadelphia in den 1920er Jahren* (Industrielle Welt 84). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2013, 290 S., 39,90 €.

In der Stadt- und Urbanisierungsgeschichtsforschung ist in jüngster Zeit schon mehrfach die Konzeption verfolgt worden, ausgehend vom Vergleich zweier Städte aus unterschiedlichen Kulturkreisen Spezifika der Stadtentwicklung im 20. Jh. zu identifizieren. Diesen Ansatz hat auch Jan Philipp Altenburg in seiner an seiner Gießener Dissertation beruhenden Untersuchung gewählt, in der er – ausgehend von zwei medialen Beurteilungen aus dem Jahre 2007, in denen Frankfurt am Main als „gefährlichste Großstadt“ Deutschlands und Philadelphia als „murder capital“ der USA bezeichnet

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

wurden – analysiert, wie in beiden Großstädten auf die je speziellen sozialen Herausforderungen infolge der rasanten Verstädterung im frühen 20. Jh. reagiert worden ist. Dabei richtet sich sein Blick insbesondere auf die jeweiligen Machtstrukturen vor Ort und die Bewältigungsstrategien der auf die gesellschaftlichen Wandlungen reagierenden Akteure. Die Frage nach den Arten der kommunalen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen durch die besonders in Philadelphia rasant wachsenden Unterschichten ist für Altenburg einer seiner zentralen Ausgangspunkte, wobei er von vornherein die unterschiedlichen Ordnungssysteme Frankfurts und Philadelphias hervorhebt, deren beider Entwicklung dann jedoch letztlich trotz aller Gegensätze im Einzelnen auf eine „Geschichte des Versagens“ (S. 39) hinausgelaufen sei, wie er schon in seiner einleuchtenden und ausführlichen Einleitung hervorhebt.

In seinem ersten Hauptkapitel untersucht Altenburg, wie in beiden Städten die Machtstrukturen beschaffen waren und wie daraus abgeleitet worden ist, wer jeweils die Entscheidungskompetenz über die Stadtgestaltung besaß. In Philadelphia war es die männliche weiße Elite, d. h. die „politische Maschine“ der Republikaner mit einem engen Zusammenwirken von Politik und Polizei, während es in Frankfurt vor dem Hintergrund eines städtischen Fürsorgesystems „männliche Experten“ in der städtischen Verwaltung waren, die das Heft weitgehend in der Hand hatten, sich durch Netzwerke absicherten und auf diese Weise stabile Ordnungssysteme schufen. Nach den Strukturen der jeweiligen sozialen Kontrolle fragend, erörtert Altenburg in seinem zweiten Kapitel am Beispiel der sozialen Fürsorge in den beiden Städten, wie es hier keineswegs nur um die Unterstützung Hilfsbedürftiger, sondern es bei den Strategien zur Bewältigung der sozialen Herausforderungen immer auch „um die Grundfrage der Machthoheit in der Kontrolle des städtischen Raumes, um die Aushandlung der Frage um das Recht auf die Stadt“ (S. 257) ging – dies in recht unterschiedlicher Weise in den beiden Städten. Allerdings waren es, wie Altenburg in seinem umfangreichen dritten Kapitel behandelt, letztlich in Frankfurt nicht so sehr die abgehobenen Vorstellungen des obrigkeitlich ausgerichteten Wohlfahrtsamts und in Philadelphia die der „republikanischen Maschine“, die die Praxis bestimmten, sondern in vielfacher Weise die Großstadtbewohner selbst „jenseits“ der oberen Kontrollinstanzen, die das städtische Ordnungssystem strukturierten, darunter vor allem auf der unteren Ebene die „Sozialbeamten“ des Frankfurter Wohlfahrtsamtes und in Philadelphia die Straßenpolizisten des „Departments of Public Safety“. Wie dabei alltägliche politische Praktiken, sozialräumliche Verhältnisse und nicht zuletzt auch mediale Inszenierungen eine bedeutende Rolle spielten und letztlich ein „Versagen“ der Systeme produzierten, hat Altenburg unter dem Titel „Momente der Erschütterung“ in einem vierten Kapitel eindrucksvoll an einem Frankfurter Beispiel und einem Beispiel aus Philadelphia vor Augen geführt, wobei es im ersten Fall um einen Mordfall im Kontext von Maßnahmen der städtischen Fürsorge, im zweiten Fall um das Wirken einer Spezialeinheit zur „Zerschlagung des Lasters in der Stadt“ geht.

Dass die von Altenburg akribisch herausgearbeiteten Machtstrukturen in den beiden Großstädten weitestgehend jeweils eigenen Logiken folgten und entsprechend funktionierten bzw. versagten, liegt ebenso auf der Hand wie der Befund, dass die von ihm gewählte Schneise durch diverse weitere ergänzt werden könnte, so etwa in Richtung auf die Wirtschaft, die Konsumverhältnisse und das Rechtssystem, doch stellt er abschließend zu Recht die Frage, ob beide Städte nicht doch in ihren jeweiligen nationalen Kontexten bemerkenswerte Typen waren, die auf parallele Formen in anderen Städten verweisen und besonders treffende Beispiele für die „dynamischen Wechselverhältnisse von Akteuren und Strukturen“ (S. 260) sind.

Essen

JÜRGEN REULECKE

IRMGARD CHRISTA BECKER (Hg.): *Die Stadt als Kommunikationsraum. Reden, Schreiben und Schauen in Großstädten des Mittelalters und der Neuzeit* (Stadt in der Geschichte 36). Thorbecke, Ostfildern 2011, 215 S., 29,00 €.

Die Stadt als Kommunikationsraum, das ist am Ende des ersten Dezenniums des 21. Jh.s kein neues Thema mehr, wie viele ähnlich betitelte Aufsätze und Sammelbände seit rund zehn Jahren belegen. Dabei ist dieses blühende Forschungsfeld längst nicht abgeerntet, etwa in Hinblick auf seine möglichen epochenübergreifenden Implikationen. Der vorliegende Band mit den Beiträgen der 48. Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises in Saarbrücken aus dem Jahr 2009 umfasst die Zeitspanne von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart (allerdings überhaupt nicht, wie im Untertitel annonciert, das Mittelalter!) und weckt damit große Erwartungen. In systematischer Hinsicht werden diese Erwartungen jedoch bitter enttäuscht. Eine einführende Reflexion möglicher Leitkonzepte von „Kommunikation“ und „Raum“ in der Stadtgeschichtsforschung fehlt. Die Herausgeberin beschränkt sich in ihrer dreiseitigen Einführung auf ein sehr knappes Resümee der Einzelbeiträge. Überdies ist dem Band ein launiges Vorwort vorangestellt, das den Forschungskontext „Stadt und Kommunikation“ als „unendliche Baustelle“ vorstellt, „eine Fülle weiterer Perspektiven und Beispielfälle“ Revue passieren lässt und in dem Fazit mündet: „Nun, man kann nicht alles machen.“ Das ist so richtig wie banal, entbindet aber m. E. Herausgeber nicht von der Pflicht zur Synthetisierung dessen, was gemacht wird. Jegliche Orientierungsfunktion geht überdies der nicht weiter erläuterten Unterteilung des Bandes in drei Großabschnitte ab – die Differenzierung zwischen den Abteilungen „Die Stadt als Bühne“ und „Die (Groß-)Stadt als Inszenierungsraum“ ist so feinsinnig, dass sie das Verständnis des Rezensenten übersteigt. Als Ersatz für die fehlende Einleitung kann schließlich auch nicht der historiographische Essay von Clemens Zimmermann gelten, der die Reihe der Beiträge einleitet. Er diskutiert die Stadtgeschichte der letzten Jahrzehnte zwischen den Kategorien Gesellschaft, Kultur und Medien und fragt nach dem Bezug zu den allgemeinen historiographischen Großwetterlagen (historische Sozialwissenschaft, Kulturgeschichte); damit greift er weit über das Thema „Stadt und Kommunikation“ hinaus, wobei sein Plädoyer für komparative Ansätze sehr einleuchtet.

Im Einzelnen bietet der Band nun aber, insbesondere für die Frühe Neuzeit, viele sehr lesenswerte und weiterführende Beiträge, die – ignoriert man die unlogische Gliederung – auch Bezüge untereinander aufweisen. Eine Leitfunktion kann dabei dem Aufsatz von André Krischer über politische Kommunikation in der Großstadt London im 17. Jh. zugesprochen werden. Er bündelt die reichhaltige englische Forschung im Fokus der bekannten deutschen Debatte über die städtische Politik unter Anwesenden (R. Schlögl), indem er den Wandel der Londoner politischen Kultur im Präsenzmodus hin zur Medienöffentlichkeit des 17. Jh.s mit ihren gedruckten Petitionen und Zeitungen skizziert und nach den Folgen für die Großstadtbildung bzw. für eine neue massenmediale Realitätswahrnehmung der Bewohner fragt. Eine gute Ergänzung bildet Anton Tantners Beitrag über Théophraste Renaudots 1630 in Paris gegründetes Bureau d'adresse als Prototyp jener auch anderswo aufkommenden Adressbüros, wo Waren, Dienstleistungen und Arbeit angeboten und nachgefragt werden konnten. Diesen innovativen Entwicklungen ließen sich eher traditionelle, dabei keineswegs statische Formen präsentischer Kommunikation in der Stadt gegenüberstellen. Dazu gehören z. B. die Einzüge der neugewählten Kaiser in ihre Reichsstädte: Ihre Vorbereitung, räumliche Arrangements (z. B. in Gestalt von ephemeren „Ehrenporten“) und rituelle Ordnungen werden von Harriet Rudolph einer eindringlichen Analyse unterzogen und der „Repräsentationsprofit“ dieser Zeremonien für die verschiedenen Akteure ausgelotet. Eine passende Ergänzung bildet die Darstellung der prägenden Vielfalt von „religiösen Zeremonien“ wie Prozessionen und Wallfahrten im barocken Wien durch Karl Vocelka. Die Wirtshäuser als informelle Zentren präsentischer Kommunikation in der frühneuzeitlichen Stadt stehen dann im Mittelpunkt des materialreichen Aufsatzes von Martin Scheutz. Er fasst nicht nur die lebendige Forschungsdebatte der letzten Jahre zusammen, sondern liefert auch eine Fülle von sozialhistorischen und baugeschichtlichen Untersetzungen aus dem österreichischen Raum.

Leider sind die Beiträge aus der späteren Neuzeit inhaltlich und qualitativ nur z. T. anschlussfähig. Herausragend ist hier der Aufsatz von Franz J. Bauer zu Rom, dem mythischen Ort der west-

lichen Welt schlechthin. Präzise zeichnet er die räumliche Umgestaltung des Stadtraums unter Mussolini nach. Dabei wird das „schrakenlose Bedürfnis des Faschismus zur Selbstinszenierung“ (S. 111), das im Kraftakt des Baus der Via dell'Impero gipfelte, in die Tradition einer Stadtplanung gestellt, die auf Freisetzung und Monumentalisierung antiker Überreste zielte und die bis in das liberale Italien des 19. Jh.s zurückreichte. Interessante zeitgenössische Perspektiven (z. B. in Bezug auf das auch für die Vormoderne neuerdings diskutierte „City Branding“) bietet auch der kunsthistorische Beitrag von Henry Keazor: Er fragt nach dem Zusammenhang von „Stadt“ und „Kunst“ in der Gegenwart. Nachdem in der klassischen Moderne der Zusammenhang zwischen beiden zugunsten von funktionalem Bauen auf der einen, rein an ästhetischen Kriterien orientierter Kunst auf der anderen Seite aufgelöst worden sei, gebe es nun das Bemühen, „Art and the City“ wieder aufeinander zu beziehen, was einerseits den Interessen der Stadtplaner an einer Verschönerung der Städte, andererseits den Wünschen der Künstler nach erhöhter Aufmerksamkeit für ihr Wirken entspreche. Ernüchternd ist die Lektüre zweier weiterer zeithistorischer bzw. gegenwartsorientierter Beiträge. Bernd Reichelts Aufsatz über „Fußballspiele als urbaner Inszenierungsraum (sic!) am Beispiel Saarbrücken“ behandelt drei große Sportereignisse in der Zeit der französischen Verwaltung des Saarlandes (1932, 1947, 1949), wobei die städtische Dimension schnell in den Hintergrund tritt und manche Feststellungen wie diejenige, dass Zuschauer „in der Regel nicht zu einem Fußballspiel gingen, um sich primär politisch zu betätigen“ (S. 144), hart an der Schmerzgrenze der Banalität angesiedelt sind. Das Essay von Marie Antoinette Glaser schließlich über die „Baustelle als Inszenierung im öffentlichen städtischen Raum“ flaniert durch eine bunte Vielfalt von Aspekten, ohne auf einen dieser Aspekte einen zweiten, tieferen Gedanken zu verschwenden – der Text mutet selbst wie eine große Baustelle an, jedenfalls nicht wie ein fertiges wissenschaftliches Produkt.

Fazit: Viele wohlgewachsene Forschungspflanzen wurden hier zu einem lieblos gestalteten Strauß zusammengebunden, der ihre Schönheit eher versteckt als zur Geltung bringt – wobei die gediegene Materialität mit Hochglanzpapier und qualitativ vollen Abbildungen in auffälligem Kontrast zu besagter Lieblosigkeit steht. Wer starke Argumente gegen die Inflation wissenschaftlicher Sammelbände sucht, wird hier fündig.

Dresden

GERD SCHWERHOFF

GUSTAVO CORNI/CHRISTOF DIPPER (Hg.): *Italiener in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Kontakte, Wahrnehmungen, Einflüsse* (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 25). Duncker & Humblot, Berlin 2012, 579 S., 98,00 €.

OLIVER JANZ/ROBERTO SALA (Hg.): *Dolce Vita? Das Bild der italienischen Migranten in Deutschland*. Campus, Frankfurt a. M./New York 2011, 294 S., 34,90 €.

Die in beiden Bänden publizierten 43 Beiträge bieten ein ungewöhnlich weitgefächertes und spannendes Bild „der“ Italiener in Deutschland. Da es unmöglich ist, innerhalb des hier vorgesehenen Umfangs allen Autoren auch nur halbwegs gerecht zu werden, konzentriert sich die Rezension auf die gebotenen Themen und neuere Ergebnisse in einem umfassenderen Zugriff.

Der von Gustavo Corni und Christof Dipper herausgegebene Band geht zurück auf eine Tagung von Historikern, die 2004 am Italienisch-Deutschen Historischen Institut in Trient veranstaltet wurde. Die Beiträge wurden zunächst 2006 in italienischer Sprache publiziert und liegen nun dankenswerterweise auch in deutscher Übersetzung vor. Im Fokus der Tagung standen weniger die Wahrnehmungsgeschichte, obwohl die sich in vielen Beiträgen nicht ausblenden ließ, sondern vielmehr Fragestellungen nach den gesellschaftlichen Arrangements. Wie haben sich die Italiener in den deutschen Ländern in den letzten rund 150 Jahren und gegenwärtig in Deutschland eingerichtet und wie wurden sie von der Mehrheitsgesellschaft aufgenommen. Die Arbeitshypothese geht davon aus,

dass wir vor allem im Bereich der Arbeitsmigration vor einem Umbruch in den italienisch-deutschen Beziehungen stehen, was die Herausgeber dazu veranlasst, zu bilanzieren. Ein erster Themenbereich konzentriert sich auf die Veränderungen in der Infrastruktur, welche die Anreise Tausender Italiener im Kaiserreich ungemein erleichterten. Eine zweite, umfangreichere Sektion fokussiert Deutschland als Arbeitsplatz. Hier geht es nicht nur um die prekären Arbeitsverhältnisse von Saisonarbeitern vor dem Ersten Weltkrieg, sondern auch um das bisher wenig beachtete Thema der in den 1950er Jahren eingewanderten Italienerinnen. Neben der allgemeinen Migrationsproblematik und der Wahrnehmung dieses Prozesses in der italienischen Presse werden auch Eisdielen und Pizzerien fokussiert. Ein weiteres Themenfeld bildet die nicht immer einfache Geschichte Deutschlands als wissenschaftlicher und kultureller Partner Italiens. Gegen Ende des Kaiserreichs und vor allem während des Faschismus waren die Kontakte von italienischen Geisteswissenschaftlern nach Deutschland durch die politische Situation mehr als belastet. Als problematisch wurde zudem ein deutscher Superioritätsanspruch empfunden. Darüber hinaus bieten zwei Beiträge zum Kulturtransfer wertvolle Einblicke in die Präsenz italienischer Autoren auf dem deutschen Buchmarkt während dieses Zeitraums und bezüglich der Frage, wie zeitgenössische italienische Schriftsteller mit Migrationshintergrund ihre lebensweltlichen Erfahrungen verarbeiten. Eine vierte kleinere Sektion analysiert das wirtschaftliche Engagement Italiens in Deutschland bzw. den Italentourismus. Thematisiert werden u. a. der Bankensektor und italienische Direktinvestitionen in zeitgeschichtlicher Perspektive, z. B. der beeindruckende Aufstieg des Ferrero-Konzerns. Nicht allen präsent dürfte ferner das Phänomen des italienischen Tourismus sein, der nicht zuletzt in den 1950er Jahren und dann seit den 1980er Jahren erhebliche Summen in die deutschen Kassen spült. Allein im Jahr 2000 besuchten eine Million Italiener Deutschland. – Der fünfte Teil des Buches zu den italienisch-deutschen Militärbeziehungen birgt sicherlich den größten thematischen Sprengstoff. Auch hier geht es partiell um intellektuelle Diskurse seit der Reichsgründung oder in der DDR, brisanter ist aber das Schicksal hunderttausender italienischer Kriegsgefangener während des Ersten und Zweiten Weltkrieges sowie das Los der italienischen Militärinternierten der Jahre 1943–1945, über deren Schicksal die Deutschen bis heute gerne hinwegsehen. Die Situation der Italiener war noch komplizierter als die anderer Kriegsgefangener, da sich die eigene Regierung nicht für sie einsetzte, was nicht zuletzt dem Roten Kreuz den Zugang erschwerte. Alles in allem starben Zehntausende Italiener in deutschen Lagern. Weder Kriegsgefangene noch Militärinternierte wurden für die von ihnen geleistete Zwangsarbeit in der Nachkriegszeit entschädigt. – Die in diesem Band publizierten Beiträge beruhen partiell auf langjährigen Forschungsleistungen, deren Ergebnisse hier synthetisch zusammengefasst wurden, teilweise eröffnen die Autoren neue weiterführende Themenfelder. Alle zeichnen sich durch eine sehr gute Lesbarkeit aus und bieten profunde Einsichten in die jeweiligen Themenfelder. Abgerundet wird der Band durch eine aktualisierte Bibliographie im Anhang.

Beabsichtigten die Herausgeber des ersten Bandes weniger die deutschen Wahrnehmungen zu behandeln, so stehen sie im Mittelpunkt des zweiten, überaus anregenden Bandes. Mit dem provokanten Titel „Dolce vita?“ und dem Photo eines gutaussehenden italienischen Kellners auf dem Cover werden gleich zwei Klischees geboten, denen wir Deutschen, aber auch andere Europäer und Amerikaner nur zu gerne anhängen. Wer mit seinen Vorurteilen über Italiener gründlich aufräumen will, dem sei dieser Band ans Herz gelegt. Wer dabei auch noch laut lachen möchte, dem sei der Beitrag der Journalistin Birgit Schönau empfohlen, die uns unterhaltsam und doch profund argumentierend auf die üblichen Vorurteile stößt. Haben den ersten Band fast ausschließlich Historiker bestritten, so ging es den Herausgebern dieses Bandes, Oliver Janz und Roberto Sala, um einen konsequent interdisziplinären Ansatz, neben Geschichtswissenschaftlern sind gegenwartsorientierte Kultur- und Sozialwissenschaftler beteiligt. Chronologisch konzentrieren sich die Aufsätze auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Mittelpunkt steht diesmal unter anderem die italienische Gastronomie und dies aus gutem Grund, denn sie wird von den Deutschen eher wahrgenommen als die verstreut vor allem in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg lebenden Arbeitsmigranten. Diese gelten gemeinhin als gut integriert und sind es auch, betrachtet man die Zahlen der deutsch-italienischen Ehen, die Freundeskreise und Vereinsmitgliedschaften. Schaut man allerdings auf die Schulkarrieren der italienischen Migrantenkinder, dann muss man jedoch von

vertanen Chancen sprechen. Mehrheitlich gehen sie immer noch auf die Hauptschulen, und die Zahl der italienischen Jugendlichen ohne Schulabschluss bleibt überproportional hoch. Insgesamt haben die Bilder über die italienische Migrantengruppe, die zweitgrößte nach der türkischen, eine erstaunliche Karriere durchlaufen. Von den „Spaghettifressern“ und „Messerstechern“ der 1950er Jahre wurden sie zu anerkannten Vorreitern einer mediterranen Lebenskultur. Schön wird dargelegt, wie die Klischees der Deutschen über Italien einfach auf die Italiener in Deutschland übertragen werden. Dass diese aber trotz der gegenwärtigen Hochschätzung die vielen Demütigungen der ersten Jahrzehnte noch nicht vergessen haben, auch wenn ihnen die Negativrolle mittlerweile von den Türken abgenommen wurde, belegen die Beiträge nachdrücklich. Wie stark das Verhalten der Deutschen mehrheitlich gegenüber italienischen Mitbürgern von Klischees geprägt ist, zeigt überzeugend der autobiographische und doch Distanz wahrende Beitrag von Rosaria Chirico. Sie schildert die Schwierigkeiten, eine eigene Identität inmitten der deutschen und italienischen Kultur zu finden. Das insgesamt sehr positive Italienbild der Deutschen gründet nicht zuletzt auf den teilweise prägenden Erfahrungen in den Eisdielen der 1950er Jahre und in den zahllosen Pizzerien. Frei nach dem Motto des Journalisten Dirk Schümer „Spaghettisiert euch“ (in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.9.2002) wird der italienischen Esskultur ein äußerst hoher Status zugesprochen. Der Besuch in der Trattoria bietet kleine Fluchten vor dem tristen grauen Alltag in ein projiziertes kleines Stück Italien. Dass vielen italienischen „Gastarbeitern“ der Sprung aus der Fabrik zur eigenen Gastronomie gelungen sei, ist ein weiteres Vorurteil, das in diesem Band zerstört wird. Die italienischen Restaurantbesitzer kamen deutlich später als Geschäftsleute nach Deutschland und setzten sich bewusst von den weniger begüterten Arbeitsmigranten ab.

Alles in allem verdeutlichen viele Beiträge der beiden Bände, wie stark unsere Bilder von der deutschen (Qualitäts-) Presse geprägt sind. Immer wieder werden in Berichten über die italienische Politik, den Fußball, die Mafia, die Küche, die Mode und die Gesellschaft dieselben Klischees bedient und diese sind nicht zuletzt aufgrund der ständigen Wiederholungen wirkmächtig.

Saarbrücken

GABRIELE B. CLEMENS

FRIEDEL DOÉRT: *Carl Sonnenschein. Seelsorger, theologischer Publizist und sozialpolitischer Aktivist in einer kirchlichen und gesellschaftlichen Umbruchsituation*. Aschendorff, Münster 2012, 788 S., 69,00 €.

Die Biographie ist als Dissertation am Institut für Katholische Theologie der Universität Dortmund entstanden und von dem langjährigen Leiter der Carl-Sonnenschein-Schule in Iserlohn nach seiner Pensionierung verfasst worden. Sonnenschein (1876–1929) studierte sieben Jahre an der Universität der Jesuiten, der Gregoriana, in Rom, wo er im Studienkolleg „Germanicum“ wohnte. Dorthin schickten deutsche Diözesen besonders begabte Priesteramtskandidaten, die häufig später in den Bistümern Leitungsfunktionen übernahmen oder in die Wissenschaft gingen. Durch regelmäßige Treffen ehemaliger „Germaniker“ verfügten sie über ein Netzwerk in praktisch allen deutschen Diözesen. In Rom interessierte sich Sonnenschein für soziale und politische Fragen und erhielt Kontakt zu italienischen Reformkatholiken.

Nach seiner Rückkehr aus Rom wurde der Kölner Diözesanpriester Sonnenschein in drei Pfarreien (Aachen, Köln, Wuppertal) eingesetzt, wo er jeweils Schwierigkeiten mit seinen kirchlichen Vorgesetzten bekam, weil er sich sozial und politisch engagierte, z. B. für die Kandidatur von Arbeitern für die Zentrumsparlei. 1906 wurde Sonnenschein für den „Volkverein für das katholische Deutschland“ in Mönchengladbach freigestellt. Dieser Verein umfasste vor 1914 fast 800.000 Mitglieder, die vor allem durch Broschüren und Flugschriften informiert wurden. Aus unterprivilegierten Schichten wurden Führungspersönlichkeiten für Arbeitervereinigungen und Politik rekrutiert und geschult. Sonnenschein wollte eine deutschlandweite soziale Studentenarbeit aufbauen, die Kasten-

denken und Standesdünkel zukünftiger Akademiker überwinden sollte. Im Ersten Weltkrieg sah Sonnenschein in den Schützengräben eine solche „Volksgemeinschaft“ wachsen. Durch Flugschriften an Frontsoldaten unterstützte Sonnenschein die Soldaten moralisch. Da er Verbindungen zu flämischen Kreisen hatte, die einen Anschluss an Deutschland befürworteten, musste er 1918 aufgrund der belgischen Besatzung am Niederrhein nach Berlin fliehen.

Dort hatten die Katholiken einen Anteil von lediglich ca. 400.000 von vier Millionen Einwohnern. Sonnenschein wollte ihnen einen öffentlichkeitswirksamen Stellenwert (durch Prozessionen, Kundgebungen und Demonstrationen) sowie gesellschaftliches Ansehen verschaffen. In seinem zehnjährigen Wirken in Berlin konnte Sonnenschein eine beeindruckende Fülle von Initiativen und Aktivitäten (Kath. Volkshochschule, Kath. Siedlungswesen, Wassersportverbände, Akademische Arbeitsvermittlung, Akademische Lesehalle etc.) entfalten. Persönliche Voraussetzungen waren dabei seine Sensibilität für täglich neue Herausforderungen und Bedürfnisse, das Erkennen neuer Möglichkeiten (z. B. des gerade gegründeten Rundfunks für die Glaubensverkündigung) sowie seine Begabung als Redner und Journalist. Er legte schon früh eine Namenskartei an, die 100.000 Personen umfasst haben soll, mit deren Hilfe er Sponsorengelder einwarb, geeignete Personen für Ämter in Politik und Verwaltung empfehlen sowie Arbeitsuchende und Arbeitnehmer, Mieter und Vermieter zusammenbringen konnte. In seine fast täglich abgehaltenen Sprechstunden kamen Notleidende aller Art.

Begünstigt wurden seine Aktivitäten dadurch, dass nun auch zunehmend Katholiken in Berlin wichtige politische Ämter innehatten, die Sonnenschein als Unterstützer gewinnen konnte. Er war Anhänger einer ökumenischen Öffnung des Zentrums. Als in den 1920er-Jahren Studentenvertretungen sowie Studenten- und Stipendienwerke für Studierende entstanden, war Sonnenschein zunächst an diesen Aktivitäten beteiligt. Besonders erfolgreich war sein Wirken als Schriftleiter des Katholischen Kirchenblattes, dessen Auflage er innerhalb weniger Jahre von 25.000 auf über 100.000 steigern konnte.

Der Verfasser zeigt aber auch die Grenzen der Persönlichkeit Sonnenscheins: Er absolvierte täglich ein großes Arbeitspensum, so dass für eine systematische Reflexion seiner Tätigkeit wenig Raum blieb. Seine Aktivitäten waren so eng auf seine Person zugeschnitten, dass sie vielfach nicht nur wegen finanzieller Schwierigkeiten in der Weltwirtschaftskrise oder durch den Nationalsozialismus keine nachhaltigen Wirkungen entfalten konnten, sondern auch weil Sonnenschein als dominierend-charismatische Person nicht hinreichend delegieren und Verantwortung übertragen konnte.

Doért macht an der Person Sonnenscheins deutlich, wie traditionelle Vorstellungen (Monarchist, Expansionist, Gegner des Frauenwahlrechts) mit modernisierenden Elementen (Organisations- und Vereinsgründungen, Publizistik, begrenzte ökumenische Öffnung) zusammenkommen können. Dies prägte nicht nur Carl Sonnenschein, sondern den Katholizismus des späten Kaiserreiches wie der Weimarer Republik insgesamt.

Bochum

JOACHIM WIEMEYER

WOLFGANG UWE ECKART: *Medizin in der NS-Diktatur. Ideologie, Praxis, Folgen*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2012, 567 S., 34,90 €.

Der 30. Januar 1933 bildet eine Zäsur in der politischen Geschichte Deutschlands, zugleich in der deutschen Sozial- und Medizingeschichte, denn die Nationalsozialisten verfolgten gesellschaftspolitische Ziele, die sie zum Teil mit medizinischen Mitteln erreichen wollten. Die medizinische Wissenschaft sollte entscheiden, wer – in ihrem Sinne – zu den tüchtigen Elementen des deutschen Volkes zählte, und auf wen dieses Volk künftig besser verzichten würde. Sie forderten die „Ausmerzungen“ der Schwachen, Kranken, Lebensuntüchtigen und zugleich die Förderung – oder „Auslese“ – der in ihrem Sinne biologisch Tüchtigen. Selbst ihr Antisemitismus war ein Teil dieses Programms, sie

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

zählten Juden zu dem Personenkreis, den sie „ausmerzen“ wollten. Das Leben war für sie ein steter „Kampf ums Dasein“, sie sahen sich ständig im Wettkampf mit anderen Nationen und vertraten daher einen starken Leistungsgedanken. Ein wichtiges Ziel der NS-Medizin war daher die Erhöhung der Arbeitsleistung und Produktivität des Einzelnen.

„Wer dauernd nicht denken und wirken könne“, dessen Leben habe keinen Wert, behaupteten sie. Sie gingen noch weiter: „Wir wollen lebensuntüchtiges und unwertes Leben gar nicht erst entstehen lassen“, sagte Reichsärztführer Gerhard Wagner in einer Grundsatzrede. Zu den genuin nationalsozialistischen Gesetzen gehört daher das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933, das im Januar 1934 in Kraft trat. Lange davor, im Kaiserreich, hatte sich eine eugenische Bewegung gebildet, die weite Kreise des Bürgertums und der Ärzteschaft erreichte. Rassenhygiene und eine Lebensreformbewegung waren in der Zwischenkriegszeit auch in der deutschen Wissenschaft weit verbreitet. Nicht mehr das Wohl des Einzelnen war der oberste Maßstab, sondern das Wohl des „Volkes“. Ein weiteres Charakteristikum der NS-Medizin waren die sadistischen Versuche an Menschen – und dies mit Blick auf eine Infektionskrankheit wie das Fleckfieber, das in Friedenszeiten damals nur noch selten auftrat.

In seiner neuen Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus schildert Eckart ausführlich die Entwicklung der Volksgesundheit während des Ersten Weltkrieges und in der Zwischenkriegszeit, denn der Hunger und die allgemeine Not, Folge des verlorenen Krieges, verstärkten die Forderung nach politischen und sozialen Veränderungen im Deutschen Reich. Kritisch weist Eckart darauf hin, dass Sterilisation von Alkoholikern und anderen „Asozialen“ schon im Kaiserreich, wie auch anderswo, etwa in den USA, popularisiert wurde. Seine Darstellung reicht aber auch weit in die Jahre nach 1945, in die Zeit des Hungers, des Tauschhandels und der sog. Ärzte-Prozesse. Mit Recht weist Eckart auf den Skandal hin, dass nach 1945 die ärztlichen Begutachter nicht selten dieselben waren, die während des „Dritten Reiches“ als Euthanasie-Gutachter gewirkt hatten. Die meisten dieser Täter kamen sehr leicht davon.

Dies ist eine sehr kritische Abrechnung mit der NS-Medizin, ein gründlich dokumentiertes wissenschaftliches Buch, das nicht nur die Schulmedizin, sondern auch die vielen obskuren NS-Heilbewegungen behandelt. Auch die Rolle des Pflegepersonals in der NS-Medizin lässt Eckart mit einfließen. Einige Entwicklungen in dieser Zeit, die man heute begrüßen würde, etwa die Stellung von Frauen im Arztberuf – in der Weimarer Republik war nur einer von zwanzig Ärzten eine Frau, 1944 einer von acht – lässt er unerwähnt. Den Kampf der NS-Bewegung gegen das Rauchen nimmt Eckart nicht sehr ernst, dabei war es ein deutscher Arzt, Fritz Lickint, der bereits 1939 das gesundheitliche Problem des „Passivrauchens“ erkannte und anprangerte. Deutsche Mediziner haben in den 1930er Jahren Erkenntnisse über die Folgeschäden des Rauchens verbreitet, die sich in der angelsächsischen Welt erst in den Fünfzigerjahren durchsetzten.

Eckarts Studie ist sehr gut lesbar und verständlich geschrieben. Gelegentlich schiebt er die Biographie eines Arztes ein, etwa die erstaunliche Karriere von Hitlers Begleitarzt Karl Brandt, um den Text aufzulockern. Und da Eckart in Heidelberg lehrt und die Geschichte dieser Universität und ihrer Institutionen gründlich erforscht hat, reichert er sein Buch mit vielen Beispielen aus Heidelberg an.

Rohrdorf

MANFRED VASOLD

CHRISTINE FERTIG: *Familie, verwandtschaftliche Netzwerke und Klassenbildung im ländlichen Westfalen 1750–1874* (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte 54). Lucius & Lucius, Stuttgart 2012, 285 S. (20 Abb., 41 Tab.), 56,00 €.

Christine Fertig vergleicht zwei westfälische Dörfer, Löhne bei Herford und Borgeln in der Soester Börde. In Löhne bildete die protoindustrielle Textilproduktion einen Erwerbsschwerpunkt, in Borgeln

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

dominierte die Agrarproduktion, die von einer expandierenden Nachfrage stimuliert wurde. Letztlich geht es um eine klassische Fragestellung: Wo und ggf. in welcher Weise entstand in der „Sattelzeit“ eine Formation, die man als „ländliche Klassengesellschaft“ bezeichnen kann? Es geht nicht um bloße Strukturanalyse, sondern um die Interaktion von Struktur- und Handlungselementen, letztlich um die Frage, wie und wieweit Strukturen „gemacht“ wurden. Als Bezugspunkt erscheint durchgehend David Sabeans These von der entscheidenden Rolle der Verwandtschaftsorientierung im Prozess ländlicher Klassenbildung im württembergischen Realteilungsgebiet. Für die beiden erbrechtlich anders strukturierten westfälischen Gemeinden bestätigt die Autorin die Angemessenheit der von Sabea entwickelten Kategorien, kommt aber inhaltlich zu stärker differenzierten Schlussfolgerungen.

Dies entspricht der regionalen Diversität, keine Frage. Aber die Differenziertheit der Antworten ist in der vorliegenden Studie v. a. Resultat der methodischen Komplexität, mit der die Diversität analysiert wird. Die Autorin überträgt quantifizierende Ansätze der Netzwerkanalyse, wie sie in Soziologie und Ethnologie entwickelt wurden, konsequent auf Fallbeispiele aus der Agrargeschichte. Grundlage ist die breite Kenntnis der diesbezüglichen internationalen Literatur. Dadurch wirkt der Bezug auf (z. B.) ethnologische Arbeiten nie aufgesetzt, sondern ordnet sich stringent in die Argumentation ein. Der Netzwerkanalyse unterzogen werden Patenschaften und Heiraten, diejenigen Daten, die aufgrund der Kirchenbuchüberlieferung der Quantifizierung zugänglich sind. Sie werden vielfach mit sozialstatistischen Daten verknüpft und mit eher qualitativen Angaben aus Ehe- und Übergabeverträgen unterlegt. Alles wird verständlich, man möchte fast sagen, verständnisvoll, dargestellt, so dass auch der netzwerkanalytische Laie profitieren kann.

Die Resultate sind hochsignifikant und rechtfertigen den beachtlichen Aufwand in jeder Hinsicht. Eine „ländliche Klassengesellschaft“ erkennt die Autorin nicht im protoindustriell durchdrungenen Löhne und begibt sich damit in Gegensatz zu Josef Moosers Darstellung des Bielefelder Umlandes, die quasi als zweiter Kontrapunkt dient. In Löhne herrschte niemals so strikte Endogamie wie in Borgeln – weder sozial noch verwandtschaftlich. Eine ländliche Klassengesellschaft erkennt Fertig eher in der prosperierenden agrarischen Gemeinde Borgeln, wo die Bauern auf Statusbewahrung setzten und bei den Heiraten – ein Stück weit auch bei der Patenwahl – unter sich blieben.

Hinter diesem Gesamtergebnis verbergen sich eine Fülle weiterer Einsichten, z. B. zur Frage, welchen Eltern es gelang, solche Kinder am besten zu platzieren, die nicht Hoferben waren. Dass es in Borgeln die großen Bauern waren, wäre keine Sensation. Aber dass unter ihnen noch einmal diejenigen im Vorteil waren, die die meisten Patenschaften im Dorf übernahmen, diese Einsicht geht in eine Tiefendimension, in der Strukturen zu einem guten, sogar quantifizierbaren Teil in Handlungselemente zerfallen. Bemerkenswert auch das Ergebnis, dass die Heuerlinge in Löhne ihre Patenwahl geographisch breiter als die Bauern streuten und sich dabei mehr innerhalb der eigenen Schicht orientierten. Man könnte darin fast einen Widerspruch zum Gesamtergebnis erkennen. Löhne ist auch dadurch gekennzeichnet, dass die überwiegende Zahl der Erwachsenen heiratete, in Borgeln dagegen blieb ein beträchtlicher Prozentsatz ledig. Fertig sieht darin (in aller Vorsicht) die Möglichkeit alternativer Lebensentwürfe. Eher traditionell eingestellte Leser würden fragen: Kann es nicht auch daran gelegen haben, dass das Einkommen aus (proto-)industrieller Beschäftigung Individuen aus der Gruppe der Heuerlinge auch für Abkömmlinge aus dem Bauernstand attraktiv machte, während solche Perspektiven in Borgeln nicht vorhanden waren?

Man möchte darüber mit der Autorin diskutieren. Hier freihändig Kritik anzumelden, wäre angesichts der methodischen Reflexionen auf hohem Niveau, durch die das Buch durchgehend herausragt, völlig unangebracht. Es handelt sich um eine Pionierstudie.

Witzenhausen

WERNER TROSSBACH

JOCHEN GUCKES: *Konstruktionen bürgerlicher Identität. Städtische Selbstbilder in Freiburg, Dresden und Dortmund 1900–1960* (Forschungen zur Regionalgeschichte 67). Schöningh, Paderborn u. a. 2011, 651 S. (8 Karten, 16 Tab., 33 Grafiken), 54,00 €.

Es handelt sich um eine in jeglicher Hinsicht gewichtige Forschungsarbeit: durch den streng empirischen Zugriff, ferner thematisch, denn die Frage von „Selbstbildern“ ist schon seit längerem zentral für die heutige Stadtgeschichte, schließlich methodisch: Der Autor, der auch schon in früheren Jahren als Pionier eines kultur- und diskursgeschichtlichen Ansatzes hervorgetreten ist, leistet vielfältige Reflexion über Vorgehen und Gegenstand. Drei Städte wurden ausgewählt, die sich weder strukturell noch hinsichtlich ihrer Größe ähnelten, vielmehr soll es gerade die Unterschiedlichkeit dieser Städte sein, die ihre Auswahl begründete. Mag man dies für kritikwürdig halten, es ist jedenfalls eine Auswahl, die das tatsächlich „bürgerliche“ Freiburg, das industrielle Dortmund sowie mit Dresden eine gemischte Industrie-, Verwaltungs- und Kulturmetropole vorstellt. Allerdings mit Ungleichgewichten, denn während es das Stadtporträt Freiburgs auf 80 Seiten bringt, kommen Dresden auf 160 und Dortmund auf 220 Seiten. Freilich auch dies sollte man nicht allzu negativ sehen, denn der Platz wird nicht nur zu höchst aufschlussreichen und differenzierten Ausführungen genutzt, sondern es finden sich immer wieder resümierende Zwischenbemerkungen, und die Fragestellung bleibt stets klar.

Wenn es eine Generalthese gibt, dann die, dass alle eruierten diskursiven Selbstverständigungen und vielschichtigen, oft historisch wiederkehrenden Selbstbilder einen „bürgerlichen“ Kern hatten. Selbst in Dresden, wo sich erst die Nationalsozialisten, dann vor allem die SED um eine massive Umwertung des Selbstbildes bemühten, fiel der Bruch nicht so massiv aus, wie sich die Entscheidungsträger das wünschten. Der Verweis auf das kulturelle Erbe und die einmalige städtische Lage an der Elbe ließ sich auch nach 1945 nicht tilgen. Guckes untersucht zunächst die Thematisierungskonjunkturen der städtischen Selbstbilder, die dann in komplizierte Wechselbeziehungen gerieten und immer mit der kommunizierten Wirkungsabsicht nach „außen“ zu tun hatten. Hier gab es auch Fehlgriffe, etwa das wenig überzeugende Konstrukt von Freiburg als angeblicher Hauptstadt des Schwarzwaldes. Aber man wusste, was man tat, wenn man sich hier zwar als „schönste Stadt“ repräsentierte, aber nicht so weit ging, über „gemütliche Behäbigkeit“ für die angeworbenen Pensionäre hinaus auch noch den Anspruch zu erheben, eine Metropole darzustellen (z. B. S. 109). Es geht Guckes ferner um die kommunikativen Akteure, d. h. wer formulierte wann welches Bild, die kommunalpolitischen Konstellationen geraten also ins Visier. Ferner geht der Autor davon aus, dass Selbstbilder immer konkrete Adressaten hatten und mit im 20. Jh. wachsender Städtekonkurrenz in Zusammenhang standen. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser der Frage, welche an sich vorhandenen Züge im symbolischen Selbstbild nicht auftauchten („Fehlstellen“). Gerade wenn das Selbstbild wie besonders in Freiburg so durch und durch „bürgerlich“ ausfiel, war für die Industrie darin kein Platz (obwohl heute, 2013, die Mischung aus Produktions-, Dienstleistungs- und Wissensökonomie als Hauptvorteil gilt). Die Industrie in Freiburg wurde allenfalls erwähnt, aber in Narrative eingebunden (S. 114). Das Selbstbild Dresdens als Kunst- und Kulturstadt war ebenfalls nur halb richtig, denn Industrie und Handwerk waren bedeutend, und darüber hinaus lebte die Stadt von ihrer starken Exportorientierung, und sie war eigentlich in eine Industrielandschaft integriert (S. 164). Bedeutende Industriebauten waren vielfältig vorhanden, wurden aber hinter exotischen Architekturen versteckt (Zigarettenfabrik Yenidze, S. 199). Da es um Förderung des Fremdenverkehrs ging, musste die „potentiell gefährliche“ Industrie ausgeblendet werden, da war dann doch eher das Bild der „Stadt der Hygiene“ funktional, das bis heute eine Rolle spielt (S. 207). So zeigt sich in Dresden erst spät ein „Vordringen der Industrie“ in der Ikonographie, etwa dass ein Bild von Frachtschiffen vor dem Elbprospekt publiziert wurde (S. 256). Hingegen in Dortmund pflegte man zwar ebenfalls verzögert, aber historisch wachsend die Industriekulisse in das Selbstbild ein; Zeichen der Moderne jedenfalls wurden nach 1918 „schnell kanonisiert“. Seit den 1920er Jahren waren hier Werke und Siedlungen vorzeigbar, künstlerisch analog der allgemeinen Entwicklung der Landschaftsfotografie und unter Einfluss harmonisierender Neusachlichkeit (S. 415). Arbeiter und Arbeiterviertel allerdings blieben weiterhin außen vor, weil auch hier die „Deutungselite bürgerlich geprägt war“ (S. 421). So

sind für Dortmund immerhin die raschesten Innovationen des imaginierten und vertextlichten Selbstbildes feststellbar. Die Ikonographie der Moderne fand sich hier im Medium Fotografie, während man den Film merkwürdiger Weise eher vernachlässigte (S. 416 f.).

Insgesamt leistet der Band hinsichtlich einer Gesamtsicht von imaginierten und tatsächlich kommunizierten Selbstbildern das, was man erwarten kann. Besonders die Querbezüge von „Bildern“ und deren (teils berufsmäßig damit befassten) „Produzenten“ im Kontext des jeweiligen Urbanitätsdiskurses sind überzeugend aufgewiesen. Wie weit sich die breiten Stadtbevölkerungen in ihnen wiederfanden, wäre als Fragestellung für die Gesamtarbeit sprengend gewesen, wird aber dennoch an vielen Stellen immer wieder nachgefragt. Insgesamt hat der Autor keine Spezialgeschichte der drei untersuchten Städte geschrieben, sondern gezeigt, wie man heute Stadtgeschichte schreiben kann und soll: als Geschichte kultureller Deutungskämpfe und Zuschreibungen – was die Analyse der Korrelationen mit ‚harten‘ Sozial- und Wirtschaftsstrukturen keineswegs ausgeschlossen hat.

Saarbrücken

CLEMENS ZIMMERMANN

MARK HÄBERLEIN/CHRISTOF JEGGLE (Hg.): *Materielle Grundlagen der Diplomatie. Schenken, Sammeln und Verhandeln in Spätmittelalter und Früher Neuzeit* (Irseer Schriften, N. F. 9). UVK, Konstanz/ München 2013, 293 S. (28 Abb.), 39,00 €.

In der Geschichtswissenschaft hat seit den 1990er Jahren das Thema „Gabentausch“ Konjunktur. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr und erfährt dabei der Austausch von symbolischen und materiellen Gaben in der höfischen Gesellschaft. Der Band reiht sich also ein in eine durchaus schon respektable Reihe von Veröffentlichungen, die zu diesem Thema erschienen sind. Als neuer Ansatz wird nun darauf rekurriert, das Verhältnis von Diplomatie und Wirtschaft auszuleuchten. Hierzu wählte man drei Fragenkomplexe aus, auf die mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in den meisten Beiträgen eingegangen wurde: 1. Praktiken und Funktion des Transfers materieller Güter in der Diplomatie, 2. Akteure und 3. Objekte.

Am Beginn des ersten Komplexes entwickeln Ulf Christian Ewert und Jan Hirschbiegel ein Theorieangebot, mit dem sich der Mechanismus des Schenkens erklären lässt. Mit der Plünderung von Schätzen und dem diplomatischen Umgang mit Beutestücken beschäftigt sich Michael Jucker. Damit wird auch sogleich ein weiteres sehr aktuelles Forschungsfeld betreten, nämlich das des fürstlichen Schatzes. Harriet Rudolph untersucht die Gabenpraxis bei Kaisereinzügen im Alten Reich und Evelyn Korsch beim Besuch Heinrichs III. (1573 polnischer König, 1575 französischer König) in Venedig 1574. Rudolph kann insbesondere nachweisen, dass Geschenke über den Geldwert und das Material stets auch soziale Hierarchien der Empfänger abbilden. Die Feststellung von Korsch, dass Goldketten die im innerhöfischen Austausch am weitesten verbreiteten Geschenke waren, verdient sogar aus numismatischer Sicht Beachtung, schließlich befanden sich an solchen Ketten oft die sogenannten Gnadenpfennige. Überhaupt, so ihre Beobachtung, waren Geldgeschenke durchaus übliche Praxis.

Ein zweiter Fragenkomplex geht auf die Akteure des Schenkens ein. Susanne Kubersky-Piredda und Salvador Salort Pons stellen in ihrem Beitrag mit Gonzalo de Liaños einen Agenten vor, der als zwerghenwüchsiger Hofnarr und Kammerdiener in den 1570er und 1580er Jahren für den spanischen König Philipp II. in Italien Kunstwerke und Luxusgegenstände beschaffte. Die Rolle diplomatischer Agenten beim Austausch von Luxusgütern beleuchtet Corinne Thépaut-Cabasset am Beispiel der Beziehungen zwischen dem französischen Königshof und dem Hof des bayerischen Kurfürsten im späten 17. Jh. Ihre Fallstudie basiert vor allem auf mehreren Verzeichnissen von Kleidungsstücken des Bayern, die sich interessanterweise unter den politischen Unterlagen befanden. Eine andere Quellengruppe zieht Martin Pozsgai heran, um die diplomatische Agententätigkeit am französischen Hof zu untersuchen: die Korrespondenz von Gesandten aus Schweden und Brandenburg-Ansbach.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Im Mittelpunkt des Beitrages von Ute Christina Koch steht der Verbleib der umfangreichen und überaus qualitätvollen Kunstsammlung des sächsischen Premierministers Graf Heinrich von Brühl. Koch widmet sich speziell der Frage, inwieweit Gesandte bei den entsprechenden Verkaufsverhandlungen involviert waren. Bekanntlich erwarb die russische Zarin Katharina II. einen Teil der Brühlschen Gemäldegalerie. Somit wird gerade auch in diesem Beitrag das fürstliche Sammeln behandelt, ein Phänomen der Herrschaftsrepräsentation, das zurzeit in der Forschung vielfach Berücksichtigung erfährt.

Im dritten Fragenkomplex stehen die eigentlichen Objekte des Geschenkverkehrs im Vordergrund des Interesses. Johann Beate Lohff widmet sich Bildern aus Stein als diplomatische Geschenke in Europa, die zu Beginn des 17. Jh.s vor allem in römischen und florentinischen Werkstätten entstanden. Als Bildträger fungierten Edel- und Halbedelsteine wie Lapislazuli, Achat und Amethyst. Auch Pferde waren als Geschenke an europäischen Höfen sehr begehrt. Magdalena Bayreuther zeigt in ihrem Beitrag auf, dass bis heute hochwertige Tiere eine symbolische Gabe von herausragender Bedeutung darstellen. Der Band schließt mit den Ausführungen von Ulrike Kirchberger, die den Tausch von Objekten in der indianisch-europäischen Diplomatie in Nordamerika im 18. Jh. thematisiert. Gegenüber früheren Studien kommt sie zu dem Ergebnis, dass trotz aller Missverständnisse eine gewisse Durchlässigkeit beim interkulturellen Geschenkverkehr herrschte.

Der Band führt zum ersten Mal Diplomatie und Wirtschaft zusammen. Das ist auf jeden Fall innovativ und verdienstvoll. Ob man nun allerdings gleich von „materiellen Grundlagen der Diplomatie“ (so der Titel) sprechen kann, sollte vielleicht noch einmal überdacht werden. Geschenke im Kontext der vormodernen Diplomatie benötigten nun einmal Öffentlichkeit. Es galt, die Art und den Wert der Gabe sowie das Verfahren ihrer Übergabe nach außen zu kommunizieren. Mitunter fand Diplomatie aber im Verborgenen statt (sogar von Geheimdiplomatie kann die Rede sein) – Geschenke waren da eher hinderlich. Doch wo bleiben die postulierten „Grundlagen“, wenn es auch ohne Geschenke ging. Vielleicht wäre es nützlicher, vom Gabentausch als Mittel der Diplomatie zu sprechen. So versah Clemens P. Sidorko seinen 2001 erschienenen Aufsatz über den Elefanten Peter des Großen mit dem Untertitel: „Gesandtschaftsgeschenke als Instrument diplomatischer Kommunikation“. Damit wird die Bedeutung des Gabentausches bei der Etablierung und Pflege diplomatischer Beziehungen sicher nicht minimiert.

Schwerin/Greifswald

TORSTEN FRIED

ELIZABETH HARDING/MICHAEL HECHT (Hg.): *Die Ahnenprobe in der Vormoderne. Selektion – Initiation – Repräsentation* (Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme 37). Rhema, Münster 2011, 434 S., 58,00 €.

Der von Elizabeth Harding und Michael Hecht herausgegebene Band geht auf eine Ende November 2009 an der Universität Münster veranstaltete Tagung zurück. Im Kontext des Sonderforschungsgebietes 496 zu „Symbolischer Kommunikation und gesellschaftlichen Wertesystemen“ diskutierte eine Reihe von einschlägig befassten Mittelalter- und Frühneuzeithistorikern über das „Denkmuster ‚Ahnenprobe‘ als Leitidee der Ständegesellschaft“ (Vorwort).

Vorangestellt ist den fünf Schwerpunkten und 15 Beiträgen des Sammelbandes eine fundierte Einleitung der Herausgeber in den Forschungsstand. Beleuchtet werden die Verbreitung von Ahnenproben, ihre Funktion als Auswahlverfahren und Einsetzungsritual, vor allem aber als Repräsentation von Abstammung und Verwandtschaft.

In der ersten Sektion geht es einführend um die Bedeutung von Verwandtschaft in der Frühen Neuzeit. Hier kann Simon Teuscher den großen Stellenwert von Verwandtschaft in der Vormoderne zeigen. Patrilinear wie matrilinear gedachte Verwandtschaft verlor offenbar erst im Zuge des patrilinear zu charakterisierenden Staatenbildungsprozesses an Gewicht. Inga Brinkmann behandelt in

ihrem Beitrag die repräsentativen Zwecke von Ahnenproben anhand von Grabdenkmälern des lutherischen Adels im 16. und frühen 17. Jh. Volker Bauer untersucht den Formularcharakter der gedruckten Ahnentafel als Herrschafts-, Wissens- und Medienordnung.

In der zweiten Sektion sind Beiträge zur Handwerksehre vom 13. bis zum 16. Jh. (Knut Schulz), zur Ahnenprobe des hohen Adels in Dom- und kaiserlich-freiweltlichen Damenstiften (Ute Küppers-Braun) und zur Praxis der Aufschwörungen in südwestdeutschen Domstiftern der Frühen Neuzeit (Kurt Andermann) versammelt. Deutlich wird die Nähe handwerklicher Inklusions- und Exklusionsmuster, der Stellenwert von Ahnenproben für Heiratsprojekte und die Aufschwörungspraxis in Domstiftern.

Der folgende Schwerpunkt ist explizit dem Stellenwert der Ahnenprobe für die Ritterschaft im Alten Reich gewidmet. Die Beiträge befassen sich mit der Aufschwörung als Abschließungs- und Integrationsmethode in der Reichsburg Friedberg (Joachim Schneider), mit der Einführung der Ahnenprobe als Mittel der sozialen Stabilisierung in der kursächsischen Ritterschaft (Josef Matzerath) und mit der Durchführung der Ahnenprobe im kurkölnischen Herzogtum Westfalen (Andreas Müller). Offenbar bewährte sich die Ahnenprobe auch in den habsburgischen Gebieten. Dies zeigen die Beiträge der vierten Sektion. Gerhard Venner beleuchtet die Ahnenproben der Ritterschaft des geldrischen Oberquartiers, Arnout Mertens Ahnenproben und Adelsdefinition in habsburgischen Territorien und William D. Godsey den Stellenwert der Ahnenprobe am Wiener Hof. An seine Bedeutungsgrenzen kam das Platzierungssystem der Ahnenprobe jedoch in den geographischen Räumen, in denen die adelige standeserhaltende Praxis des Alten Reiches mit anderen Herrschaftssystemen bzw. Eliterekrutierungsmodellen in Konkurrenz geriet; dies veranschaulichen Moritz Trebeljahr am Johanniterorden auf Malta, Leonhard Horowski anhand des französischen Hofes und Nikolaus Böttcher am Beispiel Hispanoamerikas.

Die Ahnenprobe, das führen die Beiträge des Sammelbandes in ihrer Gesamtheit aus, stellte ein Konzept vorrangig des Alten Reiches dar, mit dessen Hilfe der Zugang zu gesellschaftlich raren Gütern reglementiert werden konnte, mit dem eine spezifische, zumeist adelige Elite ihre gesellschaftliche Stellung verteidigte, sich aber auch stabilisieren und in einem konsensfähigen Zeichensystem repräsentieren konnte. Gleichzeitig blieb der Zugang zu über Ahnenproben exklusiv abgeschlossenen Formationen stets aufs Neue verhandelbar und damit die Überwindung von solchermaßen gesetzten Schranken ein sichtbares Zeichen gelungenen Aufstiegs.

Insgesamt ist ein spannender vielschichtiger Band entstanden, der einen umfassenden Überblick über den derzeitigen Forschungsstand zum Thema Ahnenprobe dokumentiert.

München

SYLVIA SCHRAUT

KRISTINA HÜBENER/ANDREAS LUDWIG/RENÉ SCHREITER (Hg.): *Soziale Stiftungen und Vereine in Brandenburg. Vom Deutschen Kaiserreich bis zur Wiederbegründung des Landes Brandenburg in der Bundesrepublik* (Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg 22). Be.bra, Berlin 2012, 376 S. (zahlr. Abb.), 30,00 €.

Die Geschichte und Gegenwart von sozialen Stiftungen und Vereinen in den neuen Bundesländern sind auch über zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung noch weitgehend unbekannt. Eine Ausnahme ist dieser Sammelband über das heutige Bundesland Brandenburg mit ersten Forschungsergebnissen über die Entwicklung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik Deutschland.

Der Band beginnt mit zwei Einführungen zur eher allgemeinen Entwicklung der Stiftungslandschaft „mit Blick auf Berlin-Brandenburg“ (S. 11) von Katrin Kowark und einer thematischen Einführung durch Andreas Ludwig. Das Hauptkapitel enthält neun Fallstudien über die oftmals komplizierten und differenzierten Wege der Zusammenschlüsse. Im ersten von Daniel Seeger stammenden Beitrag geht es um die älteste im Jahr 1328 gegründete Stiftung Sankt Georgen-Hospital zu

Bernau. Deren Zielgruppe waren Kranke, Arme, Alte und Invaliden, „die ihren Lebensunterhalt nicht mehr selbst bestreiten konnten“ (S. 63). Anschließend stellt René Schreiter den Weg des „Großen Militärwaisenhauses zu Potsdam“ zur heutigen Stiftung „Großes Waisenhaus zu Potsdam“ dar. Helmut Bräutigam informiert über die Einrichtungen des Evangelischen Johannesstifts und Hanns-Peter Giering über die „Marie-Jonas-Stiftung“ in Eberswalde. Kristina Hübener beschreibt mit Renate Witzleben die Entwicklung des von der Frauenhilfe des Evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins gegründeten Mädchenheims zur Wichern Diakonie Frankfurt (Oder) e. V. Weitere Themen sind die Entstehungsgeschichte der Samariteranstalten Fürstenwalde (Jens C. Franze/Wolfgang Rose/Paul-Gerhardt Vogel) und die Richard-Hellmann-Stiftung in Vetschau (Lutz Gebhaus).

Etwas ausführlicher sei auf das Wirken des Deutschen Vereins zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen in Brandenburg hingewiesen. In ihrer Untersuchung geht Petra Fuchs auf die interessante Geschichte des Heilerziehungsheims in Templin ein und erinnert an das breite Spektrum des Engagements von Ruth von der Leyen – „Gründerin einer Reihe heilpädagogischer Heime und Einrichtungen der Erholungsfürsorge in der Provinz Brandenburg“ (S. 247) – sowie an Franz Kramer. Von ihm stammte die „erste grundlegende Forschungsarbeit“ (S. 247) zum Phänomen der am Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom erkrankten Kinder, die er 1932 mit seinem jüdischen Kollegen Hans Pollnow publizierte. Diese Lebenswege sind durch den Nationalsozialismus nachhaltig behindert worden.

Der Beitrag von Tobias Scholta über die Gesundheitsfürsorge des Verbandes der Vaterländischen Frauenvereine in Eberswalde schließt die Darstellung der sozialen Stiftungen und Vereine in Brandenburg ab. Ergänzend aufgenommen wurde ein Beitrag von Christoph Schöngart und Simone Wuschech über die kurze Geschichte des Integrationsamtes des Landesamtes für Soziales und Versorgung in Brandenburg.

Der dritte Abschnitt enthält zwei Aufsätze von Lutz Mieke und Hannes Riemann zur Stiftungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR, bei denen es aufgrund der sehr ähnlichen Thematik zahlreiche Überschneidungen gibt. Einen Blick auf die Gegenwart ermöglichen eine kurze Darstellung zum Stiftungsgesetz in Brandenburg sowie eher allgemeine Betrachtungen – als „Annäherung“ (S. 363) ausgewiesen – zu sozialen Stiftungen und Vereinen zwischen moderner Daseinsfürsorge und vorsorgendem Sozialstaat durch die Präsidentin des Landessozialamtes Liane Klocke.

Die Texte des reichhaltig bebilderten und sehr informativen Bandes stammen neben wissenschaftlich Tätigen oft von Personen, die in unterschiedlicher Form für die Stiftungen und Vereine verantwortlich sind bzw. waren, so beispielsweise als Vorsitzender des Vorstandes, Vorstandsmitglied, Direktor, Liquidator oder Archivar.

Berlin/Potsdam

KURT SCHILDE

KURT LUDWIG JOOS: *Schwieriger Aufbau. Gymnasium und Schulorganisation des deutschen Südwestens in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg* (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe A: Quellen 55). Kohlhammer, Stuttgart 2012, 822 S., 62,00 €.

Die Geschichte der Schule entscheidet sich im föderalen Deutschland in den einzelnen Ländern, Studien in dieser Fokussierung verdienen deshalb besonderes Interesse. Wenn dann noch einer der beteiligten Akteure eine Analyse vorlegt, nicht autobiographischer Natur, sondern gefiltert durch sehr intensive Quellenstudien, dann darf man besonders neugierig sein. Karl Ludwig Joos, von 1959 bis 1991 im baden-württembergischen Kultusministerium und vor allem für die Lehrerbildung aktiv, legt eine solche Studie vor, und sie verdient große Anerkennung und Beachtung. A. Schindling, der Reihenherausgeber, begründet ihre etwas eigenartige Zuordnung zu den „Quellen“ damit, dass die

Arbeit „historische Forschung mit Zeitzeugenschaft [verbindet]“ und insofern als „Text sui generis“ zu betrachten sei (S. V). Das wird man einräumen, weil Joos nicht nur nach 1960 die Bildungspolitik im Ministerium, sondern auch die Bildungsgeschichte nach 1945 als Student und Lehrer unmittelbar erlebt hat. Aber er stellt die Zeit von 1945 bis zum Ende der Amtszeit des Kultusministers Hahn (1978), die Geschichte der drei südwestdeutschen Teilstaaten unter französischer und amerikanischer Besatzung, die Gründung des Südweststaates und seine vereinheitlichende bildungspolitische Gestaltung, nicht primär als Zeitzeuge vor, sondern historiographisch. Die Darstellung ruht immer auf einem immensen Quellenfundus (mit gelegentlich ausufernden Fußnoten und intensiven Rückblicken in die Zeit vor 1945); zwar durchgehend von einer philologisch-gymnasialen Perspektive geprägt, analysiert Joos aber mit einem weiten Blick für den Kontext der Bildungspolitik, für die elende soziale Lage nach 1945, den Hunger und die Not, den Zustand der Schulen und Universitäten, die Lage von Lehrern, Kindern und Eltern, die Mühsal des Wiederaufbaus im Widerstreit alliierter Pläne und deutscher Interessen, auch lokal und für einzelne Schulen. Bevor dann die Bildungspolitik in Baden-Württemberg Thema wird, hat man auf mehr als 600 Seiten eine überaus detaillierte, klar strukturierte und immer lesbar erzählte Geschichte der Nachkriegszeit bekommen, in der Gesamtbotschaft z. B. über Entnazifizierung, Umerziehung oder die letztlich scheiternde Bildungspolitik der Besatzungsmächte nicht völlig neu, aber für den Kontext und in der ereignis- und personengeschichtlichen Dimension – man lasse sich vom Register auf die Spuren von Raymond Schmittlein führen! – informativer als alle vorliegenden Studien, die es über die Bildungspolitik nach 1945 gibt. Für Baden-Württemberg gliedert er dann nach den Kultusministern, mit G. Schenkel (1952–1953), W. Simpfendörfer (1953–1958), G. Storz (1958–1964) und W. Hahn (1964–1978). Die Konstitution eines sich auch bildungspolitisch und -systemisch vereinheitlichenden Staates sowie, unter Hahn, die retrospektiv so paradox anmutende Politik einer konservativ grundierten, dennoch umfassenden, auch in Bildungsplanung und Bildungsforschung – von Dahrendorf bis Flitner und Picht (u. a.) – stark fundierten Modernisierung des gesamten Bildungssystems in ihren typischen Zäsuren und Handlungsmustern gewinnt dadurch große Plastizität. Hier profitiert der Leser davon, dass Joos auch Eltern, wie die reformbewusste Unternehmerin G. Freudenberg, oder Kirchen und die entscheidenden Akteure – die er primär im Ministerium sucht – aus der Nähe kennt, führende Beamte (P. H. Piazzolo im Umkreis von Hahn) als Individuen und als machtbewusste Gestalter charakterisieren kann, die Eigenlogik administrativer Perspektiven nicht ignoriert und – wenn auch für meinen Geschmack etwas knapp – die Aktivitäten auf Bundesebene, z. B. der KMK oder des Deutschen Ausschusses und des Bildungsrats, und sich wandelnde Umwelten, wie die Studentenbewegung, in ihren Rückwirkungen auf das bildungspolitisch zum Modell werdende Baden-Württemberg klug und mit der nötigen Reserve darstellt. Am Ende hält er, mahnend, dann fest, dass für alle Bildungsgeschichte schließlich nicht Politik „entscheidend“ sei, sondern das, „was in einer bestimmten Unterrichtsstunde vom Lehrer vermittelt und von seinen Schülern verstanden und aufgenommen wird“ (S. 805) – und man wird ihm nicht widersprechen, auch wenn man, unbescheiden geworden, feststellen muss, dass diese Perspektive etwas fehlt. Aber das wäre ein anderes Buch, das man sich allerdings auch von Joos wünscht.

Berlin

HEINZ-ELMAR TENORTH

MARKO KREUTZMANN: *Die höheren Beamten des Deutschen Zollvereins. Eine bürokratische Funktionselite zwischen einzelstaatlichen Interessen und zwischenstaatlicher Integration (1834–1871)* (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 86). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012, 404 S. (20 Tab.), 59,99 €.

Im Anschluss an die grundlegenden Arbeiten von Hans-Werner Hahn und einen gemeinsam von diesem und Marko Kreutzmann 2012 herausgegebenen aspektreichen Sammelband *Der deutsche Zollverein* unternimmt es Kreutzmann vorliegend, die 244 Beamten des Zollvereins sozialstrukturell

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

und in ihrem politischen Handeln zu untersuchen. Einleitend bettet Kreutzmann sein Thema in mehrere historiographische Kontexte ein, die über die engere Geschichte des Zollvereins hinausgehen, nämlich die gesellschaftlich-kommunikative Nationsbildung, die Verwaltungskultur und die Beziehungsgeschichte zwischen der Zollvereinsvormacht Preußen und den deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Die Analyse des sozialen Profils der Teilnehmer der Generalkonferenzen, der Bevollmächtigten und der untergeordneten Stationskontrolleure fällt sehr gründlich aus und geht auf gesellschaftliche bzw. berufliche Herkunft, Bildungsgang sowie personale Netzwerke ein. In einem eigenen Kapitel geht es um die Verleihungen von Orden an die Zollvereinsfunktionäre, denn die Mitgliedsstaaten vergaben solche Anerkennungen (Preußen ca. 150, Bayern 50) nicht nur an die eigenen Beamten, sondern auch an die anderer Vertragssignatäre. Detaillierte Biogramme der 244 Männer nebst zugehörigen bibliographischen Nachweisen (S. 237–341) machen den Band zugleich zu einem für Forscher unabdingbaren Nachschlagewerk.

Kreutzmann erarbeitet sein zweites Kernstück, das politische Denken bzw. Handeln der Verwaltungselite, ebenso umfassend wie sorgfältig aus der älteren und neueren Literatur sowie der Durchsicht der einschlägigen Akten des Preußischen Geheimen Staatsarchivs und von neun deutschen Staatsarchiven. Diese Leistung ist hoch zu schätzen. Kreutzmanns abgewogenen Ergebnissen zufolge verfolgte zwar die erste Generation der Zollvereinsbeamten bis 1848 kaum nationalpolitische Ziele, aber setzte sich geschickt und erfolgreich für die mehrmalige Verlängerung des Zollpaktes ein. Denn diese war an drei Krisenpunkten (1839/40, 1852/53, 1862/63) keineswegs sicher. Insbesondere in Preußen gab es (konservative) Kräfte, die ein ungebundenes und finanziell selbständiges Preußen bevorzugten gegenüber dem mit Klein- und Mittelstaaten vereinbarten Pakt. Unter den Akteuren stellt Kreutzmann mehrere Zentralfiguren heraus, z. B. Rudolf Delbrück (Preußen), A. Ch. Weinlig (Sachsen), Karl Bever (Bayern) oder H. L. Biersack (Darmstadt). Diese hohen Beamten bewogen ihre in politischer Hinsicht pro-österreichischen Regierungschefs (u. a. Ludwig v. d. Pfurten in Bayern oder Karl v. Dalwigk in Hessen), der Verlängerung der Vertragsbindung mit Preußen zuzustimmen. Im Sinne der heute dominanten Relativierung der Bedeutung des Zollvereins für die Nationalstaatsgründung überhöht auch Kreutzmann nicht die Bedeutung der Zollvereinsbeamten. Vielmehr benennt er (S. 235) klar fünf grundlegende Faktoren für die Wirtschaftskooperation ab 1834, nämlich deutsche territoriale Kleinteiligkeit und das Übergewicht Preußens, die wirtschaftlich-finanziellen Vorteile und die (situativ divergierenden) politischen Interessen der Regierungen sowie die wachsende Bedeutung der nationalbewegten öffentlichen Meinung. In diesem Pentagonum agierte die bürokratische Funktionselite allerdings als einigendes Element und trug so mittelbar dazu bei, dass der Zollverein 1867/68 in das reichsdeutsche Zollparlament mündete.

In einem Schlusskapitel skizziert der Autor zusätzlich die Debatte um die Erinnerung. Denn mit der Wende Bismarcks hin zum Schutzzoll ab 1876 geriet die Erinnerung an den Zollverein zum politischen Streitgegenstand. Gegen Bismarck betonten Linksliberale damals den freihändlerischen und bürgerlich-liberalen Charakter des Zollvereins als Grundlage der Reichsgründung, während der Kanzler diese Komponente klein zu halten suchte und letztlich im politischen Bewusstsein des Kaiserreichs das preußisch-militärisch-obrigkeitsstaatliche Deutungsmuster obsiegte. Kreutzmanns Werk ist klar gegliedert, gut geschrieben, ausgewogen argumentiert und insgesamt Pflichtlektüre für jeden am Thema näher Interessierten.

Berlin

HARTWIN SPENKUCH

ULRIKE LUDWIG/BARBARA KRUG-RICHTER/GERD SCHWERHOFF (Hg.): *Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne* (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven 23). UVK, Konstanz 2012, 369 S. (32 Abb.), 54,00 €.

Wir kennen sie, die Bilder von Politikern, die im Parlament sich gegenseitig provozieren und unter den Augen der Kamera prügeln. Wir kennen sie, die Nachrichten von Autofahrern, die sich gegen-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

seitig ein Wettrennen auf der Autobahn liefern und den Kick der Todesgefahr suchen. Wir können sie beobachten, die kleinen Jungs, die im Spiel als Ritter verkleidet und mit Holzschnitzern versehen sich gegenseitig zum Kampf herausfordern und auf den Rasen niedersinkend den Heldentod sterben. Zweikampf (unter Männern) hat auch heute viele Seiten.

Im Sammelband reichen die vielfältigen Erscheinungen des männlichen Ehrenkampfs von mittelalterlichen Idealen des Turniers bis zu gewaltsamen Konflikten zwischen muslimischen Jugendlichen im heutigen Deutschland. Die Herausgeber wollen die „Logiken des Phänomens Duell als kultureller Praktik“ beleuchten und lenken mit Beiträgen etwa zu den Zweikampfforderungen von Kaisern und Königen oder bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Soldaten, Handwerkern, Studenten und Offizieren den Blick auf das Alte Reich, England und Frankreich der Frühen Neuzeit und Sattelzeit. Wer Beiträge ausschließlich zum klassischen Duell – der Begegnung zweier ehrenhafter bürgerlich-adliger Männer, die sich zur Klärung eines Konflikts nach ritualisierten Regeln mit Waffen einem Zweikampf bis auf den Tod stellen – erwartet, wird angesichts des Titels irritiert sein. Wenn die Herausgeber in der Einleitung auch ausführen, dass sie den Duellbegriff analytisch als Idealtypus (das klassische Duell) wie auch praxeologisch als ritualisierte Form gewalttätiger Zweikämpfe verstanden wissen wollen, wird nicht recht deutlich, was mit dieser ambigen Verwendung des Begriffs gewonnen ist. Warum nicht einfach sagen, dass das klassische Duell eine spezifische Variante von Zweikämpfen ist und damit die „Ehrenkämpfe“ aus dem Untertitel in den Obertitel befördern? Die Beiträge beantworten diese Frage nicht, weil sie die von den Herausgebern vorgeschlagene Begrifflichkeit konzeptionell kaum oder gar nicht diskutieren.

Dessen ungeachtet wartet der Sammelband mit informationsreichen und theoretisch reflektierten Beiträgen auf. Die Einleitung informiert die Leserinnen und Leser übersichtlich und verständlich über den Forschungsstand zu Mittel- und Westeuropa. Das Konzept, die insgesamt 25 Beiträge unter den Gesichtspunkten „Vor- und Frühgeschichte des Duells“, „Diskursfelder“, „Praktiken im ständischen Kontext“ und „Darstellungskonventionen“ zu systematisieren, geht auf. Vom Abschlusskapitel zu den Darstellungskonventionen in der bildenden Kunst und im Film abgesehen, das deswegen als Anhängsel wirkt, welches nicht so recht eingeordnet werden konnte, runden Kommentare die einzelnen Sektionen ab. Die Kommentare konzentrieren sich darauf, die Argumentation der einzelnen Beiträge in ihren wesentlichen Aussagen zu referieren, um an einzelnen Punkten einige Bemerkungen anzuschließen. Dies hat den Effekt, dass eilige Leserinnen und Leser nicht mehr die Beiträge selbst zu lesen brauchen, sondern sich die Zusammenfassung der Kommentierenden zunutze machen können. Wer eine intensivere Auseinandersetzung mit den Beiträgen wünscht, wird vom Kommentar zu den Duelldiskursen profitieren, der konzeptionell tiefer gehende und weiterführende Überlegungen anstellt.

Der breiten thematischen Ausrichtung des Bandes entspricht das weite Spektrum an Quellen, das den Beiträgen zu Grunde liegt. Ausgewertet werden Prosaliteratur, juristische Schriften, Gesetze, Gerichtsakten und (bewegte) Bilder. Disziplinär dürfen viele zu Wort kommen: Vertreterinnen und Vertreter der Geschichtswissenschaft, der Rechts- und Literaturgeschichte, der Ethnologie, der Soziologie, der Literatur- und Filmwissenschaften oder Pädagogik. Damit wird das Thema aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Besonders reizvoll wäre es gewesen, diese unterschiedlichen Ansätze nicht nur nebeneinander zu stellen, sondern sie miteinander ins Gespräch zu bringen. Den geweckten Wunsch nach einer methodisch-interdisziplinär resümierenden Abschlussdiskussion lassen die Herausgeber offen. So bleiben Aussagen wie diejenige vom „Wettbewerb als generatives Prinzip des männlichen Habitus“ für sich stehen. Dass es den Herausgebern jedoch gelungen ist, die Beiträge in einer konzeptionell dichten und reflektierten, nicht beliebigen Vielfalt zusammenzustellen, ist ein Verdienst, das man in einem Zeitalter der Sammelbandsammelsurien zu schätzen wissen wird.

Zürich

FRANCISCA LOETZ

JANE McDERMID: *The Schooling of Girls in Britain and Ireland, 1800–1900* (Routledge Research in Gender and History 13). Routledge, New York u. a. 2012, 216 S., 100,99 €.

Jane McDermid beschäftigt sich schon seit über einem Jahrzehnt mit Fragen der weiblichen Erziehung in Großbritannien im 19. Jh., beginnend mit Untersuchungen zu Schottland, die 2005 im Druck erschienen. Vorliegendes Werk war schon länger geplant und angekündigt, was den ungewöhnlich umfangreichen Anmerkungsapparat erklärt. Als Quellen wurden selbständig nur die Berichte parlamentarischer Kommissionen zum Bildungswesen herangezogen. Diese sind für Irland bereits 1824, 1847 für Wales, 1861 für England und 1866 für Schottland entstanden und als Herrschaftsinstrumente der dominierenden englischen Kultur teils stark angefeindet worden.

McDermid arbeitet die verschiedenen Faktoren heraus, die das pädagogische Feld strukturierten. Zunächst ist die Zielgruppe der weiblichen Edukanden entscheidend: Die in sich stark gegliederte Mittelklasse oder Nachkommen der Arbeiterschaft. Als wichtig für die konkrete Ausgestaltung der Mädchenbildung kann ferner das ökonomische Umfeld bestimmt werden: Die Beschulung hing davon ab, ob Mädchen als häusliche Arbeitskräfte in einem landwirtschaftlich geprägten Umfeld oder strukturschwachen Regionen zuhause benötigt wurden oder ob für sie Arbeitsplätze auf einem regionalen Arbeitsmarkt der Textilindustrie zur Verfügung standen. Die charakteristischen regionalen Ungleichgewichte blieben im 19. Jh. bestehen. Nicht genderspezifisch, aber von bleibender struktureller Bedeutung waren die regionalen Traditionen im Bildungssystem, etwa die für demokratisch gehaltene Tradition der koedukativen schottischen Pfarrschulen, was auf die jeweilige kirchlich-konfessionelle Prägung als Einflussfaktor verweist. Inhaltlich unverändert blieb das Rollenbild der Frauen im ganzen 19. Jh. Es war auf die Funktion als Mutter und Ehefrau fixiert. Außerdem dominierte die Klassenzugehörigkeit den Gender-Aspekt. Auch die katholischen Mädchenschulen Irlands, meist von weiblichen Orden geführt, sollen dem viktorianischen Frauenbild gefolgt sein. Hier bleibt aber offen, wie die Nonnen ihren eigenen Nachwuchs rekrutieren und motivieren konnten, da sie selbst „future wives of working men“ nicht entsprachen.

Damit sind die verschiedenen Prozesse und bildungspolitischen Debatten des 19. Jh.s erreicht, etwa die Diskussion um geschlechtsspezifische Bildungsinhalte, die sich nicht mit Koedukation vertrugen und zu einer Trennung nach Fächern führten, beispielsweise Latein für Jungen und Nähen für Mädchen. Typisch weibliche Tätigkeiten, zum Beispiel Kochen und Handarbeiten, wurden forciert: bestimmt für eine Ehefrau und propagiert von Mittelschicht-Frauen, die sich im Bildungssystem, etwa in der im 19. Jh. dominanten regionalen Schulaufsicht, engagierten. Die Teilkönigreiche versuchten einerseits gegenüber der sprachlichen Zentralisierung durch das Englische, die das Walisische wie das Gälische verdrängte, durch Beschulung Identität zu bewahren, mussten aber andererseits dem Druck der Eltern nachgeben, die die sichere Beherrschung des Englischen für ihre Kinder als Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg ansahen. Auffällig ist die deswegen akzeptierte Bildungsmobilität, um einen missliebigen Akzent durch einen Aufenthalt in England abzustreifen.

Gewichtig ist die Beschreibung weiblicher Unterrichtstätigkeit im Spannungsfeld der Tradition der Hauslehrerin und der sich professionalisierenden Ausbildung, die von Eigeninitiative weg über Fortbildungseinrichtungen zu echten Lehrerbildungsanstalten führte, die mit Universitäten zusammenarbeiteten. Damit eröffnete sich Frauen ein Berufsfeld, auf dem sie rasch dominant wurden – wenngleich nicht auf den Leitungsebenen. Neben dieser Feminisierung des Lehramts hält McDermid insbesondere für wichtig, dass sich damit die untere Mittelklasse ein sozial angesehenes Arbeitsfeld schuf. Die meisten Universitäten öffneten sich zwar, inklusive der Gründung eigener Koch-Schulen, aber der Anteil weiblicher Studenten blieb gering. Staatliche Eingriffe erfolgten nur, um die moralische Erziehung, die man von der Industrialisierung bedroht sah, zu fördern. Diese blieben allerdings von der Angst, die Unterschicht zu verbilden, beschränkt. Da nachweisbare Bildung den sozialen Status zu schädigen vermochte, erwarb nur eine Minderheit der Mädchen einen Schulabschluss: Der Zweck der Bildung lag nicht in einer formalen Qualifikation, die einen späteren Beruf fundierte, sondern war anders als bei den jungen Männern bereits von einer feststehenden Lebensaufgabe bestimmt.

Leider war McDermid unentschlossen, ob sie eine Geschichte oder einen Forschungsbericht

vorlegen wollte. Ihr gelang es nicht, die vier Abschnitte mit einer sachgerechten Disposition zu versehen, die einen argumentativen Aufbau ersichtlich macht. Die Grobgliederung unter anderem in verschiedene Gesellschaftsschichten wird kaum eingehalten, und natürlich überkreuzt sich dies mit verschiedenen Schultypen und allgemeinen Entwicklungen. Den zusammenfassenden Charakter der Studie beeinträchtigt dies jedoch nicht.

Bayreuth

STEFAN BENZ

FLORIAN MILDENBERGER: *Medikale Subkulturen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Gegner (1950–1990). Die Zentrale zur Bekämpfung der Unlauterkeit im Heilgewerbe* (Medizin, Gesellschaft und Geschichte, Beiheft 41). Steiner, Stuttgart 2011, 188 S. (15 Abb.), 36,00 €.

In einer kürzlich erschienenen Publikation des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart, widmet sich Florian Mildenberger den „Medikalen Subkulturen in der Bundesrepublik Deutschland“. Im Zentrum seiner Betrachtung steht die „Zentrale zur Bekämpfung der Unlauterkeit im Heilgewerbe“ (ZBUH). Die ZBUH wurde in den Jahren 1951/52 von dem Arzt Roman M. Schüppert als Nachfolgeorganisation der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums“ (DGBK) gegründet, die vor dem Krieg mit den Mitteln der Agitation, Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung gegen Laienbehandler zu Felde gezogen war. Allerdings hatten sich die Zeiten geändert. Die Kurierfreiheit existierte im Nachkriegsdeutschland nicht mehr, und die ideologische Agitation gegen die mittlerweile etablierten Verfahren der Alternativmedizin fand kaum noch Resonanz. Da der Hauptgegner verlorengegangen war, agitierte Schüppert gegen fragwürdige Wunder- und Allheilmittel, namentlich Radium-Trinkkuren, Schwachstromgeräte, Mello-Röhrchen zur Darmgasentleerung, Heilschlamm, Gelee royale, Plazentaextrakte und andere obskure Produkte, die den noch weitgehend unregulierten Markt überschwemmen. Mildenberger erkennt in dem Geschehen den Kampf einer „ärztlich-standesgemäßen sozialen Bewegung“ gegen eine „medikale Subkultur“. Belege für diese Einschätzung lassen sich jedoch kaum finden. Schüppert betrieb die Geschäfte der ZBUH aus dem Wohnzimmer seiner Privatwohnung. Eine Gründungsurkunde oder Satzung ist nicht zu finden. Auch fehlen Angaben, ob es neben Schüppert weitere Mitglieder gab. 1964 gelang es Schüppert, in Gerhard Rose einen Nachfolger zu finden, der die Geschäfte noch einige Zeit in Nebentätigkeit fortsetzte, bevor die ZBUH – wie Mildenberger schreibt – „sang- und klanglos verschwand“ (S. 6). So wenig die Darstellung der ZBUH als mächtige Standesorganisation überzeugt, so gering sind die Belege Mildenbergers für die Existenz einer „medikalen Subkultur“ als Träger der obskuren Medizinprodukte und Heilmittel. Mildenberger konstatiert einen Vertrauensschwund gegenüber der gesamten Ärzteschaft, der sich „aus den negativen Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, der totalen Ignoranz gegenüber dem Leiden der Menschen bei Skandalen und der Selbstherrlichkeit von Ärzten und Apothekern“ (S. 12) speiste. Etwa 10 bis 20 Prozent der westdeutschen Bevölkerung habe in den 1950er und 60er Jahren „allen Grund“ gehabt – so Mildenberger –, „sämtlichen staatlich anerkannten Medizinalpersonen grundsätzlich zu misstrauen“ (S. 15). Aus den wenigen, von Mildenberger präsentierten Resultaten demoskopischer Untersuchungen lässt sich jedoch allenfalls eine gewisse Unzufriedenheit herauslesen. Für eine prinzipielle Abkehr weiter Bevölkerungskreise vom System der medizinischen Versorgung einschließlich der etablierten Alternativmedizin (!) existieren keine Anhaltspunkte. Mildenberger vermag keine Akteure, Gruppierungen, Zusammenschlüsse oder Medien der behaupteten Subkultur zu benennen. Die Annahme eines Konflikts zwischen sozialen Gruppierungen ist aus einem weiteren Grund fragwürdig. Schüpperts Agitationen richteten sich nur gegen wenige Hersteller fragwürdiger Heilmittel und Medizinprodukte. Die breite Bevölkerung hingegen versuchte er durch Aufklärung vor unlauteren Therapieangeboten und unseriösen Heilungsversprechen zu schützen. Dass dieses Selbstverständnis Schüpperts nicht gänzlich abwegig war, zeigt die Einschätzung Mildenbergers, der den fraglichen Mitteln be-

stenfalls einen Placeboeffekt zugesteht, sie ansonsten aber als unnütz oder sogar schädlich verwirft. Die ZBUH unter dieser Voraussetzung als ausschließlich repressive Institution der Kontrolle und Entmündigung von Kranken darzustellen, ist nicht unmittelbar einsichtig. Mit mindestens gleicher Berechtigung ließe sich die ZBUH in eine Traditionslinie der wissenschaftlichen Aufklärung einordnen, die von der DGBK über die ZBUH bis zu Publikationen der Verbraucherschutzorganisation Stiftung Warentest („Die andere Medizin“) und der Skeptikervereinigung GWUP verläuft. Diese Sichtweise wird vom Autor jedoch nicht einmal in Erwägung gezogen, geschweige denn diskutiert.

Zusammenfassend haben wir es mit einer Untersuchung zu tun, die ein interessantes, bislang wenig beachtetes Thema aufgreift. Der Autor fasst das Geschehen jedoch unter Prämissen, die zu einer einseitigen und verzerrenden Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes führen. Die ganze Schiefelage des Ansatzes zeigt sich in der Feststellung Mildenbergers, der Konsum fragwürdiger Heilmittel und Medizinprodukte sei als „Symbol für den Unabhängigkeitswillen“ (S. 17) der Bevölkerung anzusehen – so als ob sich die Opfer betrügerischer Machenschaften ihr Schicksal jemals frei und selbstbestimmt gewählt hätten.

Düsseldorf

UWE HEYLL

JENNY PLEINEN: *Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg* (Moderne Zeit 24). Wallstein, Göttingen 2012, 420 S. (50 Grafiken), 42,00 €.

Dieses Buch, ursprünglich eine Trierer Dissertation, beruht auf einer imponierend breiten Forschungsbasis. Um dies zu erkennen, bedarf es gar nicht des Literaturverzeichnisses von immerhin 61 Seiten. Die Verfasserin benutzt neben veröffentlichtem Material ausgiebig internen Behördenschriftwechsel in 159 Aktenbeständen aus staatlichen Archiven beiderseits der Grenze sowie 1.861 Einzelfallakten, von denen alle deutschen von der Kreisaufländerbehörde Wesel stammen (nur dort wurde Aktenbenutzung gewährt), 70 Prozent der belgischen von der *Police des étrangers*, der Rest aus der wallonischen Gemeinde Seraing. Die ausgewählten Einzelfall-Dossiers waren das Ergebnis von „repräsentativen Stichproben“ und „Zufallsstichproben“.

Der erste Teil des Buches bietet eine Geschichte der beiden Migrationsregimes von 1945 bis 2009 (mit Rückblicken auf die vorangegangenen zwei Jahrzehnte), orientiert an den Etappen, die beiden Staaten gemeinsam waren: Beginn der europäischen Integration, die europäische Freizügigkeit und der Anwerbestopp von 1973/74. Die Auswirkungen dieser Einschnitte auf die Migrationsregime werden ebenso detailliert beschrieben wie die je eigenständigen Entwicklungen in beiden Staaten.

In einem etwas längeren zweiten Teil „zoomt der Fokus der Arbeit auf die Ebene der einzelnen Biographien herunter“ (S. 21), also auf die Schicksale von Migranten, wie sie sich in den erwähnten 1.861 Personendossiers (mit je ca. 50 Dokumenten) spiegeln. Hier wird eine Reihe von ausführlichen individuellen Fallbeispielen geboten, vor allem aber die Migranten-Seite anhand einer Kollektivbiographie analysiert, geordnet nach „Inklusionschancen“ (mit einem „Zugangsticket“ als erstem Schritt) und „Exklusionsrisiken“. Nicht in allen Fällen lassen sich dabei die methodischen Verfahrensweisen nachvollziehen. Neben dem Kernthema werden auch zugehörige Aspekte der Geschichte beider Staaten, der belgische Sprachenkonflikt, die relevanten Aspekte der europäischen Integration und (sehr knapp) die belgisch-deutschen Beziehungen behandelt.

Die Verfasserin konstatiert am Ende ihres Werkes, es zeige „für die Migrationsgeschichten Belgiens und der Bundesrepublik fruchtbare Befunde“ (S. 316). Das ist sicher richtig. In ihrem „Fazit und Schluss“ nennt sie die unterschiedlichen administrativen Zuständigkeiten, den Familiennachzug, Anwerbestopp, Integrationsbemühungen und rasches Ansteigen der Zahl von Asylsuchenden, Bedingungen der Einbürgerung, Ausweisungen und die Bedeutung von Familien-Netzwerken etc. Ein pauschaler Vergleich der beiden Migrationsregimes fehlt, vielleicht weil die Detailkenntnisse

der Verfasserin einer undifferenzierten Aussage im Wege standen. Der Rezensent ist da unbefangener (und ungenauer): Nicht in den institutionellen Kanälen, wohl aber in den Ergebnissen waren die beiden Migrationsregime sehr ähnlich. In mancher Hinsicht war Belgien etwas liberaler, doch die Unterschiede wurden im Zeitverlauf geringer, indem die Bundesrepublik häufig ein paar Jahre später nachzog. Verbleibende Ungleichheiten wurden durch die zunehmende europäische Integration weitgehend abgebaut.

Zwei erwähnenswerte Schwächen hat dieses Werk. Eine Menge Arbeit erforderten sicher die 49 Balkendiagramme (zusammen mit einem „Verzeichnis der Grafiken“ sowie 18 Seiten „Erläuterungen zu den Grafiken“, d. h. die Zahlenangaben). Nun sind die Schattierungen durchaus zu unterscheiden, die winzigen Felder der Benennungen dagegen kaum zu erkennen und deshalb nur mühsam zuzuordnen. Der Leser kann schnell die Lust verlieren, sich dieser Mühe zu unterziehen.

Bei der enormen Detailfülle und dem quasi enzyklopädischen Charakter des Buches – man gewinnt den Eindruck, es gebe zum Thema keine Frage, die unbeantwortet bleibt – wird es vermutlich häufiger zum Nachschlagen benutzt als zur Lektüre von Anfang bis Ende. Umso bedauerlicher ist das Fehlen eines Registers. Beides tut der inhaltlichen Qualität keinen Abbruch, wohl aber der Benutzbarkeit. Eine Frage bleibt allerdings ohne Antwort: Warum eigentlich neben der BRD gerade Belgien?

Schnepfenthal

WOLFGANG HELBICH

ANDREAS WEIGL: *Bevölkerungsgeschichte Europas. Von den Anfängen bis in die Gegenwart* (UTB 3756, Geschichte). Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2012, 210 S. (1 Abb., 10 Tab., 4 Grafiken), 16,99 €.

Die vorliegende Publikation beinhaltet eine systematische Übersicht großer Entwicklungslinien der Demografiegeschichte Europas. Dabei werden globale Bezüge hergestellt sowie Ergebnisse relevanter Fachdisziplinen wie der Klimageschichte, Sozialgeschichte, Medizin und Archäologie in den Erklärungskontext der historischen Demografie einbezogen. Nicht zuletzt spiegelt das umfangreiche, keineswegs auf historisch-demografische Publikationen beschränkte Literaturverzeichnis diesen Sachverhalt wider. Zunächst untersucht der Autor in einem kurzen Abriss die Quellen der europäischen Bevölkerungsgeschichte und diskutiert dabei die methodischen Probleme und Defizite vormoderner Volkszählungen ebenso wie die bisher nur unzureichende Erfassung von Migrationsbewegungen. Insgesamt ergibt sich hinsichtlich der Qualität und Quantität der erfassten Daten ein differenziertes und disparates Bild der europäischen Bevölkerungsgeschichte. In kritischer Auseinandersetzung mit dem malthusianischen Konzept verweist Weigl auf dessen Erklärungsgrenzen insbesondere hinsichtlich der Unterschätzung technologischer Potentiale bei der Nahrungserzeugung, der Effekte internationaler Arbeitsteilung und der differenzierten Wirkung von Infektionskrankheiten. Er unterscheidet zwei grundlegende Phasen der europäischen Bevölkerungsgeschichte und sieht die von Malthus beschriebenen *preventive* und *positive checks* in der vormodernen Phase auch nur bedingt und nicht im Sinne eines allgemein gültigen demografischen Regimes wirksam. Das durch die Krisenmortalität und -fertilität bedingte Auf und Ab der vormodernen demografischen Entwicklung wird durch eine kontinuierliche, wenngleich auch im 20. Jh. sich verlangsamende Wachstumsphase der Industriegesellschaft abgelöst. Zu den die vormoderne Bevölkerungsentwicklung maßgeblich beeinflussenden Faktoren zählten die epidemischen Seuchen, vor allem die Pest, deren Auswirkungen auf die europäische Bevölkerungsgeschichte im Kapitel Fünf diskutiert werden. Besonders die Pestepidemie Mitte des 14. Jh.s trug zu einem vorläufigen Ende der hochmittelalterlichen demografischen Expansion bei. Diese Prozesse werden durch anschauliches statistisches Zahlenmaterial verdeutlicht. Ein sich im Mittelalter in weiten Teilen Europas herausbildendes spezifisches Heiratsverhalten wird als wesentlicher fertilitätsregulierender Faktor in seiner sozialökonomischen Dimension in einem weiteren Kapitel erörtert. Auch hier werden Unterschiede innerhalb Europas und darüber hinaus im

globalen Kontext gekennzeichnet. Im Weiteren gibt der Autor eine kritische und differenzierte Analyse des demografischen Übergangs in Europa, der von einem grundlegenden Wandel der Fertilität und Mortalität geprägt ist. Den säkularen Mortalitätsrückgang diskutiert Weigl anhand des Modells des epidemiologischen Übergangs. Soziale und geschlechtsspezifische Unterschiede der historischen Sterblichkeitsverhältnisse werden unter Einbeziehung sozioökonomischer und biomedizinischer Erkenntnisse differenziert dargestellt. Ebenso analysiert der Autor die Entwicklung des Fertilitätsniveaus, wobei das Heiratsregime bis in das 19. Jh. eine zentrale Rolle spielte. Dabei werden als Gründe für regionale und schichtspezifische Fertilitätsdifferenziale in Europa biologisch-physiologische und kulturelle Faktoren angeführt. In einem abschließenden Kapitel wird die Wandlung Europas vom Auswanderungs- zum Einwanderungskontinent beschrieben und aufgrund der damit zusammenhängenden differenziellen Fertilität von einer „dritten demografischen Transition“ im europäischen Kontext gesprochen. In globaler Hinsicht sieht Weigl die teilweise Angleichung an europäische Verhältnisse, wobei die unterschiedlichen demografischen Kulturen eine große Beharrungskraft und eigenständige Transformationen besitzen, „die über den Weg transkontinentaler Wanderungen ihren Einfluss auf das künftige demografische Gesicht Europas, diese Prognose sei gewagt, nicht verfehlen werden“ (S. 175).

Berlin

RALPH-JÜRGEN LISCHKE

JÜRGEN WENZEL: *Armut und Armenfürsorge in Spanien in der Frühen Neuzeit. Studien zur Sozialgeschichte Pamplonas im 16. Jahrhundert*. Solivagus, Kiel 2012, 283 S. (4 Abb., 6 Tab.), 52,00 €.

Die Abhandlung hat die Dissertation des Verfassers zur Grundlage und folgt einem in den letzten Jahren bemerkenswerten Forschungstrend, der leider zu selten die Beziehung zu den Untersuchungen der Sozialwissenschaften herstellt, die der aktuellen Situation verpflichtet sind (et vice versa). In der anzuzeigenden Arbeit wird aber zumindest ein Beobachtungsraum gewählt, der nur selten oder lediglich bedingt im Mittelpunkt des Interesses steht: Spanien – Navarra – Pamplona.

Aus den höchst sparsamen „Anmerkungen zum Forschungsstand“ (S. 18 f.) ragt die verfehlte Kritik an Catharina Lis und Hugo Soly (ebenda) hervor. Das Bild, das die aus weltlicher und kirchlicher Verwaltung stammenden Akten als Hauptquellen des Autors vermitteln (S. 20–23), prägt das Gesicht der gesamten Arbeit weitgehend: Es ist eine Sicht *auf* den Gegenstand. Sie findet ihre Direktbestimmung in den Erörterungen des Armutsbegriffs (S. 24–28), in der Wenzel die „Ebene“ von „relativer und absoluter“ sowie „primärer und sekundärer Armut“ nicht verlässt. Das gestattet kaum Neuansätze und zeigt sich in den „Erscheinungsformen von Armut“ (S. 32–44).

„Grundzüge“ ökonomischer und sozialer Entwicklung werden mit Blick auf die Folgen für die Armutsentwicklung gestreift (S. 45–59), bevor die Neuansätze in der Armenbetrachtung und -politik (u. a. Italien, Aragon, Geiler, Luther) eine knappe Erwähnung finden (S. 60–75). Dabei ist die Bemerkung wesentlich (wenn auch nicht neu), dass die neuen Zugänge „deutlich vor der Reformation“ (S. 61) erfolgten. Die „Armutsdebatte“ im 16. Jh. (S. 76–99) behandelt der Verfasser in erster Linie am Beispiel von Vives und „De subventionem pauperum“, wobei dem Arbeitsgedanken besondere Aufmerksamkeit gilt. Die Fortführung der Debatte wird unter Einbeziehung der Aktivitäten von Ignatius von Loyola und Domingo de Soto u. a. nachgezeichnet (S. 100–132).

Spürbaren Neuwert vermitteln die Abschnitte über Navarra und Pamplona (S. 133–207). Hier geht Wenzel von Grundlagen der territorialen bzw. Stadtentwicklung aus, skizziert die Verwaltung und legt in Ansätzen eine echte Sozialanalyse vor, die auch die Spitalsituation einschließt. Geradezu spannend wird die Geschichte des Hospital General in Pamplona erzählt, das eine kommunal verwaltete „Sammel“-Einrichtung darstellte, die mehrere kleinere Vorläufer aufgenommen hatte. Hier spielen nicht nur Ökonomie und Verwaltung (unter Einschluss des Personals), sondern auch die Insassen (Arme, Kranke, Pilger, Kinder) als Subjekte eine Rolle. Diese Zugänge erweisen sich als fruchtbar.

Erörterungen über „Armut und Pest“, Testamente und „Religiöse Bruderschaften“ (S. 208–247) schließen die Sach-Darstellung ab. In seiner Zusammenfassung (S. 248–253) sieht der Verfasser in der Mitte des 16. Jh.s erfolgten Kommunalisierung der Fürsorge eine wesentliche Zäsur. Eine Bibliografie, ohne Nennung der benutzten Archivalien, ein Glossar sowie eine spanische Zusammenschau schließen die Abhandlung ab.

Wenzel hat, offenbar bedingt durch lange Unterbrechung der Untersuchung (s. Rückentext), eine Reihe wesentlicher Arbeiten unberücksichtigt gelassen: Gerhard Ammerer, Alfred Stefan Weiß, Martin Scheutz, Sebastian Schmidt, Katharina Simon-Muscheid, Stefan Oehmig, Elke Schlenkrich, Rita Voltmer, Falk Bretschneider, Christoph Kühberger, Clemens Sedmak etc. Sie hätten ihm den Blickwinkel weiten und dafür sorgen können, eine intensivere Präsentation der sozialen Lage und mentalen Befindlichkeit der Armen zu entwickeln. Dann wäre die scharfe Zäsur zwischen „guten“ Armen und „bösen“/fremden Bettlern auch für den Untersuchungsraum deutlicher geworden. Vor allem hinsichtlich seiner Forderung, die Auffassungen zur „Reform der Armenfürsorge in Spanien“ im 16. Jh. zu überprüfen, hätte das Bedeutung gehabt, denn: Ein solcher Check muss vor allem mitteleuropäisch fundiert sein. Und von Spanien könnten durchaus Impulse für die vergleichende Forschung ausgehen. Insofern wurde eine Chance vertan.

Leipzig

HELMUT BRÄUER

D. Wirtschaftsgeschichte

PETER JOSEF BELL: *Das Lautawerk der Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW) von 1917 bis 1948. Ein Rüstungsbetrieb in regionalen, nationalen, internationalen und politischen Kontexten (zugleich ein Beitrag zur Industriegeschichte der Niederlausitz)*. Lit, Berlin/Münster 2012, 762 S. (58 Abb., 72 Tab.), 59,90 €.

Die als Dissertation am Lehrstuhl Technikgeschichte der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus entstandene Arbeit bündelt drei Perspektiven: Eine, die zentrale, ist auf die Geschichte des in der Niederlausitz gelegenen Aluminiumwerkes Lauta gerichtet, eine andere auf die deutsche Aluminiumindustrie und ihr Rohstoffproblem, eine dritte auf den Einsatz von Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges. Diesem komplexen Themenansatz mag der etwas barock wirkende Titel geschuldet sein. Doch hinter ihm verbirgt sich – um es vorwegzunehmen – ein kenntnisreich und gut geschriebenes Buch.

Der 1917 in der Nähe des Dorfes Lauta begonnene Bau eines Aluminiumwerkes reiht sich ein in die späten Rüstungsanstrengungen („Hindenburg-Programm“) des deutschen Kaiserreiches während des Ersten Weltkrieges. Ausschlaggebend für die Standortwahl durch die Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW) waren die Braunkohlevorkommen des Niederlausitzer Reviers. Ein neuer Tagebau der „Ilse-Bergbau AG“ bei Laubusch belieferte das 1918 in Betrieb gehende Kraftwerk Lauta, das wiederum die Aluminiumhütte mit Strom versorgte. Im bei weitem noch nicht fertigen, aus Kraftwerk, Tonerdefabrik und Hütte bestehenden Werk begann die Aluminiumerzeugung am 17. Oktober 1918 – dreieinhalb Wochen vor Kriegsende. Der Rüstungsaspekt wurde dann erst einmal obsolet. Überhaupt stand die Fortsetzung der Produktion in den 1920er Jahren infolge des Versailler Vertrages und aus Kostengründen akut in Frage, zudem sprach auch die Abhängigkeit von Bauxit-Importen nicht unbedingt für den Standort. Gleichwohl setzte man die Produktion, den Ausbau der Werksanlagen und der Wohnsiedlung nach 1918 fort, seit 1923 im Rahmen der Reichsholding „Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft“ (VIAG). Später, unter den Bedingungen der NS-Kriegswirtschaft, entwickelte sich Lauta zum größten Aluminiumwerk Europas.

Hierauf legt Belli den Schwerpunkt der Untersuchung. Während er Gründung, Bau und Betrieb in den 1920er und frühen 1930er Jahren in zwei relativ knappen Kapiteln abhandelt, bildet die Zeit

des Nationalsozialismus und insbesondere des Zweiten Weltkrieges gewissermaßen den Dreh- und Angelpunkt der Darstellung. Das entsprechende Kapitel umfasst immerhin rund 400 Seiten. Allerdings ist das Themenspektrum auch weit gespannt. Eingehend werden die Personalpolitik der VAW, der Ausbau des Lauta-Werkes im Rahmen der deutschen Kriegswirtschaft, die Rohstoff- und Produktionssituation der Aluminiumindustrie, darunter vor allem die Bauxitbeschaffung, und technologische Aspekte behandelt. Der Beteiligung der VAW am letztendlich gescheiterten Versuch, die Aluminiumindustrie in der zwischen 1941 und 1943 von der deutschen Wehrmacht besetzten Ukraine wieder in Gang zu bringen, ist ein Exkurs gewidmet. Kurze Abschnitte informieren über die Bombardierung des Lauta-Werkes 1944/45 und die dadurch erzwungene Einstellung der Produktion im März 1945. Sehr ausführlich und detailliert geht Belli auf den Einsatz von Zwangsarbeitern im Lauta-Werk und in den anderen Werken des VAW-Konzerns ein. Zudem fragt er nach dem teils noch ungeklärten Schicksal der sogenannten Ostarbeiter und der sowjetischen Kriegsgefangenen seit April 1945. Das kurze Schlusskapitel informiert über den Umgang der sowjetischen Besatzungsmacht mit dem Werk: Demontage, Enteignung und Entnazifizierungsmaßnahmen stehen hier im Mittelpunkt. Dem Wiederaufbau in den 1950er Jahren, der Stilllegung, gefolgt vom Abriss des Werkes in den 1990er Jahren und der Frage nach der Zukunft der Aluminiumherzeugung in Deutschland sind nur wenige Seiten gewidmet.

Mit dieser quellengesättigten Darstellung geht Belli bewusst über die unmittelbare Unternehmensgeschichte hinaus, er macht makroökonomische und interessenpolitische Kontexte sichtbar und ermöglicht so interessante Einblicke in das Zusammenspiel von Politik und Industrie.

Berlin

PETER HÜBNER

REINHARD BLOMERT: *Adam Smiths Reise nach Frankreich oder die Entstehung der Nationalökonomie* (Die Andere Bibliothek 335). Die Andere Bibliothek, Berlin 2012, 309 S., 34,00 €.

Wer eine dogmenhistorische Abhandlung erwartet, die sich auf die Verbindungen zwischen dem ökonomischen Denken der französischen Aufklärung und der Wirtschaftslehre des Adam Smith konzentriert, der wird enttäuscht werden. Es kommt nicht zu einer Neuinterpretation des Smith'schen Denkens. Schon andere Autoren haben überzeugend dargelegt, dass Adam Smith, der als ein Säulenheiliger des modernen Wirtschaftsliberalismus gilt, weitaus weniger dogmatisch war als bisher angenommen. Wer allerdings einen sehr gut lesbaren und geistreichen Einblick in den wahrhaft kosmopolitischen Charakter der Aufklärung gewinnen will, der ist mit Reinhard Blomerts Buch bestens bedient. Gleiches gilt für die vorzügliche Darlegung auch und gerade der persönlichen Beziehungen zu David Hume und vor allem zu den führenden französischen Philosophen, die Adam Smiths Denken über die Ursachen des Wohlstandes der Nationen prägten. Gleichzeitig demonstriert das rekonstruierte intellektuelle und persönliche Netzwerk des Adam Smith, dass die neue Wissenschaft der Nationalökonomie mehr als alles andere in der Moralphilosophie wurzelte und es ethische Fragen waren, die die Begründer der Volkswirtschaftslehre bewegten.

Das Buch von Blomert führt dem interessierten Leser aber noch mehr vor Augen: Adam Smith wie auch die französischen Mitbegründer der Volkswirtschaftslehre verstanden sich zwar in allererster Linie als Intellektuelle, doch suchten sie nach praktikablen Lösungen für die wirtschaftspolitischen Probleme der Zeit. Interessanterweise waren sie, Blomerts überzeugender Argumentation zum Smith'schen Denken über Freihandel und Handelspolitik folgend, dabei weitaus weniger fundamentalistisch als ihre späteren radikalliberalen Epigonen, die aus der Volkswirtschaftslehre eine Ansammlung von Heilsgewissheiten, auch ordnungspolitische Grundsätze genannt, machten, die es nur unbeirrt von aller Realität zu predigen gälte und alles würde gut werden. Ein solch billiges Denken war einem Adam Smith fremd, der immerhin in gegenseitiger Wertschätzung einen regen Gedankenaustausch mit Voltaire pflegte, dem großen Vertreter skeptischen Denkens gegen alle vermeintlichen Gewissheiten.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Tatsächlich ist all dies aber nicht neu. Dass der „Wealth of Nations“ sich nur erschließt, wenn man auch Smiths philosophisches Hauptwerk „The Theory of Moral Sentiments“ berücksichtigt, ist ebenfalls altbekannt. Überhaupt kommen ideengeschichtliche Ausführungen in Blomerts Buch zu kurz, was allerdings der Lesbarkeit entgegenkommt. Lange ‚Exkurse‘ behandeln das nicht gerade ereignisarme Leben Voltaires oder stellen uns andere Persönlichkeiten der französischen Aufklärung in gelungenen Kurzporträts vor. Sehr gut wird auch die zentrale Rolle von Frauen für die französische Aufklärung herausgearbeitet. Schließlich entstand erst in den von Frauen geführten Salons ein Großteil des europäischen Netzwerkes der Aufklärung. Hinzu kam, dass die Betreiberinnen der Salons an entscheidender Stelle darüber mitentschieden, welcher Denker nun eine Chance bekam, berühmt zu werden und wer in der Versenkung verschwand. Die große Stärke des Blomert’schen Buches liegt nicht darin, darzulegen, was die großen Denker und Denkerinnen sich zu sagen hatten, sondern wie sie miteinander verkehrten. Der rote Faden des Buches ist dabei die Reise von Adam Smith durch Frankreich, die er zwischen 1763 und 1765 als Erzieher und Begleiter des jungen Herzogs von Buccleugh auf dessen Kavalierstour absolvierte. Smith war damals schon eine Berühmtheit, so dass die großen Salons sich geradezu darum rissen, ihn zu empfangen. In der Beschreibung dieser Reise durch Blomert entsteht so ganz nebenbei ein faszinierendes Bild der Aufklärung und der Wurzeln der modernen Volkswirtschaftslehre in einer neuen Kultur der Geselligkeit. Allerdings werden an einigen Stellen die Grenzen zum Verspielten überschritten, wenn zum Beispiel lange Ausführungen zur mittelalterlichen Bewegung der Katharer und der okzitanischen Kultur dazu dienen, Adam Smiths Aufenthalt in Südfrankreich einzurahmen, ohne dass tatsächlich ein Bogen zur Aufklärung und zu Smith geschlagen wird.

Das Buch von Reinhard Blomert ist keine Einführung in das Denken von Adam Smith und auch nur in eingeschränktem Maße als argumentative Kritik an Vulgärversionen des Smith’schen Denkens zu verstehen. Es zeigt aber auf faszinierende Weise, in welchem hohem Maße Adam Smiths Wirtschaftslehre durch die französische Aufklärung und den engen Kontakt mit ihren führenden Vertretern und Vertreterinnen geprägt war. Tatsächlich stand an der Wiege des „Wealth of Nations“ wohl ein weit aus intensiveres Nachdenken über wirtschafts- und finanzpolitische Probleme des französischen Königreiches am Vorabend der Revolution als bisher angenommen. Dass Adam Smiths ‚Politikberatung‘ dabei erstaunlich unberührt von jedem marktradikalen Dogmatismus war, sollte auch für heute zu denken geben.

Halle (Saale)

MICHAEL KOPSIDIS

HUBERT BONIN/JEAN-FRANÇOIS ECK (Hg.): *Les banques et les mutations des entreprises. Le cas de Lille-Roubaix-Tourcoing aux XIXe et XXe siècles*. Presses Universitaires du Septentrion, Villeneuve-d’Ascq 2012, 326 S. (zahlr. Tab. u. Abb.), 23,75 €.

Der von dem bekannten französischen Bankenhistoriker Hubert Bonin herausgegebene Sammelband beschäftigt sich unter einem neuen Aspekt mit dem Problem des regionalen Strukturwandels in einer alt-industrialisierten monostrukturellen Region, bis in die 1960er Jahre nicht nur das Zentrum der französischen Woll- und Leinenherstellung, sondern auch eine Region mit sehr spezifischen Eigentumsverhältnissen, zwischenbetrieblichen Kooperationsformen und Clustermustern.

Nach einem allgemeinen ersten Teil über die Finanzierung regionaler Industrieunternehmen vom Beginn der industriellen Revolution bis 1970 und über die bankenhistorische Aktenüberlieferung im *Archive nationale du monde du travail* in Roubaix behandelt Jean-Claude Dumas die sehr unterschiedlichen Formen unternehmerischer Kooperation in den regionalen Zentren der französischen Textilindustrie. Die nordfranzösische Textilindustrie zeichnete sich durch eine spezifische Kooperationsform aus, die durch Personengesellschaften bzw. Kapitalgesellschaften im Familieneigentum, enge Kapitalverflechtungen zwischen den Unternehmen, einen hohen Grad an Endogamie der oftmals

verwandten und verschwägerten Textilindustriellen und eine ausgeprägte Innenfinanzierung durch die Unternehmer und Teilhaber aus der eigenen Familie geprägt war.

Die Beiträge über die Unternehmensfinanzierung im 19. Jh. (Jean-Luc Mastin, Muriel Petit-Konczyk) und von 1950 bis 1980 (Sabine Effosse) untersuchen auf einer teilweise umfassenden empirischen Grundlage den Anteil und die Formen der Fremdfinanzierung der Textilindustrie durch die regionalen Kreditinstitute und die nationalen Banken. In seinem umfassenden Beitrag über die Tätigkeit der Société générale bestätigt Bonin die Ergebnisse Mastins über die geringe Bankenabhängigkeit der Textilindustrie und die ausgeprägte informationelle Asymmetrie zwischen Kreditnehmern und Banken. Angesichts der intensiven Konkurrenz zwischen den regionalen und den nationalen Bankinstituten und des hohen Grads der langfristigen Selbstfinanzierung gelang es den Textilunternehmern, ihre Bedingungen in Form von Blanko-Kreditlinien und den Verzicht auf hypothekarische Sicherheiten weitgehend durchzusetzen. Dieser Befund gilt auch für die Pariser Großbanken, die sich den regionalen Usancen anpassen mussten.

Die wichtigsten Beiträge des Bands basieren auf einem soliden empirischen Fundament. Leider sind die Verweise auf die zugrundeliegenden Archivquellen oft dürftig, so dass sich Quellenlage und Quellenprobleme oft nicht beurteilen lassen. Während der Band interessante Ergebnisse über die Konstanz von Finanzierungsmethoden in Familienunternehmen und über die Macht der Banken gegenüber einem mittelständischen Branchencluster präsentiert, wird die Frage nach den strukturellen Ursachen des Niedergangs der nordfranzösischen Textilindustrie nur knapp angerissen. Das heuristische Potential für eine vergleichende Geschichte des Strukturwandels in monointerindustriellen Regionen mit „alten“ Industrien wurde auch durch den Verzicht auf die regionalpolitische Perspektive der staatlichen Strukturpolitik teilweise verschenkt. Dank der umfassenden Beiträge über die Tätigkeit der Société générale in der Region Lille liefert der Band wichtige Ergebnisse über die Autonomie und Heteronomie von Großbankfilialen im Mittelstandsgeschäft.

Bielefeld

CHRISTOPHER KOPPER

HANNSS CARL VON CARLOWITZ: *Sylvicultura oeconomica. Hausswirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baum-Zucht*. Faksimile der Erstauflage Leipzig 1713, mit einer Einführung von Jürgen Huss und Friederike von Gadow. Kessel, Remagen-Oberwinter 2012, 53 S., 438 S. (Faksimile), 39,00 €.

Die 1713 zu Leipzig im Verlag Johann Friedrich Braun publizierte ‚Sylvicultura oeconomica‘ des Hannß Carl von Carlowitz (1645–1714) war das erste ausschließlich der Forstwirtschaft gewidmete Werk. Aufgeschrieben hat von Carlowitz jenes Wissen um den Wald über viele Jahre des Erfahrens und Sammelns hinweg als Amtshauptmann von Wolkenstein und Lautenstein, schließlich (ab 1711) als sächsischer Ober-Berg-Hauptmann und damit aus der Sicht eines herrschaftlichen Funktionsträgers, der Berg- und Hüttenwerke sowie Glashütten mit Holz, Holzkohle, Pottasche etc. zu versorgen hatte. Schon in der vorindustriellen Periode gestaltete sich das Verhältnis der Menschen zu ihren jeweiligen Umwelten im Phänomen der „Übernutzung“ (Roman Sandgruber). Ressourcenverbrauch gerade an Holz, das die menschliche Umweltaneignung buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre formte, und Übernutzung blieben zwar tendenziell lokal bzw. regional begrenzt, aber auftretende Ressourcenprobleme gerade im Umkreis von Bergwerken und Glashütten wurden damals schon exportiert, indem man Betriebsstandorte, menschliche Behausungen oder die Flächen für Land- und Forstwirtschaft verlegte. Dagegen suchten Herrschaft, Staat und Genossenschaft der erkannten Übernutzung in entsprechenden Normensystemen oder mit angewandtem Erfahrungswissen zu begegnen.

Frühes Erfahrungswissen, wie der regionalen Devastierung der Wälder durch Waldwirtschaft, insbesondere durch Verjüngung der Forsten abzuwehren sei, stehen im Zentrum der Betrachtungen

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

der ‚Sylvicultura‘. Hannß Carl von Carlowitz sieht, was die Probleme der Wälder seiner Zeit angeht, zunächst in den Stürmen, dann mit deutlichem Abstand in Schnee, Frost und Trockenheit die wichtigsten natürlichen Schadensverursacher. Der größte Schädling aber ist für ihn die Menschennatur. Waldschäden entstünden durch die „unersättliche Holtz-Axt [...], wenn solche unpflegsam geführt und gebraucht wird“ (S. 74). Gegen die schweren Erosionen durch derartigen unkontrollierten, nicht auf Stetigkeit setzenden Holzabtrieb, gegen die Verödung der Wälder durch Bastschälen und manch andere unkontrollierte Nutzung empfahl er – und führte dies auf 170 Seiten aus – die dauernde künstliche Verjüngung des Bestandes. Hannß Carl von Carlowitz zog dabei das Säen – hier sei, schreibt er, „das beste Fortbringen zu hoffen“ (S. 220) – dem Pflanzen vor. Er folgte dabei dem Nürnberger Stadtadligen Peter Stromer d. Ä. Der führte in den Reichswäldern der fränkischen Reichsstadt seit 1368 die künstliche Tannen-, Fichten- und Föhrensaat ein und machte den Nürnberger Samen zu einem gefragten Exportartikel. Hannß Carl von Carlowitz hatte mithin durchaus seine klaren Vorstellungen von dem Phänomen, das er schon mit dem Begriff der Nachhaltigkeit umschrieb.

Jürgen Huss und Friederike von Gadow (Universität Freiburg) haben den Reprint der Erstausgabe von 1713 – im gleichen Verlag ist 2009 bereits der Nachdruck der zweiten Auflage von 1732 erschienen – sorgsam eingeleitet. Sie bieten informative Überblicke über die Biographie des Autors, die Ausstattung der Erstauflage und den Inhalt des Werkes, sie ordnen die ‚Sylvicultura‘ kenntnisreich in den zeitgenössischen Kontext des Erfahrungswissens – das Buch sei zur „Standardlektüre der angehenden Kameralisten und Forstleute“ (S. 45) im 18. Jh. geworden – wie der im nachfolgenden Säkulum anhebenden forstwissenschaftlichen Literatur ein.

Kiel

GERHARD FOUQUET

HARALD DEGNER: *Sind große Unternehmen innovativ oder werden innovative Unternehmen groß? Eine Erklärung des unterschiedlichen Innovationspotentials von Unternehmen und Regionen* (Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 19). Thorbecke, Ostfildern 2012, 226 S. (11 Abb., 18 Tab.), 39,00 €.

Die Frage, ob innovative Unternehmen wachsen und groß werden oder ob große Unternehmen besonders innovativ sind, gehört spätestens seit den Schriften von Joseph Schumpeter zu den umstrittenen Fragen der Wirtschaftswissenschaft. Harald Degner geht dieser Frage auf Basis deutscher Daten, die den langen Zeitraum 1877 bis 1932 umfassen, erneut nach. Der Autor dieser Monographie, die im April 2012 als Dissertation an der Universität Hohenheim vorgelegt worden ist, untersucht, ob die Patentierungstätigkeit von rund 1.400 Unternehmen mit Hilfe von quantifizierbaren Informationen erklärt werden kann. Das in dieser Arbeit verwendete Innovationsmaß basiert auf der Anzahl der Patente, die ein Unternehmen erhalten hat. Genauer gesagt handelt es sich um diejenigen deutschen Patente, die mindestens zehn Jahre in Kraft gewesen sind und somit als wertvoll angesehen werden können, weil der Patentinhaber jedes Jahr eine hohe und im Zeitverlauf steigende Patentgebühr entrichtet hat. Die erklärenden Variablen lassen sich zwei Gruppen zuweisen. Einerseits handelt es sich um firmenspezifische Informationen, z. B. die Höhe des Eigenkapitals oder die Branche. Andererseits handelt es sich um Informationen, die sich auf die Region beziehen, in der ein Unternehmen angesiedelt ist. Darunter fallen z. B. die Anzahl der Studierenden an allgemeinen und technischen Universitäten oder der Urbanisierungsgrad.

Bemerkenswert an dieser Monographie ist ihre erfrischende Ehrlichkeit. Zunächst stellt der Autor auf rund 30 Seiten die Kontroverse über den Zusammenhang von Unternehmensgröße und Innovationstätigkeit von Unternehmen umfassend dar. Zudem erarbeitet er auf Basis dieser Literatur seine Fragestellung, und er legt dar, wieso bestimmte Parameter in seiner Untersuchung berücksichtigt werden. Sodann beschreibt Degner, wie die verschiedenen als relevant herausgearbeiteten Parameter quantifiziert werden können, und erläutert, wie er die notwendigen Informationen aus zahl-

reichen gedruckten und ungedruckten Quellen zusammengetragen hat. Neben leicht zugänglichen seriellen Quellen, wie dem Handbuch der Aktiengesellschaften oder dem Statistischen Jahrbuch, hat der Autor u. a. rund 160 Firmenfestschriften ausgewertet und 14 Archive in Deutschland besucht.

Im Folgenden wird der Leser jedoch überrascht, weil Degner im vierten Kapitel des Buches auf rund 50 Seiten ausführt, dass die vorgestellten Modelle bei Verwendung von statistischen Standardverfahren und auf breiter Datenbasis weitestgehend insignifikant sind. Die Generierung wertvoller Patente hängt weder von der Unternehmensgröße, von der Ausstattung einer Region mit Humankapital, vom Zugang der Firmen zum Kapitalmarkt, vom Monopolgrad einer Branche noch vom Urbanisierungsgrad einer Region ab. Auch eine Untersuchung einzelner Branchen führt weitestgehend zum gleichen Ergebnis; lediglich die Chemieindustrie kann als „Ausreißer“ benannt werden.

Nachdem dieses – enttäuschende und unerwartete – Zwischenergebnis vorliegt, erweitert Degner seinen Erklärungsansatz um vier Parameter. Erstens stellt er fest, dass es technologische Wellen gegeben hat, d. h. die Innovationsdynamik von Branchen bzw. Technologiefeldern hat sich im Zeitverlauf verändert. Zweitens konstatiert er, dass die Innovationstätigkeit in wenigen Regionen stattfindet – vor allem die Rhein-Main-Schiene fällt hier positiv auf. Drittens findet er heraus, dass es innerhalb bestimmter Branchen und Regionen jeweils nur wenige wirklich innovative Unternehmen gegeben hat. Rund die Hälfte aller zwischen 1877 und 1932 angemeldeten wertvollen Patente stammte von lediglich 25 Unternehmen. Viertens erkennt Degner eine erhebliche Pfadabhängigkeit von Innovationstätigkeit: Die Innovationstätigkeit eines Unternehmens hängt sehr stark von der Innovationstätigkeit dieses Unternehmens in der Vergangenheit ab.

Dieser Befund führt m. E. zu zwei Einsichten. Die quantitative Unternehmensgeschichtsschreibung hilft bei der Strukturierung von Untersuchungsgegenständen, und auf ihrer Basis können Tendenzen aufgezeigt werden. Des Weiteren weist diese Monographie darauf hin, dass Unternehmensgeschichte komparativ angelegt werden sollte. Man könnte beispielsweise untersuchen, welche Firmen Innovationsführer geworden sind und welche Firmen nur zeitweise innovativ waren. Die Basisdaten für eine derartige Untersuchung liegen nun vor – Harald Degner listet für jedes Jahr die jeweils innovativsten Unternehmen in seiner Arbeit auf.

Wien

CARSTEN BURHOP

PETER DÖRING: *Ruhrbergbau und Elektrizitätswirtschaft. Die Auseinandersetzung zwischen dem Ruhrbergbau und der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft um die Steinkohlenverstromung von 1925 bis 1951*. Klartext, Essen 2012, 549 S. (42 Tab.), 39,95 €.

Der Autor des vorliegenden Werkes, das auf einer 2010 an der Ruhr-Universität Bochum eingereichten Dissertationsschrift beruht, war lange Zeit als Archivar bei den Unternehmen tätig, die gemäß dem Untertitel der Arbeit der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft zuzuordnen sind. Er hat sich dabei nicht nur eine intime Kenntnis der für seine Untersuchung relevanten Quellen erworben, sondern mehrfach auch zu Themen publiziert, die elektrizitätshistorische Fragestellungen vor allem in Bezug auf das Ruhrrevier behandeln. Deutlich wurde dabei, dass die Steinkohlenverstromung bislang weder von der inzwischen durchaus facettenreichen Literatur zur Geschichte des Ruhrbergbaus noch von der elektrizitätshistorischen Forschung eingehender behandelt worden war (S. 26–38).

Ziel der Untersuchung ist es, den von Mitte der 1920er-Jahre bis 1950/51 währenden Konflikt zwischen dem Ruhrbergbau und der regional ansässigen Stromwirtschaft unternehmenshistorisch nachzuzeichnen. Das Bestreben des Steinkohlenbergbaus, sich aufgrund der tiefgreifenden Krise in den 1920er-Jahren sowohl mit der thermischen und chemischen Kohleveredelung als auch mit der Kohleverstromung neue Absatzmärkte zu erschließen, traf auf den Widerstand der halböffentlichen Stromkonzerne Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) sowie Vereinigte Elektrizitätswerke GmbH bzw. AG (VEW). Sie hatten sich den Markt seit Anfang des 19. Jh.s untereinander aufgeteilt. Die Motive des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats (RWKS) in Bezug auf die

Steinkohlenverstromung lagen anfänglich in der Steigerung des Absatzes der schwer marktgängigen Ballastkohlen an die öffentlichen Energieversorger, die allerdings – insbesondere beim RWE – auf Basis von Braunkohle und Wasserkraft mit wesentlich geringeren Selbstkosten produzierten. Döring zeigt minutiös die unterschiedlichen Interessen und Einflussphären, die allein innerhalb des RWKS das Handeln und die Preisfindung bestimmten und insofern der Steinkohle zunächst den Zugang zur Verstromung weitgehend verstellten.

Erst im Zuge der nationalsozialistischen Autarkie- und Wehrwirtschaftspolitik, mithin also unter sonderkonjunkturellen Vorzeichen, gelang dem Ruhrbergbau mit der Gründung der Steinkohlen-Elektrizität AG (STEAG) 1937 ein Zugang zum Strommarkt. Nach dem Vorbild der Zechenkraftwirtschaft sollte die STEAG vorrangig die Versorgung des neuen Aluminiumwerkes in Lünen sowie die Treibstoffgewinnung und Gummisynthese im BUNA-Werk der IG Farben in Marl-Hüls gewährleisten. Im Rahmen der politischen Einflussnahme verkomplizierten sich die unterschiedlichen Interessenlagen weiter, wobei sowohl der Steinkohlenbergbau als auch das RWE versuchten, mit einer Vielzahl von Denkschriften und Gutachten jeweils eigene Vorteile aus den staatlichen Rüstungsinteressen zu ziehen.

Anfang der 1950er-Jahre fand man schließlich zu einem Kompromiss, indem den Bergwerken das Recht zugesprochen wurde, ihren Strom bis zu einer festgelegten Obergrenze in die Netze von RWE und VEW einzuspeisen. Damit entfiel einerseits das lange verfochtene Argument, der Bergbau müsse ein eigenes, konkurrierendes Verteilungsnetz aufbauen. Andererseits waren damit die Voraussetzungen für den Aufbau moderner und leistungsfähiger Steinkohlenkraftwerke gegeben. Begünstigt wurde der Kompromiss durch die hohe Stromnachfrage in Zeiten des Wiederaufbaus und der Korea-Krise, denn vor allem die VEW konnte sich auf diesem Wege hohe Investitionen in den Ausbau ihrer Stromerzeugungskapazitäten ersparen. Der Ruhrbergbau nahm fortan die Rolle des Stromzulieferers ein – eine Rolle, die unter den Vorzeichen der Ende der 1950er-Jahre offen zu Tage tretenden Bergbaukrise über Jahrzehnte immer größere Bedeutung erhalten sollte.

Dörings Studie ist ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zur Wirtschafts- und Technikgeschichte der Montanindustrie an der Ruhr, die überaus quellengesättigt die Konfliktlagen um die Beteiligung des Ruhrbergbaus im Wandel politischer Systeme nachvollzieht. Sein methodischer Ansatz, die Handlungsweisen von RWKS, RWE und VEW über „die sich aus den wirtschaftlichen Zielen der Unternehmen herleitende Eigenlogik ihres Handelns“ zu erschließen (S. 22) und dazu die „zahlreichen und changierenden Konzepte, Denkschriften etc.“ (S. 24) zu berücksichtigen, wird vielleicht an der einen oder anderen Stelle etwas überstrapaziert.

Bochum

MICHAEL FARRENKOPF

DIETRICH EICHHOLTZ: *Deutsche Ölpolitik im Zeitalter der Weltkriege. Studien und Dokumente*. Unter Mitarbeit von TITUS KOCKEL. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2010, 586 S., 44,00 €.

Der Autor gilt seit dem Erscheinen seines dreibändigen Werkes zur Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft als einer der besten Kenner der Rüstungsgeschichte des „Dritten Reiches“ (Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Nachdruck der Bände 1–3. München 1999). Mit dem vorliegenden Studienband hat Eichholtz ein solides Spätwerk vorgelegt, das an seine langjährigen Forschungen anschließt. Eine vergleichbare quellengesättigte und gut geschriebene Darstellung der deutschen Ölpolitik von 1904 bis 1945 gab es bisher nicht.

Das Buch basiert auf sechs Einzelstudien, die zwischen 2006 und 2010 als Broschüren im Leipziger Universitätsverlag erschienen sind. Behandelt werden die deutsche Ölpolitik in Mesopotamien vor dem Ersten Weltkrieg, der Verlust der deutschen Ölressourcen in Europa und Vorderasien durch den Versailler Vertrag, der Zickzackkurs der deutschen Ölpolitik in der Zwischenkriegszeit, das rumänische Öl als Kardinalproblem der deutschen Kriegsplanung 1938/39, der Krieg um Öl 1939–1943 und die deutsche Ölwirtschaft nach Stalingrad.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Der Bau der Bagdadbahn ist bis heute ein Mythos. Eichholtz zeigt auf, wie die Deutsche Bank nach dem Verlust ihrer Ölkonzessionen ab 1911 versuchte, ein Arrangement mit britischen Ölgesellschaften zu erreichen. Dem sollten bis zum Frühjahr 1914 unterschriftsreif ausgehandelte Verträge über die Bagdadbahn und die Beteiligungen an der Turkish Petroleum Company (TPC) dienen. Die Erdölvorkommen von Vilayets Mossul und Bagdad sollten für 99 Jahre vollständig und ohne jede Einschränkung der TPC übertragen werden. An der Erdölfrage ist die deutsch-britische Verständigungspolitik demnach nicht gescheitert.

Sehr spannend liest sich auch die Studie über die Erdölpolitik in Folge des Friedensvertrages von Versailles. Eichholtz listet fünf Verträge zwischen den Alliierten und den Mittelmächten – Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich – sowie mehrere Konferenzen auf, in deren Ergebnis die deutschen Beteiligungen an sämtlichen Erdölunternehmen im Ausland liquidiert wurden. Großbritannien und Frankreich sicherten sich mit dem Abkommen von San Remo vom April 1920 den Zugriff auf die Erdölvorkommen im Mittleren Osten, was alsbald die amerikanischen Ölgesellschaften auf den Plan rief. Der Konflikt endete im Juli 1928 mit einer Neuaufteilung der Anteile an der TPC (ab 1929 Irak Petroleum Company). Diese Gesellschaft, an der nunmehr britische, französische und amerikanische Ölfirmen beteiligt waren, besaß das Monopol auf die Erdölförderung auf der ganzen arabischen Halbinsel, mit Ausnahme von Kuwait, in der Türkei und den Mandatsgebieten.

Die dritte Studie stammt von Titus Kockel und basiert auf seiner im Jahr 2005 publizierten Dissertation (Deutsche Ölpolitik 1928–1938. Berlin 2005). Er zeigt auf, wie alle möglichen Interessengruppen die deutsche Erdölpolitik in den Jahren von 1928 bis 1938 in verschiedene Richtungen zu beeinflussen versuchten. Es ging dabei um die Ausweitung der Erdölerkundung und -förderung im Deutschen Reich, die verstärkte Kooperation mit internationalen Ölkonzernen, die Beteiligung an Investitionen in der irakischen Erdölindustrie, einen Spiritus-Beimischungszwang für Treibstoffe und den Aufbau von Werken zur Herstellung von Mineralöl aus Kohle. Kockel stellt die divergierenden Interessengruppen – deutsche Erdölförderer, Tochtergesellschaften der ausländischen Erdölkonzerne in Deutschland, IG-Farben, Irak-Industriekonsortium der westdeutschen Schwerindustrie, Benzolgruppe und ostelbische Junker – gekonnt dar und erklärt, warum keine konsistente nationale Erdölpolitik zustande kam. Neu an seiner Darstellung ist vor allem die Analyse der deutschen Ölsuche in Übersee. Was leider fehlt ist eine Bewertung des Beitrages der einzelnen Bezugsquellen zur deutschen Mineralölversorgung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Auch hätte deutlicher herausgestellt werden können, dass das NS-Regime keine vollständige Treibstoffautarkie anstrebte, sondern die Produktion von synthetischem Treibstoff und die Steigerung der einheimischen Erdölförderung nur als vorübergehende Entlastung ansah. Die Lösung der „Erdölfrage“ sollte die Eroberung der Erdölfelder im Kaukasus und im Nahen Osten bringen.

Darauf geht Eichholtz in den folgenden drei Studien ein. Er stellt den Zugriff auf das rumänische Erdöl als entscheidend für die deutsche Kriegswirtschaft dar, charakterisiert die Kontinentale Öl AG als Keimzelle für ein künftiges deutsches Erdölimperium und ordnet den Vorstoß der Wehrmacht in den Kaukasus in die Strategie zur Eroberung von Rohstoffen ein. Besonders interessant ist der Abschnitt über den Versuch der Wehrmacht, einen antibritischen Aufstand im Irak zu nutzen, um an die dortigen Ölquellen zu gelangen.

Zu monieren ist nur der Ausblick. So behauptet Eichholtz, dass es in der DDR keine abbauwürdigen Öl- und Gasvorkommen gegeben hätte. Dabei verfügte die DDR seit Ende der 1960er Jahre mit dem Erdgasvorkommen in der Altmark über eine der größten Förderstätten Europas. Zwischen 1969 und 1989 wurden dort rund 170 Milliarden Kubikmeter Erdgas – allerdings mit einem niedrigen Brennwert – gefördert. Aber das ist bereits ein anderes Thema.

Jeder Studie ist ein Dokumentenanhang sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis beigelegt. Leider hat sich der Leipziger Universitätsverlag nicht dazu entschließen können, eine Vereinheitlichung der Anhänge vorzunehmen. Grundlegend neue Bewertungen der deutschen Erdölpolitik bieten Eichholtz und Kockel nicht. Dennoch sind ihre Studien sehr lesenswert, da sie gelungene Zusammenfassungen und Vertiefungen des Forschungsstandes bieten.

Berlin

RAINER KARLSCH

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

HANS OTTO GERICKE: *Die Elektrizitätsversorgung in Sachsen-Anhalt. Ein Abriss der regionalen Entwicklung von den Anfängen bis 1946/47*. Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2012, 400 S. (62 Abb., Tab.-anh.), 39,00 €.

Der Verfasser, pensionierter Hochschullehrer aus Magdeburg, hat in den vergangenen Jahren mehrere Untersuchungen zur Geschichte des mitteldeutschen Braunkohlebergbaus und der damit eng verbundenen Erzeugung von elektrischer Energie veröffentlicht. Während Letztere einzelne Kraftwerke oder Versorgungsunternehmen in der Region betrafen, bietet die hier zu besprechende Arbeit eine umfassende und detailgesättigte Betrachtung und Analyse der Erzeugung von und der Versorgung mit dieser Energie in der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen und im ehemaligen Herzogtum bzw. Land Anhalt, d. h. im Wesentlichen im heutigen Land Sachsen-Anhalt.

Sie schlägt den Bogen, wenn man von dem kurzen und nicht fehlerfreien Überblick über die frühe Entwicklung des elektrischen Stroms vor der Nutzung für Beleuchtungszwecke absieht, von der Planung, der Genehmigung und dem Betrieb der ersten „Starkstrom-Einzelanlagen“ in den 1870er Jahren über die Gründung und Entwicklung der privatwirtschaftlichen und genossenschaftlichen sowie schließlich der gemischtwirtschaftlichen Unternehmen bis hin zur Zusammenfassung der zahlreichen großen und kleinen Erzeuger und/oder Verteiler von elektrischer Energie in den beiden, nun vereinigten Gebieten in einem staatlichen Unternehmen im Jahre 1946/47.

Dabei wird den rechtlichen, technischen, wirtschaftlichen und auch den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen in den beiden Regionen, eingebettet in die allgemeine Entwicklung im Deutschen Reich sowie weltweit, ebenso Beachtung gewidmet wie den sich wandelnden Zwecksetzungen, beispielsweise dem Verhältnis von Beleuchtung und Antrieb, Gleich- und Wechselstrom, Eigenerzeugung und Fremdversorgung oder der Bedeutung der Elektroenergie in der nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaft; auch die Kriegszerstörungen, die Demontagen, einschließlich des Betriebs als „Sowjetische Aktiengesellschaften“ (SAG), finden ausführliche Berücksichtigung.

Dazu hat der Verfasser nicht nur eine Vielzahl von Monographien und Zeitschriftenaufsätzen, sondern auch zahlreiche, meist noch unveröffentlichte Quellen in öffentlichen und privaten Archiven genutzt. Allerdings wurden etliche einschlägige Publikationen, insbesondere die Ergebnisse einiger wissenschaftlicher Tagungen des Ausschusses Geschichte der Elektrotechnik, bei denen auch wichtige Zeitzeugen wie Hans Pundt, Peter Seiffert, Walter Schossig und Siegfried Altmann als Referenten mitgewirkt haben, übersehen. Die Archivalien, auf deren Recherche und Auswertung der Verfasser zweifelsohne viel Mühe verwandt hat, werden nicht separat, sondern vor dem jeweiligen Abschnitt oder in den Fußnoten sowie im nicht immer streng alphabetisch geordneten Literaturverzeichnis nachgewiesen.

Es ist eine sehr verdienstvolle Arbeit, die eine Fülle neuer Ergebnisse sowie vielfältige Voraussetzungen für weiterführende Untersuchungen bietet. Zu Letzteren schaffen die erstmals ausgewerteten Dokumente, insbesondere die zahlreichen Denkschriften und Memoranden sowie die Tabellen im Text und vor allem im Anhang, die zum großen Teil vom Verfasser selbst erarbeitet und zusammengestellt wurden, eine tragfähige Grundlage. Umso mehr wird ein Register vermisst, desgleichen ein Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen. Dabei wäre vermutlich aufgefallen, dass beispielsweise Abkürzungen, Firmierungen, selbst die volle Bezeichnung für ESAG, unterschiedlich geschrieben und Abkürzungen teilweise zu spät verwendet wurden.

Im Vergleich mit der Entwicklung in anderen Regionen werden Ähnlichkeiten und Unterschiede genannt und nachvollziehbar analysiert. Nirgends im Deutschen Reich dürfte so früh und, von sehr wenigen Fällen abgesehen, so dominant die heimische Braunkohle als Energieträger für Energieerzeugung und als Rohstoff vor allem für die Chemische Industrie genutzt worden sein. Offensichtlich hat sich auch nur hier in diesem schließlich viertgrößten deutschen Energiezentrum das Konglomerat von Eigen- und Fremdversorgung, von privat-, gemischtwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen so lange halten können.

Erstaunlicherweise ist der Text voller kleiner Fehler. Oft sind es nur Flüchtigkeitsfehler wie „anhaltinisch“, „Eskaparde“ oder unterschiedliche bzw. falsche Schreibweisen von Familiennamen

oder Firmenbezeichnungen; häufig sind Verstöße gegen die Regeln der Rechtschreibung, der Zeichensetzung, der Zeitenfolge und vor allem auch des Satzbaus; viele Formulierungen und Umschreibungen, wie „die Entscheidung hatte der Not gehorcht“, „moralischer Verschleiß“ bei Dampfmaschinen, „kalamitöse Zustände der Elektrizitätswirtschaft“, „Tribute“ für Gebühren/Abgaben, sind nicht glücklich gewählt. Zahlreiche Graphiken sind nicht oder kaum lesbar. Bei der „Schlägermühle“ handelt es sich, wie an anderer Stelle richtig genannt, um eine „Krämermühle“, bei der „Preußenelektra“ keineswegs um die „Preußag“, bei dem mehrfach zitierten Autor „Feldkirchen“ um Wilfried Feldenkirchen. Eine kritische Durchsicht vor der Drucklegung hätte das verhindert.

Düsseldorf

HORST A. WESSEL

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2012/1: *International Economic and Business Relations after 1945*. Akademie, Berlin 2012, 306 S., 74,80 €.

Following a by now well-established tradition, the bulk of the 2012/1 volume of this Yearbook is devoted to one theme, in this case “International Economic and Business Relations after 1945”. However, before reviewing its contributions, there are three articles at the end that deserve brief mention. There is first of all a piece by Jeroen Euwe that looks at the Rhine river as the “backbone” of Dutch-German economic interdependences between 1919 and 1933, demonstrating the extent to which it, but also the railroad system had re-emerged as major arteries between the two countries after World War I.

There follow two historiographical analyses. Focusing on the debate on the German cartel tradition, Thomas Jovovic provides a comprehensive survey of the literature from the late nineteenth century to the 1930s. Inevitably, the question arises as to whether cartels played a positive or detrimental role in the development of Germany’s economy. Ultimately, his article is a plea for more work on individual cartels in the hope that such work will help resolve the macroeconomic problem of whether cartels throttle competition. Secondly, there is the wide-ranging and circumspect appraisal by Stephen Broadberry of “Recent Developments in the Theory of Very Long-Run Growth.” He discusses how both the historical and theoretical literature “share a common purpose in breaking away from the traditional practice of using different methods to analyse the world before and after the industrial revolution” (p. 305).

Turning to the seven contributions to the main theme of the volume, Christian Kleinschmidt as the editor highlights the shift away from hitherto dominant, purely economic approaches toward the role of non-economic factors. The author hopes to revive an interest in the political economy of foreign trade that includes consideration of behavior and mentalities as elements of a multidimensional framework of analysis. It is questions of this qualitative kind that pervade Kleinschmidt’s own contribution on German-Turkish relations after 1945 that he views as a telling case of how and how far the primacy of political calculations trumped economic ones.

His findings complement well those of Corinna Unger on West Germany’s economic relations with India. Again economic aid is given primarily to promote larger strategic aims of development to prevent India from turning toward the Soviet Union or toward an all too anti-Western neutralist position in the context of the Bandung movement. Like Kleinschmidt, the author is concerned with the links between foreign policy, foreign economic policy and development aid that guided not only Washington’s policies in South Asia, but also Bonn’s.

By contrast, Ben Wubs’s piece on “A Dutch Multinational Miracle in Postwar Germany” covers more conventional ground of cross-border FDI. Selecting as his case studies the most important Dutch corporations he examines, via Mira Wilkins’s work on “near-by” advantages and John Dunning’s paradigm, the rebuilding of the Dutch-West German relationships of Unilever, Philips, AKU, and Royal Dutch Shell. The most interesting part of Wubs’s story is not so much how prewar connections

were re-established and how Dutch industry profited from the West German “economic miracle” in the 1950s, but rather the obstacles that the Americans put up immediately after 1945. Evidently suspicious of Dutch corporate collaboration with the Nazis and keen to enforce Allied policies of decartelization and anti-monopoly, Unilever, for example, joined West German companies to delay the strict application of American antitrust rules.

Still writing within the confines of business history, Jeff Fear’s contribution reverses Wubs’s outside-in perspective by looking at how West German medium-sized family firms transformed themselves into “pocket multinationals”. His first aim is to systematize the motives that led German family enterprises to follow the “pull” of market opportunities around the globe. However, the value of his piece also lies in the close examination of seven of these companies, only two or three of which, such as Stihl and Trumpf, the reader may have heard of before.

Taking his cue from Thomas Jovovic on the need to study the fate of the German cartel tradition beyond 1945, Harm Schröter, while presumably not favoring a renewed defense of cartels, analyzes the workings of crisis-cartels that the European Commission exceptionally granted to the artificial fiber industry in the mid-1980s. He finds that such cartels were probably less expensive to the tax payer than a government effort to bail out this particular industry.

Neil Rollings and Marine Moguen-Toursel’s article taps into the debate on the role of European business associations and their relations with Brussels that they see as having divided political scientists from business history and economics. The former had adhered to a “model of the *rise* of European organized business prior to the advent” (p. 103) of the EEC. By contrast, the latter disciplines presented “an account of the *decline* of the importance of European organized business after 1945”. The authors come to an ultimately positive assessment of their role, highlighting the advantages of knowledge pooling and the building of mutual trust among the memberships.

Finally, there is the excellent contribution by Friederike Sattler and Christoph Boyer that discusses the role of economic elites in Western and Eastern Europe after 1989. They are critical of Leslie Sklair who postulated the emergence of a “transnational capitalist class”. To them, the picture is more complex, even to the extent that the notion of the emergence of transnational networks has to be modified. There is, they agree, an internationalization of Europe’s business elites and yet, at the same time, they remain rooted in the system of national institutions and governments on whose provision of material and immaterial support they continue to rely.

All in all, this volume contains a rich crop of research and argument and all of them, interestingly enough, tend to play down the role of the United States in postwar European economic and business history.

New York

VOLKER BERGHAHN

WOLFGANG MÜHL-BENNINGHAUS/MIKE FRIEDRICHSEN: *Geschichte der Medienökonomie. Eine Einführung in die traditionelle Medienwirtschaft von 1750 bis 2000*. Nomos, Baden-Baden 2012, 371 S., 34,00 €.

Es gibt sie leider immer wieder, die Bücher, die erwartungsvoll aufgeschlagen und dann rasch enttäuscht weggelegt werden: erwartungsvoll, da der erste Autor, Wolfgang Mühl-Benninghaus, ein ausgewiesener Medienhistoriker – mit dem Schwerpunkt Filmgeschichte – ist und der zweite Autor, Mike Friedrichsen, sich als Medienökonom Bekanntheit verschafft hat. Enttäuscht, da vieles an dem Buch unstimmig ist.

Zum ersten ist die zeitliche Einteilung extrem ungleichgewichtig: Die Geschichte der Medienökonomie ist auf zwei Bände angelegt. Der hier zu besprechende erste Teil behandelt die „Einführung in die traditionelle Medienwirtschaft von 1750 bis 2000“. Der zweite Teil soll das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts behandeln, ist aber trotz Ankündigung bislang nicht erschienen. Die Ungleichgewichtigkeit setzt sich in Binnengliederung und Statistiken des ersten Bandes fort. Die ersten hundert Jahre, trotz ihrer punktuellen Informationen irreführend als „deutscher Medienmarkt im 18.

und 19. Jahrhundert“ überschrieben, werden auf 22 Seiten abgehandelt und um drei Tabellen ergänzt. Die nächsten hundert Jahre, merkwürdigerweise als „deutscher Medienmarkt um 1900“ überschrieben, kommen auf 70 Seiten und 26 Tabellen. Schwerpunktmäßig wird zwar die Zeit seit der Reichsgründung bis in die NS-Zeit behandelt, aber vereinzelt noch auf die Mitte des 19. Jh.s (1848) rekurriert. Das dritte Kapitel – betitelt „Der Medienmarkt nach 1945“ – behandelt auf mehr als 80 Seiten die nächsten 25 Jahre und bietet 46 Tabellen. Der vierte und letzte Abschnitt, der „Medienmarkt von 1970 bis 2000“, breitet sich auf den letzten 150 Seiten aus und bietet 67 Tabellen.

Zum zweiten enttäuscht der Zuschnitt des Buchs: Wird hier die Geschichte der deutschen oder der internationalen Medienökonomie vorgelegt? Eingangs erwecken die Autoren den Eindruck, international und komparatistisch vorgehen zu wollen, im Schwerpunkt sind es aber die deutschen Entwicklungen. Nur ab und zu, eher unsystematisch und im letzten Abschnitt verstärkt, werden internationale Bezüge hergestellt. Hinzu kommt ein zweiter unklarer Zuschnitt: Wird hier die Geschichte der Medienökonomie, d. h. der medienökonomischen Entwicklungen, geschrieben? Oder ist, wie zumindest einige Abschnitte nahelegen, eine Geschichte der Medienökonomik, d. h. der Theoriegeschichte zur Medienökonomie, gemeint?

Zum dritten enttäuschen die Sprunghaftigkeit und mangelnde Systematik der Darstellung. Am einfachsten lässt sich das mit einem Blick ins Inhaltsverzeichnis erläutern. Da handelt der Abschnitt 2.4 die Zeitungen ab, es folgt 2.5 „Medienprodukte und Innovationen“, 2.6 „Der Buch und Pressemarkt“ mit seinem zweiten Unterabschnitt 2.6.2 „Der Markt der Tageszeitungen und Zeitschriften“, gefolgt von 2.7 „Zielgruppe Massenpublikum“ mit „Bemerkungen zur Theaterentwicklung“, „Die neuen Medien Film und Tonträger“ und die „neuen Unterhaltungsmöglichkeiten – Gründe ihres Wachstums“. Abgesehen von dem schiefen Bild der Sprache (Wie kann eine Unterhaltungsmöglichkeit wachsen?): Es muss doch auffallen, dass erst die Presse gedoppelt abgehandelt und ihr dann auch noch das Massenattribut abgesprochen wird. Inhaltlich folgen dabei willkürlich Familien- und politische Zeitschriften wie die „Gartenlaube“ und die „Grenzboten“ aufeinander, Rundschauzeitschriften fehlen. Man könnte dieses Bild der Sprunghaftigkeit mit Hinweis auf Tabellenüberschriften noch unterstreichen.

Überhaupt (vierte Enttäuschung), die „Quellen“, die vielen Tabellen und deren Überschriften. Die insgesamt fast 150 Tabellen wecken den Eindruck großer Genauigkeit und exakter Recherche. Allerdings wurde aus der – zum Teil sehr alten – Literatur an Zahlenangaben übernommen, was übernommen werden konnte, ohne dass eine quellenkritische Hinterfragung nach den jeweils angewendeten statistischen Kriterien erkennbar würde. Wo neuere Arbeiten in Schaubildern exakter gewonnene Ergebnisse zu bieten haben, ließ man diese links liegen. Die meisten Tabellen verweisen, wie gesagt, auf Literatur, nicht auf Quellen. Wo Nachweise fehlen, sollte man von eigener Quellenarbeit ausgehen. Allerdings ist z. B. in Tabelle 2.20 „Vossische Zeitung“ unklar, wie die Seitenverhältnisse von redaktionellem und Anzeigenteil gemessen wurden. Unklar ist, nicht nur bei dieser Tabellenüberschrift, was Gegenstand der Tabelle ist. Dazu muss man dann schon die entsprechende Seite im Buch aufschlagen. Manche Überschriften weisen Jahresangaben auf, andere nicht; manche spezifizieren den Inhalt, andere lassen es sein.

An anderer Stelle werden mehrere Tabellen von Jürgen Kuczynski übernommen. Bei Tabelle 2.11 wird nicht darauf hingewiesen, dass es vor 1873 keine Mark gab, sondern die Druckerwochenlöhne auf Umrechnungen beruhen. Für Tabelle 2.12 zu den Postpreisen werden lokale sowie Preise für Preußen angegeben; dass zumeist nach Postrayons, mithin Entfernungen, berechnet wurde, geht unter. Unter 6. werden erst das Literaturverzeichnis und dann „Weitere Internetquellen“ angegeben, Quellen fehlen. Unter der Literatur finden sich jedoch u. a., akribisch aufgelistet, vier einzelne Ausgaben der „Phonographischen Zeitschrift“. Von den ab Jahrgang 1881 sogar lückenlos im Internet befindlichen Statistischen Jahrbüchern des Deutschen Reichs und der Nachfolgestaaten sind – wieder einzeln – ebenfalls vier Jahrgänge aufgenommen. Die große Menge systematisch auswertbarer Verbandspresse: Fehlanzeige. Ungedruckte Archivalien: Fehlanzeige. Unterscheidung von Quellen und Literatur: Fehlanzeige. So wird eine Fülle von Fakten geboten, was dem Buch aber fehlt, ist die zusammenhängende, kritische Evaluation und das heißt vor allem Prüfung auf Gültigkeit und Belastbarkeit.

Bamberg

RUDOLF STÖBER

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

JÜRGEN NAUTZ (Hg.): *Henschel und Kassel. Fallstudien zur Geschichte des Unternehmens und der Familie Henschel* (Schriften zur hessischen Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte 12). Hessisches Wirtschaftsarchiv, Darmstadt 2012, 232 S. (65 Abb., 14 Tab.), 24,90 €.

Bei der Veröffentlichung handelt es sich überwiegend um die für den Druck überarbeiteten Vorträge einer Tagung, die im Juni 2010 anlässlich der Gründung des Unternehmens Henschel & Sohn vor 200 Jahren mit Unterstützung durch die Fritz Thyssen Stiftung an der Universität Kassel veranstaltet wurde; der Druck ist durch finanzielle Zuwendungen von Industrieunternehmen aus der Region gefördert worden. Die Autoren sind mehrheitlich Angehörige der Kriegs- bzw. der ersten Nachkriegsgeneration, die der Geschichte des Unternehmens oder der seiner Erzeugnisse, den Lokomotiven, verbunden geblieben sind. Jedoch konnten auch einige junge Historiker/innen gewonnen werden. Die meisten Beiträger waren oder sind an der Universität Kassel tätig.

Abgesehen von den vielfältigen wirtschafts-, insbesondere unternehmens- und technikhistorischen Ergebnissen, die die Studien bieten, erfährt der Leser viel Wissenswertes über die Unternehmerfamilie, die Ingenieure und die in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft tätigen ausländischen Arbeitskräfte, außerdem über das Henschel-Museum und seine Sammlungen, die wie der Herausgeber in seinen einführenden Bemerkungen hervorhebt, wissenschaftlich noch nicht aufgearbeitet wurden. Das dürfte die Erklärung dafür sein, dass keine ungedruckten Quellen genutzt wurden.

Im Wesentlichen ist es privaten Initiativen zu verdanken, dass diese nach dem Ausscheiden der Familie Henschel Ende der 1950er Jahre erhalten geblieben sind und museal präsentiert werden. Dr. Carl-Friedrich Baumann, der ehemalige Leiter des Rheinstahl- bzw. des Thyssenarchivs, hat sich, als der Erhalt der Bestände unsicher war, durch die Verlagerung und Archivierung wichtiger Teile unbestrittene Verdienste erworben; allerdings ist dadurch zum einen der Bestand zerrissen und zum anderen nicht verhindert worden, dass weitere, nicht weniger bedeutende Teile verloren gingen.

Jens Flemming, Emeritus der neueren Geschichte, nennt die wichtigsten Stationen der Entwicklung dieses „umfangreichsten gewerblichen Etablissements am Ort“ bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs und kommentiert sie im jeweiligen politischen Kontext. Besondere Beachtung schenkt er der betrieblichen Sozialpolitik, insbesondere der beruflichen Ausbildung, sowie dem Einfluss der Gewerkschaften und schließlich der NSDAP. Nadine Freund, freiberufliche Historikerin, gibt einen kenntnisreichen Überblick über die aufwändige Repräsentation deutscher Unternehmen, insbesondere der Firma Henschel, auf den Weltausstellungen um die Jahrhundertwende. Zwei Diskurse betreffen einerseits den Know-how-Transfer sowie die Zuverlässigkeit und die Qualität deutscher Erzeugnisse („Made in Germany“) und andererseits die staatliche und betriebliche Sozialpolitik in Deutschland. Alfred Gottwaldt, Leiter der Abteilung Schienenverkehr im Deutschen Technikmuseum in Berlin, legt zwei tiefgründige Biographien vor, nämlich von Richard Roosen, einem der großen Ingenieure des Dampflokomotivbaus, der von 1925 bis 1966 ununterbrochen im Unternehmen tätig war, und vom „glücklosen Lokomotivkönig“ Oscar R. Henschel, der als Angehöriger der sechsten Generation das Unternehmen von 1924 bis zum Herbst 1957 führte und das letzte Familienmitglied in der Unternehmensführung war. Albrecht Hoffmann, Emeritus der Kultur- und Technikgeschichte, nennt und würdigt zahlreiche Ingenieure, die im letzten Drittel des 19. Jh.s im Dienste der Industriefamilie Henschel gestanden haben. Dabei lenkt er die Aufmerksamkeit auch auf die besonderen Verhältnisse im Unternehmen unter der Leitung von Sophie Henschel. Dieser Unternehmerin in einem stark von Männern dominierten Umfeld ist ein eigener Beitrag gewidmet, dessen Erarbeitung die freiberufliche Pädagogin Ortrud Wörner-Heil übernommen hat. Es ist bemerkenswert, dass Oscar Henschel in seinem Testament seiner Frau, die bereits zu seinen Lebzeiten Mitunternehmerin war, als Alleinerbin auch hinsichtlich der Unternehmensleitung unbeschränktes Verfügungsrecht eingeräumt hat. Dietfried Krause-Vilmar, Emeritus der Erziehungswissenschaft, versucht einen Einblick in das Leben und Arbeiten aus der Sicht ausländischer Arbeiter, die zum überwiegenden Teil zur Arbeit im Deutschen Reich gezwungen wurden, zu gewinnen. Dieses Kapitel der Geschichte des Unternehmens ist lange vernachlässigt worden. Die vorgelegte Bearbeitung hat mangels nicht zugänglicher oder nicht mehr vorhandener schriftlicher Überlieferung viele Lücken und lässt manche Aussagen von Zeitzeugen als nicht zuverlässig erscheinen. Thomas Vollmer, der im Autorenregister

fehlt, beschreibt und analysiert Produktion und Geschäftsentwicklung des Unternehmens während der nationalsozialistischen Zeit. Neben den Lokomotiven wurden Lastwagen, Geschütze und Panzer (Tiger), Flugzeuge und Fernlenk Waffen – Letztere unter Einsatz von KZ-Häftlingen (Mittelbau Dora) – gefertigt. Der „Selbstverantwortung der Industrie“ fehlt die Einordnung in den zeitgeschichtlichen Kontext, insbesondere in den der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Helmut Weich und Peter Zander, leitende Mitarbeiter des Henschel-Museums, geben einen kurzen Überblick über die Bestände dieser Einrichtung, wozu ausnahmsweise auch der Familiennachlass Henschel sowie „weitgehend unerschlossene“ Bestände des ehemaligen Unternehmensarchivs gehören. Hier fehlt der Hinweis auf den Bestand „Thyssen Industrie AG Henschel“ mit einem Umfang von 100 lfd. Metern und Laufzeiten von 1842 bis 1910 bzw. 1935 bis 1998 (u. a. mit Schreiben von Sophie Henschel) im ThyssenKrupp Konzernarchiv. Ein tabellarischer Anhang informiert über die Produktion, den Umsatz und die Zahl der Beschäftigten im Wesentlichen der Jahre 1920 bis 1945.

Düsseldorf

HORST A. WESSEL

ANDREW PERCHARD: *Aluminiumville. Government, Global Business and the Scottish Highlands*. Crucible Books, Lancaster 2012, 416 u. XV S., 14.99 £.

Als zentraler Rohstoff für Hochtechnologiebranchen hat Aluminium eine bemerkenswerte Karriere erlebt, wie u. a. die Arbeiten von Florence Hachez-Leroy, Cornelia Rauh und Lutz Budraß dokumentieren. Nun liegt mit Andrew Perchards *Aluminiumville* eine umfassende Darstellung zur British Aluminium Company (BACo) vor, die kaum Wünsche offen lässt. Am Beginn 1894 steht die prägende, der Energieintensität der Aluminiumproduktion geschuldete Entscheidung, die schottischen Highlands zum Standort zu wählen: Ein gigantischer Dammbau schuf dort die Voraussetzungen für die Bauxitverarbeitung. Dennoch schrieb BACo nur bedingt eine Erfolgsgeschichte, vielmehr bestand laut Perchard der Erfolg darin, trotz widriger Bedingungen über ein Jahrhundert zu überleben. Zunächst machte sich BACo aber gut. Vor dem Ersten Weltkrieg stammten 90 Prozent des britischen Aluminiums aus Schottland, zwölf Prozent der weltweiten Produktion. Das Unternehmen expandierte an zwei weitere Highlandstandorte und profitierte von der massiv wachsenden Nachfrage seit den 1930ern. Andererseits trug die britische Politik, im Zweiten Weltkrieg die günstigere und leistungsfähigere Aluminiumproduktion in Kanada zu fördern, dazu bei, BACo als globalen Anbieter in die zweite Reihe zu verweisen und zu einem Übernahmeobjekt transnationaler Konzerne zu machen. Nach einem ersten Poker, der zugunsten von US-Investoren ausging, wechselte BACo in den 1980ern erst in den Besitz der kanadischen Alcan, dann von Rio Tinto – zu einem Zeitpunkt allerdings, als nahezu alle BACo-Standorte geschlossen waren.

Was Perchards Buch so bestechend macht, ist nicht nur die detaillierte Analyse der unternehmerischen Entscheidungsprozesse, die Aufstieg und Fall von BACo erklären, sondern der weitaus breitere Ansatz, den er wählt, um die Firmengeschichte zu kontextualisieren. Seine sechs Hauptteile schildern die Entwicklung des (inter)nationalen Rohstoffmarktes und die Beziehungen zur britischen Regierung ebenso wie die Entwicklung einer distinkten Unternehmenskultur, Gesundheits- und Umweltpolitik, *community building* und die lokale Standortgeschichte. Mit anderen Worten, Perchard leistet nichts weniger als eine *histoire totale* von British Aluminium.

Im analytischen Mittelpunkt steht dabei das Selbstbild BACos als Unternehmen im Dienste der Nation. In der Tat hätte die Firma ohne staatliche Unterstützung wohl kaum dauerhaft überlebt und kam auf diese Hilfe immer wieder zurück. Als rüstungsrelevantes Unternehmen im Zeitalter diverser heißer und kalter Kriege vermochte sich BACo ebenso gut darzustellen wie als „benefactor of the Highlands“ (S. 135). Eben diese Rolle als einer der wenigen bedeutenden Arbeitgeber in einer strukturschwachen Region geriet in der in- wie externen Unternehmenskommunikation nachgerade zum „fetishistic account“ (S. 19). Mit diesem Bezug ließen sich nicht nur Subventionen einwerben, son-

dem auch teure Investitionen infolge staatlicher Gesundheits- und Umweltpolitik verzögern oder gar abwehren – selbst Beschäftigte und Gewerkschaftsvertreter waren vielfach bereit, Gesundheitsvorsorge zugunsten von Arbeitsplatzsicherheit zurückzustellen. Einen fundamentalen Wandel brachten erst veränderte politische Rahmenbedingungen – Umweltschutzpolitik, europäische Regulierung – und vor allem die Übernahme durch Alcan mit sich: Den Kanadiern galten höhere Umwelt- und Gesundheitsstandards als *assets*.

Auf der anderen Seite fremdelten die neuen Eigentümer mit der BACo-Kultur des „Dienstes“ und strebten weniger eine Sonderstellung im United Kingdom als eine Stärkung auf dem globalen Alumarkt an. Die jahrzehntelange Politik, sich auf staatliche Unterstützung zu verlassen – befördert durch ein wenig professionelles BACo-Management, das bisweilen dem Klischee des *gentlemanly capitalism* glich –, wurde überholt, aber auch die gewachsene Unternehmenskultur, die auf regionale Identitätsstiftung und Loyalität baute, weitgehend und unter Reibungsverlusten ignoriert. Für die Gemeinschaftskultur der schottischen Standorte, deren Identität aus regionaler Abgeschlossenheit, der – oft mehr angenommenen, denn realen – Highlandethnizität („a collective synapse in Scottish identity“, S. 255) und aus Berufsbildern zusammengesetzt war, wurde das Alcan-Management erst spät sensibilisiert.

Perchards Studie lässt nichts aus: die Schilderung der harten Arbeitsbedingungen, den Alltag in den Highlandkommunen, die verschiedenen Standortkulturen, die paternalistische Sozialpolitik ebenso wie den patriarchalen Umgang mit weiblichen Beschäftigten. Vielfach kommen Zeitzeugen zu Wort, die zu verstehen helfen, warum ein einfaches Klassenkampfnarrativ den komplexen Sozialbeziehungen zwischen solidarischer Vergemeinschaftung und materiellen Interessengegensätzen kaum gerecht wird. Vor klaren Urteilen scheut Perchard dennoch nicht zurück, etwa wenn es um die bewusste Inkaufnahme gesundheitsgefährdender Produktionsbedingungen durch das Management geht. Dass am Ende ein positiver Eindruck bleibt, mag der solidarischen Annäherung des schottischen Autors an eine sehr schottische Geschichte geschuldet sein und macht die Arbeit nicht nur ertragreich, sondern überdies sympathisch: ein wunderbares Buch.

Berlin

KIM CHRISTIAN PRIEMEL

TONI PIERENKEMPER: *Geschichte des modernen ökonomischen Denkens. Große Ökonomen und ihre Ideen* (UTB 3747, Wirtschaftswissenschaften). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen u. a. 2012, 223 S., 19,99 €.

Der Titel hält, was er verspricht: Der frühere Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Köln, Toni Pierenkemper, hat ein lesenswertes Lehrbuch zur Geschichte des modernen ökonomischen Denkens verfasst. Aus Vorlesungen erwachsen, bietet es einen guten dogmengeschichtlichen Überblick, der nicht nur für Bachelor-Studenten geeignet ist.

Im Mittelpunkt steht eine Auswahl wichtiger Interpretationen ökonomischer Sachverhalte durch hervorstechende Zeitgenossen in ihren Epochen, d. h. der Zusammenhang zwischen wirtschaftshistorischer Theoriebildung und wirtschaftlicher Praxis, weil die ökonomische Forschung sich vorwiegend mit den drängenden Problemen der jeweiligen Epoche befasst hat. Pierenkemper gruppiert die großen Denker in vier Kapiteln: „Die Geburt einer neuen Ökonomik in England“ behandelt Smith, Malthus, Ricardo und J. S. Mill. In „Deutsche Gegenentwürfe zur englischen Klassik“ werden die Denkweisen von List, Thünen, Gossen, der Historischen Schule und Marx vorgestellt. „Die Entstehung einer internationalen neoklassischen Ökonomik“ befasst sich mit Menger, Jevons, Walras sowie Alfred Marshall. „Eine neue Ökonomik im 20. Jahrhundert“ umfasst den amerikanischen Institutionalismus (Veblen, Mitchell), die Neue Institutionenökonomik fokussiert auf North und Coase, ferner Keynes, Friedman und eine Skizze neuerer Entwicklungen wie Evolutorik, Verhaltensökonomie und Spieltheorie. Eingeraht wird die wirtschaftsgeschichtliche Darlegung der Theoriebildungen

einerseits durch ein einleitendes Kapitel über „Gegenstand, Methode und Denkstil der Ökonomik“, in dem gute Argumente für eine Dogmengeschichte vorgetragen werden (Relevanz der eigenen Problemstellung als Wissenschaftler, Erweiterung des Denkhorizonts, Rationalität im kritischen Diskurs, Wandel der Problemkomplexe, Orientierung), eine methodische Begründung der Ökonomik als Wissenschaft skizziert und das vormoderne ökonomische Denken resümiert werden. Andererseits gibt der Ausblick eine sehr knappe Antwort auf die Frage: „Hat die Ökonomik Fortschritte gemacht?“, nämlich: es komme auf Blickwinkel und Maßstab an.

Die Abschnitte bieten jeweils eine kurze Einbettung in die ideengeschichtliche Eigenheit der Epoche vor dem Hintergrund der drängenden wirtschaftlichen Herausforderungen und der zuvor geleisteten ideengeschichtlichen Arbeiten. Bei der Geburt der neuen Ökonomik sind dies Merkantilismus, Industrielle Revolution und die Herausforderung, alle produktiven Ressourcen der Gesellschaft umfassend zu nutzen, sowie die entstehende Dynamik durch den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft mit der entsprechenden Wohlstandsausbreitung. Vor diesem Hintergrund entstand die politische Ökonomie der Klassik. Anschließend werden die jeweiligen Denker, beginnend mit Adam Smith, in einer Textbox vorgestellt und ihre herausragenden Werke mit den wesentlichen Theorien skizziert, eine (sehr) knappe Wertung steht zumeist am Ende des Kapitels. Graphiken illustrieren den Text, der leider mit einer kleinen Schrift komprimiert wurde.

Bei der Lektüre tritt deutlich der Nutzen der Dogmengeschichte hervor: Ökonomen haben stets versucht, Antworten auf drängende wirtschaftliche Herausforderungen ihrer Zeit zu finden. Dieser Erkenntnisprozess reicht weit zurück, er ist facetten- und perspektivenreich; Volkswirtschaftslehre ohne Dogmengeschichte ruht auf tönernen Füßen. Zugleich hätte das Thema ‚Wirtschaftskrisen‘ Anlass sein können, um stärker Fort- und Rückschritte aufzuzeigen. Die auch aus Sicht der politischen Ökonomie vernachlässigte „Österreichische Schule“ (Sozialismus-Debatte) bietet mit einer integrierten Geld-, Konjunktur- und Kapitaltheorie eine geradezu zeitlose Antwort, die heute vielfach vom Mainstream aufgenommen wurde. Anders als dargestellt unterscheidet sie sich grundsätzlich von der Neoklassik, wie die klassisch (!) Liberalen Mises und Hayek in den 1930er Jahren selbst erkennen mussten, durch das Verständnis vom Markt als Prozess, „Human Action“ statt Homo oeconomicus, Unternehmern als Entrepreneuren, dem integralen Bestandteil von Geldordnung und Institutionen etc. Ein dezidiert (wertorientierter) Standpunkt würde dem Leser eine klarere Antwort auf die Frage anbieten, ob die Ökonomik Fortschritte gemacht hat und zugleich Irrtümer wie die Arbeitswertlehre entlarven. Aber das ist nicht zuletzt eine wissenschaftspolitische Frage.

Berlin

MICHAEL VON PROLLIUS

CHRISTIAN PIERER: *Die Bayerischen Motoren Werke bis 1933. Eine Unternehmensgründung in Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise* (Perspektiven 4). Oldenbourg, München 2011, 262 S., 29,80 €.

Der Untertitel dieser 2008 an der Universität Passau eingereichten Dissertation beschreibt die Entstehung der Bayerischen Motoren Werke als mehrstufigen, rund 13 Jahre dauernden Konsolidierungsprozess. Die älteste Wurzel war ein 1913 gegründetes, im Norden Münchens angesiedeltes Flugmotorenwerk, dessen Erzeugnis in Deutschland zunächst freilich nur zweite Wahl war. Bis 1917 wurde es durch Aufträge der Österreich-ungarischen Fliegertruppe leidlich über Wasser gehalten. Ein von einem neuen Chefkonstrukteur entwickelter Höhenmotor machte die Rapp Motorenwerke GmbH dann auch für die Beschaffungsstellen der bayerischen und der preußischen Militärverwaltung interessant. 1917 wurde sie in Bayerische Motorenwerke GmbH umfirmiert und 1918 zwecks Stärkung der Kapitalbasis auf Druck des Militärs in eine Aktiengesellschaft umgegründet. Fortan war der Bau von Flugmotoren – von den Jahren 1919 bis 1922, als er deutschen Firmen verboten war, abgesehen – das Brot-und-Butter-Geschäft von BMW, mit dessen Erträgen die Diversifizierung in andere Sparten finanziert wurde. Die Firma besaß in den 1920er Jahren eine Schlüsselstellung im

System der verdeckten Luftrüstung der Weimarer Republik, unterhielt exzellente Beziehungen zur Reichsregierung und wurde vom Reichsverkehrsministerium und vom Reichswehrministerium mit Entwicklungs- und Produktionsaufträgen unterstützt. Ein bedeutender Teil ihres Gewinns stammte aus sog. „Russengeschäften“, d. h. Lieferungen nach Russland im Zusammenhang mit der Kooperation der Reichswehr mit der Roten Armee.

Seit 1922 stand BMW im Alleineigentum von Camillo Castiglioni (ein aus Triest stammender „Austro-Italiener“, der zur Inflationszeit mit dem An- und Verkauf von Unternehmensbeteiligungen reich geworden und so etwas wie der Hugo Stinnes der Alpenrepublik war). Um das darin liegende Außenpolitik-Risiko abzubauen, und weil Castiglioni BMW durch ein ausgeklügeltes System der verdeckten Gewinnausschüttung ausplünderte, wurde er 1926 ausgebootet. Auf Betreiben der o. g. Ministerien übernahm ein inländisches Konsortium unter Führung der Deutschen Bank die Kontrolle über die BMW AG.

Andere Kapitel behandeln die Managementkultur der Firma BMW, die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen zur Demobilmachungs- und zur Inflationszeit, den Ausbau des Produktionsprogramms und die Entwicklung von Bilanzkennzahlen. 1923 schuf sich BMW durch den Einstieg ins Motorradgeschäft ein zweites Standbein. Der Bau schwerer Motorräder ist mit dem Flugmotorenbau verwandt. Er diente BMW in erster Linie dazu, die Auslastung des Betriebs zu verstetigen und die Facharbeiter zu Zeiten, in denen das Hauptgeschäft schwächelte, halten zu können. Aus ähnlichem Beweggrund – und weil man erwartete, dass das Motorrad als Fahrzeug des Kleinen Mannes nach und nach durch den Kleinwagen ersetzt werde – betrieb BMW ab 1924 den Einstieg ins Automobilgeschäft. Zunächst entwickelte BMW in Kooperation mit den Schwäbischen Hüttenwerken Wasseralfingen einen Leichtbau-Kleinwagen. 1928 entschied sich BMW aber zum Erwerb der überschuldeten Fahrzeugfabrik Eisenach, die einen Kleinwagen der Firma Austin in Lizenz baute. Die Weltwirtschaftskrise machte den Automobilbau für BMW zunächst zu einem riesigen Verlustgeschäft. Schon Ende 1929 diskutierte die BMW-Geschäftsführung über dessen Verlegung ins Werk München, 1931 sogar über den Rückzug aus dem Automobilgeschäft. Die Pläne wurden nicht in die Tat umgesetzt, weil kein Käufer für das Werk Eisenach zu finden war, und weil man die riesigen Kosten der Restrukturierung scheute. Erst die Motorisierungspolitik der Nationalsozialisten machte die Automobilsparte von BMW profitabel.

Der Einleitung zufolge orientiert sich Pierer an einer von der Betriebswirtschaftlichen Organisationslehre entwickelten Theorie der Unternehmensgründung. Im Fortgang verzichtet er aber fast ganz darauf, auf dieses spröde Konstrukt Bezug zu nehmen, was dem Text nicht geschadet hat. Der ist im Wesentlichen chronologisch aufgebaut, faktenorientiert, leicht verständlich und komprimiert geschrieben. Die Arbeit ist solide aus Primärquellen recherchiert. Weil die im BMW-Konzernarchiv überlieferte Firmengeschichte für die Zeit vor 1945 große Lücken aufweist, stützt sich Pierer in hohem Maße auf die „Gegenüberlieferung in Verbands-, Unternehmens- und staatlichen Archiven“ (S. 3) und Akten der Stadtarchive München und Eisenach. Für die Zeit nach 1926 ist der Bestand Deutsche Bank im Bundesarchiv Berlin die bedeutendste Quelle.

Tübingen

REINER FLIK

CHRISTINE SAUER/ELISABETH STRÄTER (Hg.): *Die Nürnberger Hausbücher. Die schönsten Handwerkerbilder aus dem Mittelalter*. Reprint Verlag/Primus u. WBG, Darmstadt/Leipzig 2012, 207 S. (205 farb. Abb.), 49,90 €. [im Folgenden: I]

CHRISTINE SAUER (Hg.): *Handwerk im Mittelalter*. Primus u. WBG, Darmstadt 2012, 192 S. (132 zumeist farb. Abb.), 39,90 €. [im Folgenden: II]

Das mittelalterliche Handwerk hat seit einiger Zeit wieder verstärktes Interesse gefunden, meist wird dabei – wie in den beiden vorliegenden Bänden – die frühe Neuzeit eingeschlossen. Großformatig

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 3 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

gestaltet beeindruckend durch ihren Bilderreichtum, der vollständig (I) bzw. im Wesentlichen (II) aus den Hausbüchern der Mendelschen und Landauerschen Zwölfbrüderstiftungen zu Nürnberg geschöpft ist. Stiftungszweck war es, in jeweils einem Brüderhaus zwölf Männern einen gesicherten Ruhestand zu ermöglichen. Von der Stiftung des Patriziers Konrad Mendel (†1414) sind drei illustrierte Handschriften in Papier, von jener des Montanunternehmers Matthäus Landauer (†1515) zwei in Pergament erhalten. Sie sind in ihrer Art einzigartig, dabei orientieren sich die Landauerschen Bände am Mendelschen Vorbild, sodass ein gleicher Buchtypus entstand: Vom frühen 15. Jh. bis zum Jahr 1806 ist jedem Bruder eine Seite gewidmet. Jeder trägt die Brudertracht seiner Zeit, ist arbeitend oder mit den Zeichen seines Berufs dargestellt, außerdem findet sich meist oben auf jedem Blatt eine kurze biografische Notiz.

Die Stadtbibliothek Nürnberg, an der die Herausgeberinnen wirken, hat 2009 eine thematisch sehr gut nutzbare Gesamtedition der 1.321 Abbildungen online gestellt (<http://www.nuernberger-hausbuecher.de>). Die nun gedruckte Teiledition (I) präsentiert nach einer kompakten Einleitung (I, S. 5–13), die alles Notwendige über die Stiftungen, den Charakter der Hausbücher und die Ikonographie aussagt, eine stattliche Bildauswahl in alphabetischer Reihenfolge der Berufe (I, S. 14–206). Diese wiederum, 145 an der Zahl, sind im Register nach Gruppen geordnet. Zumeist handelte es sich dabei um Handwerker, doch finden sich in deutlich geringerer Anzahl auch Bauern, Krämer, Händler, Kaufleute und dienstleistende Berufe wie Boten, Türmer, Zöllner, Ballenbinder, Fuhrleute, Warenprüfer u. a. m.; überdies sind die Stiftungsschaffner und seit 1582 die Köchinnen dargestellt. Einige Gewerke dürften heute nahezu unbekannt sein wie die Federschmücker, Flindleinschlager, Heftelmacher, Kardenmacher, Wildrufdreher oder Reffträger. Da ist es hilfreich, dass einige Zeilen auf jeder Bildseite erklären, wer dargestellt und womit er beschäftigt ist.

Auffällig ist der ikonographische Wandel: Ursprünglich beherrschte die „szenische Darstellung des arbeitenden Handwerks“ (I, S. 7) mit einer klaren Identifizierbarkeit des Berufes die Abbildungen, dazu gehörten bestimmte Handgriffe und Einblicke in die Werkstatt mit Werkzeug und Materialien. So ist z. B. bei dem Kalamalmacher nicht dessen Gesicht, wohl aber sind dessen Artikel, nämlich Schreibzeugbehälter, zu sehen. 1596 änderte sich zunächst in der Landauerschen, dann 1613 in der Mendelschen Stiftung Buchführung und Ausgabenpraxis mit der erkennbaren Folge, dass seit dem frühen 17. Jh. die Brüder ihr Konterfei selbst bezahlten. War ehemals eine Porträtdarstellung post mortem so gut wie ausgeschlossen, so legten fortan die neuen Auftraggeber zu Lebzeiten großen Wert auf eine sorgfältige Wiedergabe in Ganz- oder Halbfigur. Die Individualität rückte in den Mittelpunkt, das Handwerk wurde zum Attribut.

Wesentliche Teile ihrer Einleitung hat Sauer auch dem zweiten von ihr herausgegebenen Band vorausgeschickt. Wer beide Bände nutzt, der wird in 43 Fällen auf dieselben Bilder in unterschiedlichen Formaten stoßen, mindestens 45 finden sich ausschließlich in den „Hausbüchern“ (I), 26 nur in dem Sammelband (II), allerdings stehen hier die Bilder nicht für sich, sondern erklären die Produktionszusammenhänge, weswegen verschiedentlich Fotoaufnahmen von Rohstoffen (z. B. Knochen), Produkten (z. B. Steinzeug, Glasmalerei, Gewichtssätze) oder Werkstatteinrichtungen (z. B. Drehbank) beigegeben werden.

Auch beim „Handwerk im Mittelalter“ (II) handelt es sich um ein Kompendium, das freilich ganz auf eine systematische Behandlung von zwölf Berufsgruppen ausgerichtet ist. Bei neun geht es um die Herstellung oder Bearbeitung von Nahrungsmitteln (R. Reith), Edelmetall und Edelstein (T. Eser), Eisen, Zinn und Kupfer (S. Hauschke), Textilien (M. Langbein), Keramik (H.-G. Stephan), Holz (T. Schindler), Leder sowie Bein, Horn und Elfenbein (J. P. Zeitler) und Glas (H. Bernert). Das Bauhandwerk (H. Stiewe) wird in seiner durchaus unterschiedliche Gewerke erfassenden Zusammenarbeit gesehen, die Bildhauerei (A. v. Ulmann) in ihrer besonderen Innovationsfähigkeit beschrieben und die Papierherstellung (C. Sauer) in einem System von Handel, Information und Kommunikation begriffen. Dem allen ist eine Gesamtdarstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Handwerks (R. Reith) vorangestellt, die alle Beiträge perspektivisch erschließt und zusammenbindet. Eine solche branchenorientierte Darstellungsweise, wie sie Sauer entworfen hat, ist leider viel zu selten zu bemerken, sie hat aber den eindeutigen Vorteil, dass die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Handwerken und ihrer Kundschaft klarer zu erkennen sind. Dies betrifft die

Lieferung und Verarbeitung von Rohstoffen, Arbeitstechnik, vorbereitende oder begleitende Teilanfertigung, Herstellung des eigentlichen Produktes, abschließende Veredelung ebenso wie Nachfrage und Nutzung. Gerade das Nürnberger Handwerk war hoch spezialisiert, so waren etwa die Harnischmacher und Harnischpolierer unterschiedliche Berufe, auch stellten Hutmacher nur Hüte, nicht aber die Hutschnüre her. Doch, das ist in den Ausführungen der Beitragenden deutlich zu erkennen, das Handwerk gerät erst dann richtig in den Blick, wenn über das „zünftische“ Handwerk hinausgesehen wird: Bei den Nahrungsberufen kam es nicht nur darauf an, was Müller, Bäcker und Metzger, sondern auch was Fischer, Wirte, Köche, Weinprobierer und sogar Säustecher leisteten, die alle mit den Qualitätserwartungen ihrer Kunden rechnen mussten. Die Entwicklung der Uhrmacherei wie die der Gewichtherstellung ist ohne den Handel, der Zeit und Maß in festen Größen benötigte, undenkbar. Wer nach solchen weiteren Ausblicken und Zusammenhängen sucht, wird in diesem Handwerkskompendium reiche Auskünfte finden.

Beide Bände führen überdies bestens den Nachweis, dass gute Handwerksgeschichte eigentlich nicht ohne Bildquellen auskommen kann.

Wilnsdorf bei Siegen

RAINER S. ELKAR

SUSANNE SCHÖTZ (Hg.): *Leipzigs Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Akteure, Handlungsspielräume, Wirkungen (1400–2011)* (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 3). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2012, 504 S. (107 Abb., 3 Tab. u. Diagr.), 62,00 €.

Beim Thema „Leipziger Wirtschaft“ dürften dem interessierten Leser „Handel“, „Buch“ und „Messe“ einfallen. Tatsächlich werden diese Aspekte in dem reichhaltigen Sammelband eingehend und mehrfach diskutiert, doch werden noch deutlich mehr Sektoren behandelt und finden sich zeit- und sozialgeschichtlich profilierte Beiträge, die ganz Neues bringen.

Das erste große Kapitel „Handwerk, Handel und Gewerbe im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Leipzig“ wird durch einen großen und kundigen Überblick von Uwe Schirmer eingeleitet. Die Handels- und Marktbeziehungen Leipzigs werden durch Manfred Straube, Enno Bünz und Markus A. Denzel gewichtig präsentiert. Marcel Korge behandelt soziale Sicherungssysteme des Handwerks, Carla Calov das öffentliche Bauen als Wirtschaftskraft und Katharina Middell die Hugonotten in wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Hinsicht. Die Herausgeberin Susanne Schötz liefert einen innovativen Beitrag über „verbotene Praktiken“ im Detailhandel, besonders von Frauen, die sich gegen Behinderungen durch die Zunftkramer wehrten und zum eigenen Lebensunterhalt und dem ihrer Familien beitrugen.

Im zweiten Buchabschnitt, „Aufbruch ins Industriezeitalter“, akzentuiert Michael Schäfer das spannungsvolle Wechselverhältnis zwischen lokalen Handelsinteressen und der Industriefinanzierung Sachsens durch Leipziger Kaufleute sowie die Konkurrenzverhältnisse mit Chemnitz. Alexander Walther bringt Angaben zum dynamischen Einwohnerwachstum – Leipzig entwickelte sich bis 1900 zur viertgrößten Stadt Deutschlands. Dazu passen zwei Artikel von Anett Müller über Kommunale Leistungsverwaltung und Wirtschaftsförderung sowie von Thomas Nabert über künftige Möglichkeiten, der Öffentlichkeit die Gründerzeit im Sinne eines „Aufbruchs zur Bürgerlichkeit“ zu präsentieren. Thomas Keiderling arbeitet die räumlichen Clusterbildungen in der Buchbranche sowie technische und organisatorische Innovationen heraus.

Im dritten Teil, „Wirtschaft und Unternehmen im 20. Jahrhundert“, informiert Thekla Kluttig über Quellen zur Leipziger Unternehmensgeschichte im Staatsarchiv Leipzig. Die weiteren sieben Beiträge zeigen, wie lokale Wirtschaftsgeschichte immer stärker von übergreifenden politischen Interventionen abhing: Zunächst beleuchtet Steffen Held die Aktivitäten jüdischer Unternehmer in der Rauchwarenindustrie, die 1938 aufgrund von Emigration endeten. Markus Kaufhold berichtet über die Zurückdrängung des kommunalen Einflusses auf die örtliche Messe im Nationalsozialismus

und Thomas Abbe über die „Ausplünderung der Leipziger Juden im ‚Dritten Reich‘“ durch das Auktionshaus Hans Klemm. Dem Autor gelingt es, die sehr zahlreichen Nutznießer der angeordneten oder erpressten Versteigerungen im politischen Apparat und in der Stadtgesellschaft zu benennen. Starke politische Akzente zeigen sich ebenso bei Ramona Bräu über die Rüstungsfirma Hugo Schneider AG und bei Oliver Werner über die ganz schwierige Situation der Leipziger Wirtschaft im System der DDR-Planwirtschaft. Francesca Weil schildert sehr differenziert den Betriebsalltag von Frauen im Leipziger Arzneimittelwerk und analysiert den Rückzug ins Private während der letzten Phase der DDR. Ingrid Sonntag und Carmen Laux bieten ebenfalls sehr gelungen eine Geschichte des Reclam-Verlags „im Spiegel seiner Messestände“ bis zu seinem schmerzhaften Ende.

Schließlich zeigt Mario Gäbler im letzten Kapitel, „Boomstadt Leipzig? Leipzig nach der Wiedervereinigung“, ambivalente Aspekte der an Bedeutung verlierenden, aber noch existierenden „Buchstadt“ auf. Rita Fleischer und René Schumann präsentieren die Fakten einer grundsätzlich positiv eingeschätzten Wirtschaftsentwicklung nach 1990 bis heute, und der aus der Praxis kommende Autor Martin Buhl-Wagner behandelt generelle Trends der internationalen und lokalen Messeentwicklung.

Der materialreiche und professionell redigierte Band mit seinen vielfach auf neuen Quellen basierenden Originalarbeiten lohnt sich nicht nur für alle, die an der Leipziger Stadt-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte interessiert sind, sondern er beleuchtet auch weitere regionale, nationale und internationale Zusammenhänge. Besondere Qualität erhält er durch die inhaltlich weiterführenden Forschungsbeiträge zum 20. Jh.

Saarbrücken

CLEMENS ZIMMERMANN

DAVID J. STARKEY/INGO HEIDBRINK (Hg.): *A History of the North Atlantic Fisheries. Volume 2: From the 1850s to the Early Twenty-First Century* (Deutsche Maritime Studien 19). Hauschild, Bremen 2012, 336 S. (64 Abb., 16 Tab.), 42,00 €.

Fischerei bildet ein eher randständiges Thema in der Wirtschaftsgeschichte, zumindest in Mitteleuropa, wo dieser Wirtschaftszweig nur an wenigen küstennahen Standorten Struktur prägend war und überdies seit den 1970er Jahren stark an Bedeutung verloren hat. Nichtsdestoweniger bildet die Fischerei nicht zuletzt durch ihren meist transnationalen Charakter und den Bezug zu Themenfeldern wie Gemeingütern und – meist nicht-nachhaltiger – Ressourcennutzung einen lohnenden Forschungsgegenstand. Seit 1995 hat die North Atlantic Fisheries History Association (NAFHA) bislang 13 Konferenzen an Standorten rings um den Nordatlantik organisiert, um die wirtschaftlichen, soziokulturellen, politischen, technischen und ökologischen Aspekte der Fischereigeschichte dieser Region zu untersuchen. Neben regelmäßig erschienenen Tagungsbänden („Studia Atlantica“) ist aus der NAFHA eine zweibändige Überblicksdarstellung, „A History of the North Atlantic Fisheries“, hervorgegangen, deren erster Band (Frühgeschichte bis Mitte des 19. Jh.s) 2009 erschienen ist. Nun liegt auch der von David J. Starkey (University of Hull, Großbritannien) und Ingo Heidbrink (Old Dominion University, Norfolk, USA) herausgegebene zweite Band vor, der die Zeit von den 1850ern bis in die Gegenwart abdeckt. Im Unterschied zum ersten, rein regional gegliederten Band, verfolgt der zweite Band, dessen 14 Beiträge von 15 Autoren aus zehn Nationen verfasst wurden, einen zweifachen Ansatz und enthält sowohl thematische als auch regionale Kapitel.

Auf die Einleitung von David J. Starkey folgt als erster thematischer, überregionaler Beitrag Chris Reids Untersuchung der landseitigen Lieferketten für Fisch einschließlich Verarbeitung und Verbrauch. Den technologischen Wandel bei Fang und Verarbeitung auf See stellt Ingo Heidbrink dar und erläutert, weshalb deutsche Unternehmen für den Großteil des 20. Jh.s die Technologieführerschaft besaßen. Die gewerkschaftliche Organisation der Fischer und ihre unfallträchtige Arbeitswelt behandelt der Beitrag von Colin J. Davis, der sich allerdings auf zwei Fallstudien aus Großbri-

tannien und den USA nach 1945 beschränkt. Søren Byskov analysiert u. a. Marktintegration, Geschlechter- und Familienbeziehungen sowie religiöse Vorstellungen in den vom Fischfang lebenden Gemeinden. Die Fischereipolitik im Spannungsfeld von Regierungen, Wissenschaft und Fischern sowie die Kommunikation zwischen den drei Gruppen beleuchtet Jennifer Hubbard. Das Seerecht bildet den Gegenstand des Beitrags von Richard A. Barnes, der darlegt, wie durch die Auseinandersetzungen um die zunehmend übernutzte Ressource Fisch die Freiheit der hohen See zugunsten der Uferstaaten zurückgedrängt wurde.

Im ersten regional ausgerichteten Beitrag untersuchen Bjørn-Petter Finstad und Julia Lajus die norwegische und russische/sowjetische Fischerei in der Barentssee. Robb Robinson widmet sich den Nordseeanrainern einschließlich Großbritanniens und Irlands. Die Fischerei Portugals und Spaniens untersuchen Ernesto López Losa und Inês Amorim, während das Kapitel von Gudni Th. Jóhannesson die mittelatlantischen Inseln, also Island, die Färöer und Grönland, zum Gegenstand hat. Konzeptionell aus der Reihe fällt der Beitrag von Matthew McKenzie über die US-amerikanische und kanadische Fischerei, in dem er über zweckrationales Denken als Ursache der Überfischungskrise reflektiert. Martin Wilcox schildert, wie und warum die Fischereifloten der Nordatlantikaner nach 1945 in andere Ozeane expandierten und sich das Geschäft mit Fisch globalisierte. Schließlich spannt David J. Starkey im Schlusskapitel noch einmal einen weiten Bogen, der beide Bände des Werkes umfasst.

Wie bei Sammelbänden nicht unüblich könnte man sich eine vollständigere und zugleich ausgewogenere Abdeckung des Themas wünschen. So erscheint die Behandlung der gewerkschaftlichen Organisation nur anhand zweier Beispiele etwas willkürlich und es erstaunt, dass allen Nordseeanrainern, darunter Großbritannien, die Niederlande und Deutschland, zusammen nur etwa gleich viel Platz eingeräumt wurde wie Island, den Färöern und Grönland. Frankreich fehlt praktisch komplett, während die zeitweise im Nordatlantik sehr aktiven Ostblockstaaten UdSSR, Polen und DDR nur am Rande auftauchen. Gerade da schon aus Platzgründen nicht jeder denkbare Aspekt mit einem eigenen Kapitel gewürdigt werden kann, hätte ein Register diesem Band gut getan. Vor allem aber kommen die Fische selbst zu kurz, d. h. obwohl die Einleitung umweltgeschichtliche Aspekte als Teil der Fragestellung nennt, erfährt man über die Veränderungen der marinen Ökosysteme kaum etwas, das über generelle Hinweise auf sinkende Fischbestände hinausgeht.

Ungeachtet solcher Kritikpunkte stellt „A History of the North Atlantic Fisheries“ eine beeindruckende Summe der bisher vorliegenden Forschungen dar. Dieser Band bildet daher den unumgehbaren Ausgangspunkt für alle künftigen Arbeiten auf diesem Gebiet.

Saarbrücken

OLE SPARENBERG